

Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte



9. Juni 1989
Jg. 10 Nr. 12

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

NATO-Gipfel

Von einer
Niederlage der BRD
kann nicht
die Rede sein

Seite 5

VR China

Ein Ausweg
aus der Krise ist
nicht in Sicht

Seite 12

Gegen „soldatische Tugend“

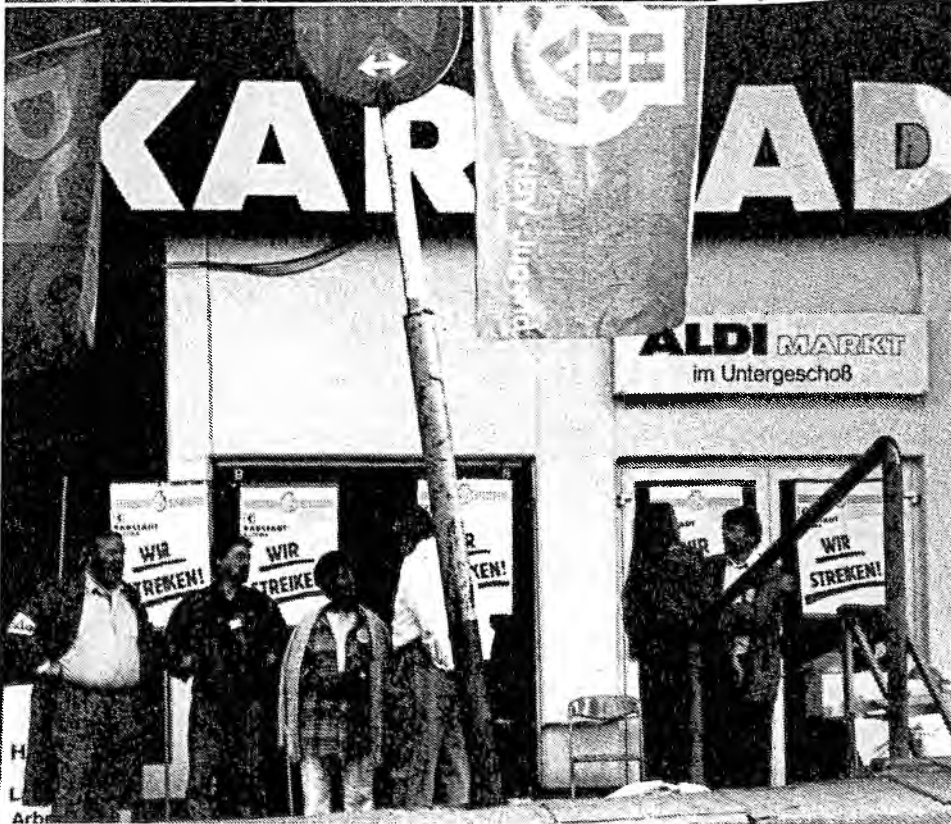
Ein antifaschistisches
Mahnmal für die
Waldkircher
Deserteure

Seite 26

VGH Mannheim

Was darf
eine Gemeinde
gegen Faschisten
tun?

Seite 32



Mit bundesweiten Protestaktionen wehren sich die Lohnabhängigen im Einzelhandel gegen die Ladenschluß-Pläne von Regierung und Kapitalisten.

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon: 0221/21 1658

Inhalt 12/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn.....	4
NATO-Gipfel: Von einer Niederlage der BRD kann nicht die Rede sein.....	5
VR China: Deng Xiaoping muß stürzen!.....	7
Pflegepersonal: Neuer Tarifvertrag zum 1.8. in Kraft.....	7
Kurdische Gefangene: Hungerstreik gegen Isolationshaft.....	7
Rentenreform: Bei allem Konsens — unterstützenswerte Kritik des DGB.....	8
CDU/CSU, SPD, FDP für Kürzung der Zusatzversorgung... ..	9
v. Weizsäcker: Nationalismus + Expansion + Schwulst = Volksgemeinschaft?.....	10
Auszüge aus v. Weizsäckers deutscher Verfassungsrede... ..	11

Auslandsberichterstattung

VR China: Ein Ausweg aus der Krise ist nicht in Sicht.....	12
Österreich: Haider Regierungschef in Kärnten.....	13
Spanien/Euskadi: Angriff auf baskische politische Gefangene.....	14
El Salvador: Zahlreiche Streiks gegen Hungerlöhne.....	14
Türkei: Hungerstreik der politischen Gefangenen.....	15
USA/Bergarbeiterstreik: Für Tarifvertrag und gegen Zerschlagung der Gewerkschaften.....	15
Internationale Meldungen.....	16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:	
Strukturhilfegesetz und Sozialhilfeausgaben.....	18
Gruppenarbeit in der Diskussion.....	18
RWE: Alternativer Geschäftsbericht 1987/88.....	18
Amnesty: Folterkritik mit blinden Flecken.....	19
Die GRÜNEN zu den EG-Wahlen: Für eine ökologische EG-, ja weltweite Großraumwirtschaft.....	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten.....	21
Dienstleistungsabend: Jetzt geht's auch um Tarifrecht und Mitbestimmung.....	22
Gesamthafenbetriebsrat: Mit allen Mitteln Jagd auf Kranke.....	22
Strafvollzugsgesetz: Protest gegen neue Verschärfung... ..	23
Hungerstreik: Teilerfolg in Plötzensee.....	23
„World Tourist Center“: Riesiges Einkaufszentrum als Deregulierungsmonster.....	24
Jungheinrich: Für guten tariflichen Standard.....	25
Kommunalwahlen: Alternative Linke Liste gebildet.....	25
Gegen „soldatische Tugenden“: Ein antifaschistisches Denkmal für die Waldkircher Deserteure!.....	26
Deserteure sind nur die Spitze des Eisbergs!.....	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung.....	28
Antifaschismus: Im Freistaat Bayern gedeihen Republikaner und DVU.....	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Ausstellung: „Bilderstreit“ in Köln.....	30
Lisandro Otero: „General zu Pferde“: Eine zynische Kritik am Imperialismus.....	31
VGH Mannheim: Was darf eine Gemeinde gegen Faschisten tun?.....	32

Spezialberichte

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR! 40 Jahre BRD-Verfassung, 40 Jahre Staats-Revanchismus.....	34
Die ersatzlose Streichung der Präambel ist notwendig.....	34
Dokumentenanhalt: Deutsche Nationalversammlung 1919 und der Parlamentarische Rat 1948/49.....	37

Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen

Beginnend mit einem Hungerstreik von 50 politischen Gefangenen und (kurdischen) Kriegsgefangenen im Gefängnis von Nazili am 15. April haben die politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Türkei erneut eine Welle von Protestaktionen gegen ihre unmenschlichen Haftbedingungen begonnen. Im Gefängnis von Nazili hatte die Gefängnisleitung wegen einer angeblichen „Rebellion“ gegen zahlreiche Gefangene u.a. Bunkerhaft verhängt und versucht, die zahlreichen Haftverschärfungen des Dekrets des Justizministers vom 1. August des Vorjahres, die nach einem landesweiten Hungerstreik zahlreicher

und kurdische Organisationen in der BRD eine Aktionseinheit gebildet. Der Aktionseinheit gehören an: Feyka Kurdistan, Dev Genc, EKIM, TKP(B), SVP. Die Aktionseinheit wird unterstützt von TSK (Westdeutschland), BWK und Volksfront. Die Aktionseinheit ruft für den 24. Juni zu einer bundesweiten Demonstration zur Unterstützung der Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen auf, die vermutlich in Frankfurt stattfinden wird. Geplant sind weiter u.a. örtliche Seminare und Veranstaltungen über die Lage und den Widerstand in den Gefängnissen der Türkei seit dem Militärputsch und über die Lage der kurdischen politischen Gefangenen in der BRD. — (rül)



Protestaktion gegen die Hinrichtungen in der Türkei 1988 in Bonn.

Gefangener vorerst nicht eingeführt worden waren, nun doch einzuführen. Im Gefängnis Sagmalcilar (Istanbul) hatten Polizei und Wachleute Gefangene überfallen, mehrere von ihnen schwer verwundet und ihnen ihre gesamte persönliche Habe zerstört oder weggenommen. Seit dem 16. Mai sind ca. 300 Gefangene in Sagmalcilar im Hungerstreik. Am gleichen Tag begannen 180 politische Gefangene und kurdische Kriegsgefangene in Erzincan einen Hungerstreik. Auch er richtet sich gegen Brutalitäten der Gefängnisleitung und gegen den Versuch, das Dekret vom 1.8.88 doch noch einzuführen. Zur Unterstützung der Hungerstreiks in der Türkei haben mehrere türkische

Ritual aus kaltem Krieg verweigert

Die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses in Westberlin, Hilde Schramm (AL), hat sich geweigert, eine Abgeordnetenhausversammlung mit der revanchistischen Formel zu eröffnen. Neben der Beschwörung der Wiedervereinigung enthält diese 1962 vom damaligen Regierenden Bürgermeister Brandt eingeführte Eröffnungsformel die Worte „die Mauer muß fallen“. Frau Schramm lehnte es ab, das Abgeordnetenhaus mit einer „Formel aus dem Kalten Krieg zu eröffnen“. Diese solle ganz fallengelassen oder durch eine zeitgemäße Einleitung ersetzt werden, denn die tägliche Politik

beruhe auf der Akzeptanz der Zweistaatlichkeit. Parlamentspräsident Wohlrabe (CDU), der den Eklat provoziert hatte, indem er die Bitte von Frau Schramm, an ihrer Stelle die Sitzung zu eröffnen, abgelehnt hatte, sieht es als ungerechte Arbeitsteilung an, wenn er immer die Eröffnung übernehmen muß, Bundeskanzler Kohl sprach von der „linksradikalen AL“, und Diepgen und andere forderten die SPD auf, Frau Schramm das Vertrauen zu entziehen und sie so zum Rücktritt zu zwingen. In der Abgeordnetenhausdebatte sprachen sich Löffler (SPD) und Statz (AL) für eine zeitgemäßere Formel aus. Löffler wollte darin den europäischen Einigungsprozeß berücksichtigt sehen, für Statz wird die Mauer nicht durch Beschwörungen abgebaut, sondern durch „angemessene Politik in Richtung auf eine europäische Friedensordnung“.

— (chk)

Städte können Parteien Adressen verweigern

Nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster sind Städte und Gemeinden nicht dazu verpflichtet, Parteien Auskünfte aus dem Melderegister zu erteilen. Anlaß dieser Entscheidung war ein Auskunftsersuchen der faschistischen DVU-Liste D, die von der Stadt Aachen die Adressen aller Wahlberechtigten der Jahrgänge von 1900 bis 1930 erhalten wollte. Nach dem Mel-

derechtsrahmengesetz können Städte und Gemeinden solche Auskünfte sechs Monate vor Wahlen geben. Die Stadt Aachen verweigerte dies mit der Begründung, es gäbe zahlreiche Proteste von Bürgern gegen die Herausgabe von Adressen gerade an faschistische Organisationen. Sie würde deswegen an keine Partei mehr Adressenmaterial geben. Während das Verwaltungsgericht Aachen die Stadt in der ersten Instanz zur Herausgabe der Adressen zwingen wollte, bestätigte das OVG Münster am 24.5. die Weigerung (Az 18B 1630/89). Dabei bezog sich das OVG auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung, das dem „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ einen hohen Rang einräumt. Aus diesem Grunde könnten Städte die Herausgabe von Adressen an Parteien verweigern. Allerdings müsse dabei der Gleichbehandlungsgrundsatz gewahrt werden: Nicht zulässig wäre es, nur bestimmten Parteien die Adressen zu verweigern. Das Urteil ist in den Konsequenzen nützlich, es erschwert faschistischen Organisationen, ihre Hetzpropaganda gezielt auszuweiten. Um die Bewertung der DVU-Liste D als Nachfolgeorganisation der NSDAP, gegen die die nach Art. 139 Grundgesetz gültigen Bestimmungen des Alliierten Kontrollrates angewendet werden müßten, drückte sich das OVG jedoch herum. — (wof)

Zivis wollen nicht Jobkiller sein

Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SoZdl) hatte für den 1.6.89 zu einem bundesweiten Streik aufgerufen. In 60 Orten wurden gegen die zivil-militärische Einbindung Aktionen durchgeführt.

Viele Zivis machten auf Veranstaltungen deutlich, daß sie sich nicht mehr als „Arbeitsplatzvernichter mißbrauchen lassen“ wollen. Mit ihren Zwangsdienst in Krankenhäusern würde dem Zweiklassenkrankenhaus Vor-schub geleistet.

In Hamburg, dem Zentrum des bundesweiten Zivistreik, waren ca. 1000 (=50%) und in Bremen ca. 500 der Arbeit fern geblieben. So kam es besonders in diesen Orten zu Engpässen in der Alten-, Kranken- und Pflegebetreuung. In Hamburg wurden die Zivis von Gewerkschaften, Personalräten von Krankenhäusern, Jusos, GAL, DKP, Alternativer Jugendinitiative, Schülerkammer, der Behindertengruppe „Aktion Autonom Leben“, den Grauen Panthern und den totalen Kriegsdienstverweigerern „Die Desertöre“ unterstützt.

Insgesamt nahmen nach Angaben der SoZdl ca. 8000 Zivis, das sind 10%, an den Aktionen teil. Mit Besen, Rollstühlen, Krankenhausbetten und z.T. unterstützt durch Pflegekräfte aus den Sozialbereichen wurden Demonstrationen durchgeführt. Denn in den Pflegebereichen

Anzeige

Kurdistan-Rundbrief-Sondernummer 1 zu den Kurdenprozessen

Enthält u.a.: Erklärungen von kurdischen Gefangenen zu ihren Haftbedingungen, Erklärung der Anwältinnen und Anwälte, Rebmanns Pressemitteilung zu den Prozessen, Aufruf von Feyka Kurdistan gegen die Verfolgung von Kurden und die Kurdenprozesse.

Herausgeber: Koordinationsausschuß der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in Zusammenarbeit mit Feyka Kurdistan.

Zu bestellen bei:

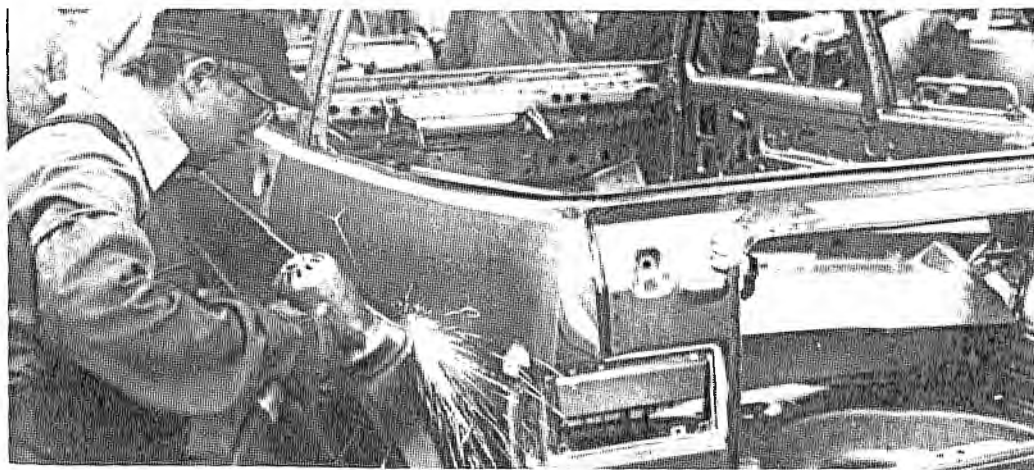
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

16 Seiten Preis: 2,00 DM

arbeiten ca. 35000 Zivis, während ungefähr die gleiche Anzahl Pflegekräfte arbeitslos ist. Die Zivis erklärten sich mit den Aktionen der ÖTV gegen den Pflegenotstand und den gerade stattfindenden Tarifaufinandersetzungen solidarisch. — (ale)

Aktionseinheit gegen EG

Eine Aktionseinheit aus MLPD, MLBI, MLSV, Arbeiterjugendverband, Rotfuchse, KPD, FAU-HD (A), FAUST, FAU/IAA Ortsgruppe Moers, ATIF/ATIK, EKIM, Devrimci Isci, Sozialist Birlik, VSP, Aktionsausschuß der Krupp Arbeiter (Duisburg-Rheinhausen) und mehreren Einzelpersonen ruft am 17. Juni zu zwei regionalen antiimperialistischen Kundgebungen gegen die EG auf. Unter den Losungen „Raus aus der EG — Auflösung der EG! Raus aus der NATO — Auflösung aller Militärblöcke! Für Frieden und Völkerfreundschaft“ sollen sich die Kundgebungen in Bochum (14 Uhr, Ruhrwiese) und Stuttgart (11 Uhr, Schloßplatz) gegen das „Europa der Konzerne und Großbanken“ richten und dazu beitragen, den 17. Juni zum „Tag der antiimperialistischen Einheit“ zu machen. Die Unterzeichner erklären gleichzeitig, „die verschiedenen örtlichen Aktionen am 17. Juni gegen reaktionäre und faschistische Umtriebe“ zu unterstützen. — (jöd, rül)



BDA-Präsident Murmann äußerte sich auf der Geschäftsführerkonferenz seines Verbandes u.a. erneut über Leitlinien für die künftige Tarifpolitik. Er propagierte eine stärkere Ertragsorientierung der Lohnpolitik, die Revitalisierung des übertariflichen Raumes und ein Tariflohniveau, das die betrieblichen Gestaltungsspielräume wieder vergrößere. Untere Einkommen sollen wieder dafür bluten, denn das starre Lohngefüge des deutschen Systems sei auch beschäftigungspolitisch negativ. — (mal)

Aktuell in Bonn

Zimmermann will Nachtarbeit

Bundesverkehrsminister Zimmermann will sich dafür einsetzen, daß die Speditionskapitalisten ihre Fahrer auch künftig im Nachtverkehr durch die österreichischen Alpen schicken können. Nachdem die österreichische Regierung und die beiden Länder Salzburg und Tirol ein Nachtfahrverbot für LKWs zwischen 22 Uhr abends und 5 Uhr morgens beschlossen hatte, beriet Zimmermann mit den baden-württembergischen und bayerischen Innenministern, Schlee und Stoiber, über „nationale Gegenmaßnahmen“. Die bayerischen Speditionskapitalisten haben bereits Grenzblockaden angedroht. Am 5. Juni beriet der EG-Verkehrsministerrat auf Drängen Zimmermanns über eine gemeinsame Verhandlungslinie der EG, um das Nachtarbeitsverbot für LKW-Fahrer in Österreich wieder zu Fall zu bringen.

Blüm gegen Zumutbarkeit

In einer Gesetzesnovelle zum Bundesversorgungsgesetz, die am 1.6. im Bundestag verabschiedet wurde, greift die Bundesregierung noch bestehende Schutzrechte von Arbeitslosenhilfe-Empfängern gegen unzumutbare Arbeit an. Die Novelle sieht vor, daß Arbeitslosenhilfebezieher, die Unterhaltansprüche gegen Verwandte ersten Grades haben (zumeist also gegen Eltern), künftig jede Arbeit annehmen müssen. Andernfalls wird ihnen die Arbeitslosenhilfe um eine fiktive Unterhaltsgeldzahlung gekürzt. Im Arbeitslosenhilferecht noch bestehende Schranken gegen unzumut-

bare Arbeit sollen so mit dem Unterhaltsrecht, das solche Schranken nicht kennt, unterlaufen werden.

Erziehungsgeld ausgeweitet

„Erziehungsurloab“ und Zahlung von Erziehungsgeld werden von zwölf Monaten auf 18 Monate verlängert, das Kindergeld für das zweite Kind für Familien mit geringen Einkommen von 100 auf 130 DM erhöht. Am 2.6. billigte der Bundesrat den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung. Ein Antrag der SPD, das Kindergeld für jedes Kind auf 200 DM zu erhöhen, wurde abgelehnt. Selbst diese geringe Lockerung des Drucks auf junge Mütter, rasch auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren, ging CDU/CSU und FDP zu weit.

Ladenschluß „lockerung“

Ab 1. Oktober sollen Bäckereien bereits ab 6.30 Uhr morgens öffnen, Einzelhandels- und Bankkapitalisten jeden Donnerstag Öffnungs- und Arbeitszeiten bis 20.30 Uhr anordnen können, Dienststellen des Bundes (z.B. Post, Arbeitsämter) sollen ebenfalls Donnerstags länger öffnen. Zum angeblichen „Ausgleich“ soll im Sommer der „lange Samstag“ im Einzelhandel um 16 Uhr enden. Am 30. Juni soll der Bundesrat dieses reaktionäre Flexigesetz endgültig verabschieden.

JU und Reps gegen DDR

Die Zentrale Erfassungsstelle für angebliche DDR-Verbrechen in Salzgitter, seit der Ankündigung von SPD-Ländern, die Zahlungen an diese revanchistische Behörde womöglich einstellen zu wollen, in Finanzsorgen, hat Hilfe bekommen. Der Westberliner Landesverband der Republikaner hat angekündigt, für die

Beibehaltung der Erfassungsstelle Geld sammeln zu wollen. Auch die Junge Union-Landesverbände in Westberlin, Schleswig-Holstein und NRW wollen Sammlungen organisieren. Das wäre dann eine zwar nicht förmliche, aber doch faktische Aktionseinheit von Republikanern und Junger Union. Die Erfassungsstelle Salzgitter würde so zu einem gemeinsamen revanchistischen Propagandainstitut von CDU/CSU-regierten Ländern, Republikanern und Junger Union.

50 weibliche Offiziere

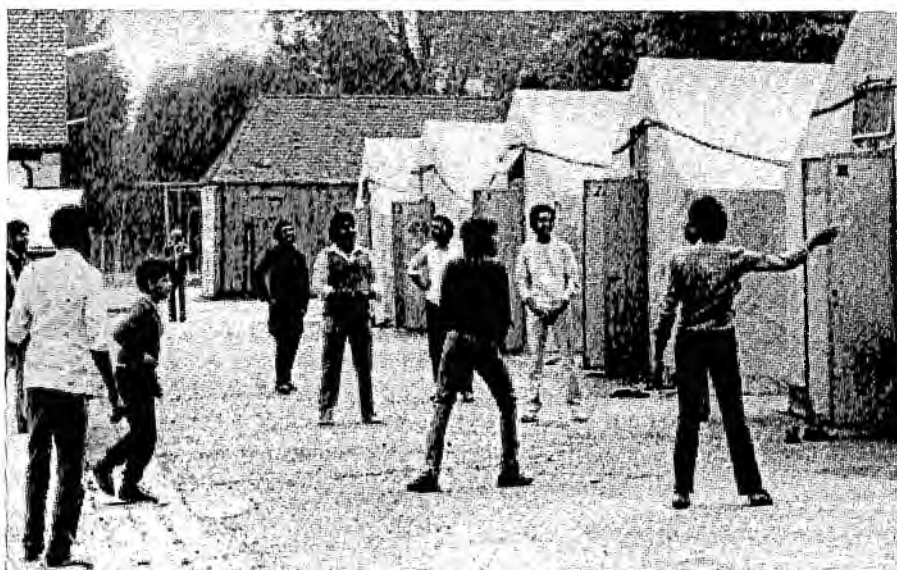
Seit dem 1. Juni hat die Bundeswehr ihre ersten weiblichen Offiziersanwärter. 50 Frauen hätten ihren Dienst als Sanitäts-offizier-Anwärterinnen begonnen, meldet das Verteidigungsministerium und kündigt gleich die Fototermine an, bei denen die neuen Offiziersanwärterinnen anzutreten haben. In München (Heer), Giebelstadt (Luftwaffe) und Flensburg-Mürwick (Marine) soll ausgebildet werden, als Anreiz bietet die Bundeswehr neben einer 16-monatigen militärischen Ausbildung zum Offizier ein Studium der Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin oder Pharmazie.

Grüner Amnestieantrag

Die GRÜNEN haben zum 40. Jubiläum der BRD den Entwurf eines „Strafnachlaßgesetzes“ vorgelegt. Danach sollen Strafen gegen Erwachsene halbiert, gegen Jugendliche erlassen oder zur Bewährung ausgesetzt werden, lebenslange Haft auf 15 Jahre begrenzt werden. Ausgenommen sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Strafen wegen Mord und Sexualverbrechen, „wenn die Gefahr besteht, daß sie nach der Entlassung schwere Straftaten begehen werden.“ (Bt-Ds. 11/4555). Der Antrag bezieht sich ausdrücklich auf die bestehende „Halbstrafenregelung“, so daß jede Kritik an Strafrecht und Strafvollzug ausgeschlossen bleibt.

Was kommt demnächst?

Am 7.6. beginnt in Westberlin der Evangelische Kirchentag. Der dauert bis 11.6. Am 8.6. endet in Paris die WEU-Sommertagung. Am gleichen Tag treffen in Brüssel die NATO-Verteidigungsminister zusammen. Am 12.6. beginnt der Besuch Gorbatschows in der BRD. Am 15.6. berät der Bundestag u.a. über den WEU-Beitritt Portugals und Spaniens und über zwei große Anfragen der Grünen zum EG-Binnenmarkt und EG-Sozialraum. Blüms Gesetz zum Sozialversicherungsausweis soll ebenso verabschiedet werden wie Waigels Steuerreform-Änderungsgesetz, Töpfers Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz. In 1. Lesung werden ein Gesetzentwurf der Grünen für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Ausländer und ein Gesetzentwurf der Grünen zur Erleichterung der Einbürgerung beraten.



Einstimmig hat die Innenministerkonferenz am 4. Juni die von Bundesregierung und CDU/CSU-regierten Ländern beantragte Beschleunigung von Asylverfahren gebilligt. Bis Herbst soll danach in jedem Bundesland je eine zentrale Stelle, der Beamte des Bundesamtes in Tübingen (Bild) beigeordnet sind, über alle Asylanträge von Jugoslawen, Polen und Türken im Schnellverfahren entscheiden. Vier Wochen Bearbeitungszeit wünschen die Minister. 350 neue Planstellen hat die Bundesregierung bereits bewilligt. An die Stelle unmenschlicher Lagerhaft für Asylbewerber soll der kurze Prozeß und daran anschließend die schnelle Abschiebung treten.

NATO-Gipfel

Von einer Niederlage der BRD kann nicht die Rede sein

In der Parlamentsdebatte unmittelbar nach der Brüsseler NATO-Gipfelkonferenz (29./30.5.89) betonte Bundeskanzler Kohl, daß das neue Gesamtkonzept der Allianz maßgeblich durch Positionen seiner Regierung geprägt sei und insofern den strategischen Interessen der BRD Rechnung trage. Bundesaußenminister Genscher bekräftigte diese positive Bilanzierung und hob außerdem hervor, daß die Bundesregierung das Abrüstungsangebot des US-Präsidenten Bush an den Warschauer Pakt mitformuliert habe. Demgegenüber vertrat die oppositionelle SPD-Fraktion die Ansicht, daß sich die Regierungskoalition mit ihren Vorstellungen in Brüssel nicht habe durchsetzen können. Diese Beurteilung wurde offenkundig auch von der grünen Oppositionsfraktion geteilt; der Abgeordnete Schily meinte: „Kohl hat vor Bush und Thatcher kapituliert.“ (NOZ, 2.6.89) Diese Beurteilung der beiden Oppositionsparteien im Bundestag findet zum einen keine einzige Bestätigung in den offen zu Tage liegenden Fakten. Zum anderen steht sie im krassen Gegensatz zur Bewertung der ausländischen Öffentlichkeit in den übrigen NATO-Ländern.

BRD bestimmt US-Bewaffnung und agiert als Euro-Weltmacht

Die Bundesregierung hätte die britischen und US-amerikanischen Kurzstreckenwaffen durch Kündigung der entsprechenden Verträge restlos vom Territorium der BRD entfernen können. Ein vollständiger Abzug dieser ausländischen Truppen wäre einschließlich der Heimführung ihrer gesamten Bewaffnung erfolgt. Daß die Regierung dies nicht tat, liegt auf der seit 1954/55 eingehaltenen Kontinuitätslinie aller Bundesregierungen. Es war bzw. ist im strategischen (Grenzrevisions-) Interesse der BRD, daß diese ausländischen Truppen samt ihrer Bewaffnung hier stationiert sind. Nur auf diese Weise stehen sie unmittelbar für den politischen Zweck einer kollektiven Neuordnung Europas zur Verfügung, und nur auf diese Weise bilden sie von vorneherein einen integralen (personellen und materiellen) Bestandteil der diesbezüglichen Koalitionskriegsführung. In ihren (an dieser Stelle) gleichlautenden Antworten zu zwei Großen Anfragen der Bundestagsfraktion der Grünen am 5.10. bzw. 14.10.1983 haben das Bundesaußenministerium bzw. das Bundesverteidigungsministerium für die Bundesregierung wie folgt dazu Stellung bezogen:

„Rechtsgrundlage für die Stationie-

rung der verbündeten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland sind der Deutschlandvertrag sowie in seiner Ausführung der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954. In diesen Verträgen ... hat sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem weiteren Verbleib ausländischer Streitkräfte in der damaligen Effektivstärke einverstanden erklärt; dies umfaßt auch deren Bewaffnung einschließlich nichtkonventioneller Waffen ... eine Erhöhung der Effektivstärke ist von der Zustimmung der Bundesregierung abhängig. Durch diese Verträge ist sowohl dem Grundsatz der deutschen Souveräni-

sitionsparteien im Bundestag ist von entscheidender Bedeutung, daß der daran anschließende Abschnitt „III. Einsatz von Nuklearwaffen — 1. Verfügungsgewalt und Freigabeverfahren“ ausdrücklich folgendes feststellt: Die BRD sieht „keine Veranlassung, ein nationales Veto-Recht anzustreben.“ (a.o. S. 8) Während also zu diesem Zeitpunkt den beiden in Frage kommenden Vertragspartnern (der britischen und der US-amerikanischen Seite) noch die souveräne (und das heißt: die ausschließlich alleinige) Verfügungsgewalt über die entsprechende Bewaffnung ihrer Truppenkontingente in der BRD zugestanden



US- und Bundesregierung: Einig im Ziel der Beseitigung der DDR

tät als auch den weiteren Erfordernissen des Grundgesetzes Rechnung getragen. Die Bündnispartner sind sich einig, daß die Stationierung nichtkonventioneller Waffen in Übereinstimmung mit den Verteidigungsplänen der NATO und im Einvernehmen mit den direkt beteiligten Staaten festgelegt wird ... Rechte der westlichen Alliierten zur Stationierung von Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bestehen seither nur im Rahmen vertraglicher Abmachungen.“ (1)

Dieser hier zitierte Passus ist in der Regierungsantwort vom 14.10.1983 im Abschnitt „II. Nukleare Waffen in der Bundesrepublik Deutschland ... 3. Rechtsgrundlagen“ enthalten. Im Hinblick auf die Beurteilung des NATO-Kompromisses seitens der beiden Oppo-

wurde, ist dies jetzt nicht mehr der Fall. Schon einen Tag vor Bekanntwerden des NATO-„Kompromisses“ berichtet die International Herald Tribune (USA):

„Aber Diplomaten beider Länder (Großbritannien und Frankreich, d. Red.) haben am Montag zugegeben, daß die Gipfelkonferenz — was immer auch ihr Ergebnis sein möge — eine Ära der politischen Macht Westdeutschlands innerhalb der Allianz eingeleitet hat: Westdeutschland hat eine gleichberechtigte Stimme in Bezug auf die Nuklearstrategie errungen, indem es Rüstungskontrolle an Stelle (eigener Nuklear-) Waffen als Druckmittel benutzt“, sagte ein britischer Diplomat.“ (30.5.89, eigene Übersetzung) Und einen Tag später, nach dem Bekanntwerden jenes „Kompromisses“, kommt dieselbe Zeitung in



Betriebskampfgruppen: Die BRD will diese Verbände der allgemeinen Volksbewaffnung „abgerüstet“ sehen, um die DDR militärisch anschlußreif zu machen.

der Rubrik „Nachrichten-Analyse“ zu folgender Bilanz: „... die Gipfelkonferenz war von der vorwärtsdrängenden politischen Autorität Westdeutschlands bestimmt, welches deutlich machte, daß es eine nahe beim Veto-Recht liegende Macht über die Nuklearstrategie der NATO hat. Als ein Ergebnis davon (läßt sich feststellen): die Bonner Regierung ist als der politische Gewinner aus dem monatelangen NATO-internen Tauziehen um jene Raketen hervorgegangen, welche die Einschränkung der westdeutschen Operationsfreiheit gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion seitens der Allianz symbolisieren.“ (31.5.89, a.o.) Dieser Hinweis auf die „Einschränkung“ wird gleich noch zu behandeln sein. Was hier zunächst festzuhalten bleibt, ist der neue Tatbestand, daß die Bundesregierung nicht nur der britischen und US-amerikanischen Seite die (der BRD genehme) Bewaffnung für den Zweck der Koalitionskriegsführung aufherrschen kann. Sondern sie diktiert darüberhinaus auch der US-Regierung die Verhandlungsgegenstände und die entsprechende Verhandlungsführung gegenüber der UdSSR in Sachen Rüstungskontrolle bzw. Abrüstung. Sie sitzt faktisch mit am Verhandlungstisch — als die „(west-) europäische Supermacht“. Und gerade dieser letztere Erfolg entstammt der gelungenen Sammlung nahezu sämtlicher westeuropäischen NATO-Mitgliedstaaten im Lager der BRD und ihrer politischen Formierung zu einer „europäischen Säule“ innerhalb der Allianz.

Konkurrenz und Kollaboration innerhalb der NATO

Der oben zitierte Hinweis auf die „einschränkende“ Funktion der atomaren Kurzstreckenwaffen der beiden NATO-Partner Großbritannien und USA im Hinblick auf die „westdeutsche Operationsfreiheit gegenüber Osteuropa und der

Sowjetunion“ hat einen ökonomischen und politischen Hintergrund, der beispielsweise in der US-Presse schon seit April völlig freimütig behandelt wird. So etwa stellt die International Herald Tribune vom 27./28.5.89 in einem Leitartikel mit der Überschrift „Europa jenseits der Elbe“ folgendes fest: Die „Befreiung großer Teile Osteuropas würde die Machtbalance innerhalb der (West-europäischen) Gemeinschaft verändern. Der westliche Hauptnutznießer einer solchen Veränderung ist unvermeidlich Westdeutschland. Es liegt zum Osten am nächsten; seine machtvolle Ökonomie ist am besten dafür gerüstet, in den Osten einzudringen; es sprechen mehr Leute in Osteuropa deutsch als irgendeine andere westliche Sprache. Wenn das, was in Polen, Ungarn und Jugoslawien passiert, sich ausdehnt nach Ostdeutschland, dann würde diese Nutznießung sogar die lange zurückgestellte Hoffnung auf die deutsche Wiedervereinigung mit einschließen. Ein freieres Osteuropa bedeutet ein noch stärkeres Deutschland. Deutschlands Partner müssen sich darüber klarwerden, was das für sie bedeutet ... Ein Wind des Nationalismus bläst dieser Tage durch Westdeutschland — rechts, links und in der Mitte. Sogar der sanfte Mr. von Weizsäcker fühlte sich dazu verpflichtet, zu sagen, daß Westdeutschland nicht mehr länger ein Spielball für andere sei. Das ist Schulterklappen-Sprache. Es wäre zu schön, glauben zu können, daß der ostwärtige Drang Westdeutschlands keine Folgen zeitigen wird für seine westwärtigen Bindungen — aber das ist nicht wahr.“ (2) Gegenüber dieser Perspektive, die ja seit dem WEU-/NATO-Beitritt der BRD 1954/55 drohte, boten v.a. die atomaren Kurzstreckenwaffen der britischen und US-amerikanischen Truppen ein Mittel der Schwächung dieses Allianzpartners BRD im Zuge der gemeinsamen Koalitionskriegsführung gegen Osten. Der o.a.

Sammlungs- und Formierungserfolg der BRD in den Reihen der EG-/WEU-Mitgliedsstaaten belegt, daß diese kontinentaleuropäischen Regierungen jene Schwächungsmöglichkeit nicht nur auf die BRD, sondern auch auf die EG insgesamt gerichtet sehen.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit hinsichtlich dieses speziellen Punkts: Denn die in der Formierung der „europäischen NATO-Säule“ vollzogene Anerkennung der Führung der BRD schließt die In-Kaufnahme der zukünftigen Stärkung der BRD im Zuge der Ostausdehnung der EG mit ein. Die ökonomisch und politisch herrschenden Kreise innerhalb der hinter der BRD versammelten EG-/WEU-Staaten müssen sich eine entsprechende Kosten-Nutzen-Rechnung aufgemacht haben. Sie müssen zu dem Ergebnis gekommen sein, daß ihnen die Ostexpansion unter dieser Anführerschaft reale Aussicht auf Erfolg — sprich: Mitnutznutzung verheißt. Ganz genauso müssen auch die herrschenden Kreise in Großbritannien und in den USA kalkuliert haben. Das erklärt, warum diese Beute-Gemeinschaft sich so blitzartig und einmütig auf das Nahziel der Beseitigung der staatlichen und territorialen Unversehrtheit der DDR und auf die marktwirtschaftliche und bürgerlich-parlamentarische Abräumung der volksdemokratischen Ordnungen in Osteuropa (wieder-) verständigt hat. Denn sie hat tatsächlich einen Führungswechsel abgesegnet — nämlich einen solchen, von dem sie sich mehr jeweiligen Eigennutzen als Schaden erwartet. Das bedeutet, daß er jetzt schon ganz deutlich wahrnehmbar ist — der Kanonendonner und der Leichengeruch zukünftiger Angriffshandlungen!

Quellenhinweis: (1) Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/444 und 10/487; (2) eigene Übersetzung, desgleichen in International Herald Tribune vom 27./28.4. und 2., 3. 8. bzw. 13./14.5.89 — (huh)

VR China

Deng Xiaoping muß stürzen!

Die Führung der VR China und der KPCh hat die Massenbewegung der Beijinger Bevölkerung durch Truppen der Volksbefreiungsarmee niedermachen lassen. Die Zahl der Toten ist bei Redaktionsschluß nicht bekannt, aber scheint in die Tausende zu gehen. Das Vorgehen der Truppen, durch Fernsehbilder dokumentiert, sucht an Brutalität selbst in dunkelsten Diktaturen seinesgleichen.

Deng Xiaoping, der Oberbefehlshaber und politisch vor allen anderen Verantwortliche, hat seit Jahren die Bedingungen für einen solchen Einsatz geschaffen. Er trägt bereits für einen anderen blutigen, ungerechten Krieg der Volksbefreiungsarmee die Verantwortung: für die sogenannte „Strafaktion“ gegen Vietnam. Damals, 1979, wurden die jungen Soldaten der Volksbefreiungsarmee gnadenlos verheizt, um China die Hegemonie in der Region zu sichern. Schon damals war der Verdacht stark, daß die revisionistische Führung mit dem ungerechten Krieg die Volksbefreiungsarmee dem Volk entfremden und sie in ein Instrument zur Durchsetzung volksfeindlicher Interessen verwandeln wollte. Seither wurden nahezu alle Errungenschaften der Revolution und der Kulturrevolution, die die Volksbefreiungsarmee ihren Namen zurecht tragen ließen, vernichtet. Die Demokratie in der Armee wurde beseitigt, die Abschaffung des Systems der Rangabzeichen wieder rückgängig gemacht, die hierarchische Durchorganisation abgeschlossen, letzteres im Oktober 1988.

Trotzdem haben die Verantwortlichen Wochen benötigt, um die Armee zum Einsatz zu bringen. Lange haben sich die Soldaten und auch viele Offiziere geweigert, gegen die Demonstranten vorzugehen. Auch am letzten Wochenende soll nach übereinstimmenden Angaben von Augenzeugen ein Teil der Soldaten Befehle verweigert oder in die Luft geschossen haben. Es scheint vermehrt zu Kämpfen zwischen Armeeteilen zu kommen.

Deng Xiaoping und die anderen können nicht ernsthaft glauben, daß sie und das, was sie vertreten, ohne Schaden aus dem Massaker hervorgehen können. Der von ihnen verfolgte Kurs richtet sich gegen die Interessen der Mehrheit der arbeitenden Massen, aber er ist bis zu einem gewissen Grad auch von der Zustimmung weiter Kreise der Intelligenz abhängig. Diese Zustimmung war, aus bestimmt unterschiedlichen Gründen, infrage gestellt. Der blutige Einsatz auf den Straßen Beijings hat viele Züge einer „Strafaktion“.

Die Auswirkungen auf die weitere Entwicklung in China sind noch nicht absehbar. Es ist zu befürchten, daß die-

ses Regime, das sich kommunistisch nennt und in den Augen vieler, ja der überwältigenden Mehrheit als kommunistisch gilt, ein Regime, dessen Figuren schließlich auch eng mit der Geschichte der chinesischen Revolution verbunden sind, daß dieses Regime den Kommunismus in China auf lange Zeit diskreditiert hat. Man weiß heute noch nicht, ob und wie sich der Widerstand erneut formieren und organisieren kann. Noch immer wird in Beijing und anderswo gekämpft. Doch nach all den Ereignissen ist nicht auszuschließen, daß größere Teile vor allem der Intelligenz, die sich bisher schon in ihrer Abgrenzung gegen den Imperialismus schwer taten, dem Imperialismus direkt in die Arme getrieben werden. Dem Versuch des Imperialismus, in China ideologisch und politisch Fuß zu fassen, hat Deng Xiaoping einen großen Dienst erwiesen. Die imperialistischen Stellungnahmen können einen gewissen Triumph nicht verbergen.

— (scc)

Pflegepersonal

Neuer Tarifvertrag zum 1.8. in Kraft

Zum 1. August 1989 wird ein neuer Manteltarifvertrag für das Pflegepersonal in Kraft treten. Erstmals wird dieser Manteltarifvertrag auch für das Altenpflegepersonal gelten, dessen Arbeitsbe-



50 Beschäftigte überbringen Frau Breuel das Ergebnis einer Test-Urabstimmung: 97,6 Prozent für Streik.

dingungen und Einkommen bisher einseitig in Form von Richtlinien durch die öffentlichen Dienstherrn diktiert wurden. Altenpfleger/innen mit einer dreijährigen Ausbildung werden dem Krankenpflegepersonal gleichgestellt. Diese tarifvertraglich gesicherte Gleichstellung ist der wichtigste Erfolg der zurückliegenden Tarifauseinandersetzung.

Mißt man den Abschluß insgesamt an der vom Pflegepersonal breit erhobenen

Forderung, daß die Vergütungen mindestens um 300 DM für alle und sofort angehoben werden müssen, ist festzustellen, daß dieses Ziel für nur wenige erreicht wurde.

In der Regel ist dafür eine mindestens sechs-jährige Berufstätigkeit Voraussetzung. Dauert die Berufstätigkeit erst zwei Jahre, verkürzt sich die Tarifierhöhung — je nach Lebensalter — auf 190 DM bis 250 DM. Ist die Pflegeperson noch keine zwei Jahre im Beruf, wird sie überhaupt nicht höhergruppiert und ist nur über die neu vereinbarten Schichtzulagen an der Tarifierhöhung beteiligt, in der Regel plus 70 DM.

Auszubildende in der Krankenpflege erhalten 75 Prozent der Schichtzulage, also in der Regel ca. plus 52 DM.

So ist das Ziel, 300 DM mehr für alle, zwar nicht verfehlt, aber die Dauer der Anwartschaft doch erheblich, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die durchschnittliche Berufsdauer in der Krankenpflege bei vier Jahren liegt. Aufgewertet wurde der Abschluß allerdings dadurch, daß sich die Dienstherrn nicht mit ihrer Absicht durchsetzen konnten, die zurückliegenden Zeiten nicht auf die Anwartschaft anzurechnen. Ohne dieses Zugeständnis wäre das Scheitern der Verhandlungen wahrscheinlich gewesen.

Ein großes Ärgernis ist, daß die Forderung nach Abschaffung der untersten Gehaltsgruppe Kr.I nicht durchgesetzt wurde. Wenn die Pflegehelfer/innen zukünftig auch nach drei Jahren nach Kr.II eingruppiert werden, beschränkt sich ihre Erhöhung doch auf 160 DM bis 210 DM, während Pflegedienstleiter/innen, die Mitglied der Krankenhausleitung sind, eine neue Zulage erhalten, die bis knapp 500 DM ausmachen kann, zusätzlich zu der allgemeinen Erhöhung, versteht sich. — (kar)

Kurdische Gefangene

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Die zur Zeit 15 kurdischen politischen Gefangenen, denen die Bundesanwaltschaft wegen angeblicher Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung in PKK/ARGK/ERNK“ demnächst vor dem OLG Düsseldorf den Prozeß machen möchte, sollen nach dem Willen des Generalbundesanwalt Rebmanns, ihres Düsseldorfer Haftrichters Arendt und der Leiter der Strafvollzugsanstalten, in denen sie inhaftiert sind, offenbar Testpersonen für die Wirkungen einer noch perfekteren Isolation und Quälerei werden, als sie bisher schon an westdeutschen politischen Gefangenen praktiziert wird. Viele von ihnen sind seit Beginn ihrer Untersuchungshaft, d.h. seit Frühjahr vergangenen Jahres, mehr oder minder ab-

gestufter Isolation unterworfen. Geringe oder ganz fehlende Kenntnisse der deutschen Sprache vertiefen diese Isolation. Hinzukommen ständige Schikanen, wie z.B. Briefanhaltungen, Einschränkungen von Besuchen von Freunden und Angehörigen, Beschränkungen des Hofgangs mit anderen Gefangenen oder der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen usw. Für alle Gefangenen gilt zudem weiter das generelle Bezugsverbot für Publikationen des Agri-Verlags. Schon bevor ihr Prozeß eröffnet ist, soll ihnen so jede Vorbereitung ihrer Verteidigung mithilfe von Publikationen ihrer Organisation unmöglich gemacht werden.

In mehreren Hungerstreiks haben sich die Gefangenen gegen diese Haftbedingungen gewehrt. Seit April/Mai sind nun erneut mehrere von ihnen im Hungerstreik.

Mit welcher Brutalität die Haftanstalten dabei gegen die Gefangenen vorgehen, zeigt der Fall von Ali Haydar Kaytan. Seit mehreren Monaten in der JVA Stuttgart-Stammheim unter strengster

Isolation inhaftiert, hatte er Anfang April einen erneuten Hungerstreik begonnen, um gegen seine Isolation zu protestieren. Nachdem ihm die Gefängnisleitung zusagte, die bislang praktizierten entwürdigenden Leibesvisitationen vor und nach jedem Hofgang und Besuch und die Fesselung an Armen und Beinen bei jedem Transport einzustellen, brach er seinen Hungerstreik ab. Kurz danach wurde er, obwohl völlig gesund, in die psychiatrische Station der JVA verlegt. Aus Protest gegen diese ungeheuerliche Behandlung begann Ali Haydar Kaytan am 25. Mai erneut einen Hungerstreik.

Die Situation mehrerer anderer Hungerstreikender ist kritisch. Die in Bühl (Baden) inhaftierte Meral Kidir, die seit dem 15. Mai im Hungerstreik ist, um u.a. ihre Zusammenlegung mit der in Bielefeld inhaftierten Yasemin Gedik zu erreichen, ist schwer krank. Sie wurde inzwischen in ein Krankenhaus verlegt. Auch Yasemin Gedik ist krank. Selahattin Erdem ist ebenfalls seit dem 20. Mai im Krankenhaus. Bei ihm ist eine

Zwangsernährung für den Fall angeordnet worden, daß er bewußtlos wird. Folgende Gefangene waren bei Redaktions-schluß weiter im Hungerstreik: Hasan Hayri Güler (JVA-Köln-Ossendorf, seit dem 10.4. im Hungerstreik); Selman Arslan (ebenfalls in Köln-Ossendorf inhaftiert und ebenfalls seit dem 10.4. im Hungerstreik); Selahattin Celik (in der JVA Frankfurt-Preungesheim seit dem 20.4. im Hungerstreik); Yasemin Gedik (in Bielefeld-Brackwede seit dem 21.4. im Hungerstreik); Erol Kedik (ebenfalls in Bielefeld-Brackwede seit dem 21.4. im Hungerstreik); Ibrahim Kadak (seit dem 24.4. in der JVA Köln-Ossendorf im Hungerstreik), Meral Kidir (seit dem 15. Mai in Bühl (Baden) im Hungerstreik); Selahattin Erdem (seit dem 24. April in Hamburg im Hungerstreik). Öffentliche Unterstützung für die Gefangenen und ihren Hungerstreik ist dringend. Ihre Anwälte haben für den 7.6. eine Pressekonferenz über die Lage ihrer Mandanten und ihre Forderungen angekündigt. — (rül)

Rentenreform

Bei allem Konsens — unterstützenswerte Kritik des DGB

Leider von der Öffentlichkeit weitgehend nicht beachtet laufen derzeit in den zuständigen Bundestagsausschüssen die letzten Überarbeitungen zur Rentenreform ab, die nach dem Willen der Regierungsparteien sowie der SPD am 10. November endgültig verabschiedet werden soll. Bereits Ende April hat eine Expertenanhörung stattgefunden, am 11. Mai wurde der Gesetzentwurf ohne Aussprache in erster Lesung behandelt, jetzt im Juni finden nichtöffentliche Expertenanhörungen weiterer Sachverständiger zu Einzelfragen statt, ein Antrag der Grünen, öffentliche Anhörungen durchzuführen, wurde von den übrigen Fraktionen abgelehnt.

Von besonderem Interesse sind vielleicht die Stellungnahmen von Kapitalistenverbänden einerseits und des DGB andererseits, weil vielleicht doch noch gewisse Chancen bestehen, über die eine oder andere gewerkschaftliche Diskussion und Beschlußfassung, Einfluß zu nehmen.

Der DGB äußerte im Grundsatz wie alle anderen Verbände — Arbeitgeber, Kirchen, Wohlfahrts-, Frauen und Familienverbände, mit Ausnahme des Senioren-Schutzbundes „Graue Panther“ — Zustimmung zur „Fortentwicklung des bestehenden Rentensystems“ und zum „politischen Konsens zwischen Koalition und SPD“. Die Kritik und Forderungen des DGB konzentrieren sich auf

folgende Punkte:

1. Der DGB ist gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Flexibilisierung der Altersgrenze. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß ab 2001 die gesetzliche Altersgrenze für Männer und Frauen stufenweise auf 65 Jahre angehoben wird, wobei vorfristiger Rentenbezug mit Kürzungen der Rentenhöhe verbunden wären. Der DGB verlangte bei der Anhörung, daß diese Maßnahme vorläufig aus dem Gesetz ausgeklammert

wird und hinsichtlich der „Wechselwirkung mit der Frühinvalidität, dem Arbeitsmarkt und der Familienpolitik noch intensiv diskutiert werden“ soll. Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug lehnt der DGB ab, während die Kapitalisten höhere Abzüge verlangen, als im Gesetzentwurf vorgesehen. Opposition an diesem Punkt ist wirklich dringend: Die Arbeitgeberverbände verlangen, die Erhöhung der Altersgrenze bereits früher in Kraft zu setzen, und insbesondere solle der Gesetzgeber sicherstellen, daß „Ausweichreaktionen der Versicherten, etwa in Erwerbsunfähigkeitsrenten oder in die vorgezogene Rente als Schwerbeschädigter ausgeschlossen würden“ — eine Drohung, auch Lohnabhängige, deren Arbeitskraft ganz oder weitgehend vernutzt ist, weiter auf den Arbeitsmarkt



Arbeit bis ins hohe Alter oder niedrige Rente

CDU/CSU, SPD, FDP für Kürzung der Zusatzversorgung

„Die Eckwerte sind ein schlichtes Kürzungskonzept. Sie machen für sich genommen keinen Sinn, weil sie kein wirkliches Problem berühren. Sie sollen lediglich helfen, Verschlechterungen in der Rentenversicherung der Bevölkerung besser verkaufen zu können.“ So das Fazit des Bundesbeamtenausschusses der ÖTV. (1)

Tatsächlich handelt es sich nicht nur um eine Änderung der Beamtenpensionen, sondern der Angriff von CDU/CSU, SPD und FDP gilt der Altersversorgung des gesamten öffentlichen Dienstes. Schlußsatz des Antrags der genannten Parteien heißt demzufolge auch: „Aus den Eckwerten dieser Entschließung und den daraus zu entwickelnden gesetzlichen Regelungen der Beamtenversorgung ergeben sich systembedingt Wirkungen auf die Tarifverträge zur Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst.“ (2) Sollten die Pläne wie vorgelegt verabschiedet werden, so würde die Altersversorgung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 300 bis 700 pro Monat gekürzt werden. (3)

Erster und wichtigster Eckwert ist die „Streckung und Linearisierung der Zeitvoraussetzungen für die erreichbare Höchstversorgung von 75 v.H. der letzten Bezüge in der Beamtenversorgung. Die Höchstversorgung soll bei normaler Laufbahn mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht werden.“ (2) „Streckung“ bedeutet, daß die Höchstversorgung nicht mehr nach 35 Dienstjahren, sondern erst nach 40 oder 45 Dienstjahren erreicht werden soll. Dabei ist es eine Tatsache, daß ca. 50%

der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wegen Erwerbsunfähigkeit im Alter zwischen 50 und 60 Jahren ausscheiden müssen. (3) Betroffen von einer „Streckung“ wären insbesondere Frauen, die schon heute seltener als Männer die 35 Dienstjahre und damit die Höchstversorgung erreichen.

Noch unsozialer ist die beabsichtigte „Linearisierung“ der Zeitvoraussetzungen. Bislang wurde die Altersversorgung degressiv berechnet: die ersten 10 Dienstjahre wurden mit 35 %, die nächsten 15 Jahre mit jährlich 2 % und die letzten 10 Dienstjahre mit jährlich 1 % berücksichtigt, somit nach 35 Dienstjahren 75 % erreicht. Dieses soziale Element kommt wiederum vor allem Frauen zugute, aber auch Arbeitskräften, die eine längere Ausbildung absolvierten oder aus der Privatwirtschaft in den öffentlichen Dienst gewechselt haben.

Geplant ist nun, pro Dienstjahre den Anspruch gleichmäßig zu steigern. Streckt man die Zeitvoraussetzung auf 40 Jahre, so gewinnt man pro Dienstjahr 1,875 % der Altersversorgung, streckt man gar auf 45 Jahre, so sind es nur 1,666 %. Nach 35 Dienstjahren hätte man im Vergleich zu jetzt nur 65,64 % bzw. 58,33 % erreicht.

Ferner planen CDU/CSU, SPD und FDP die „Anpassung und Flexibilisierung der Altersgrenzen vergleichbar mit der Rentenversicherung“ sowie die „Überprüfung der vorgezogen gesetzlichen Altersgrenzen“ (2). Somit würde die bisher für Beamte geltende Antragsaltersgrenze (Vollendung des 62. Lebensjahres) nur noch unter Inkaufnahme von Versorgungskürzungen möglich sein. Vorgezogene Altersgrenzen gibt es z.B. bei Feuerwehr, Polizei und Strafvollzug. Sie sind kein Privileg, sondern

liegen in der speziellen Dienstauglichkeit begründet, die unabdingbare Voraussetzung für diese Tätigkeit ist. (1) Dazu gehört natürlich, daß der Begriff der Dienstunfähigkeit neu bestimmt werden muß. So heißt es auch im 4. Eckwert: „Keine Dienstunfähigkeit, wenn eine amtsangemessene Tätigkeit auf einem anderen Dienstposten zumutbar ist. ‚Rehabilitation vor Versorgung‘. Rechtsanspruch auf medizinische und berufliche Rehabilitation für Beamte.“ (2)

Im 7. Eckwert wird festgelegt, daß zukünftig die Beamtenbesoldung und -versorgung immer dann von der Tarifierhöhung abgekoppelt werden soll, wenn der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung steigt.

Nach der Verschlechterung der Zusatzversorgung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Jahre 1983 durch Senkung der Höchstversorgung, wäre dies der zweite große Angriff auf diese Altersversorgung, deren Beschäftigte ja zudem von der Reform der gesetzlichen Rentenversicherung betroffen sind.

Die ÖTV, in der innergewerkschaftlichen Diskussion die Solidarität der Industriegewerkschaften fordernd, will sich u.a. auf folgende Grundsätze konzentrieren: (1)

— Beibehaltung der jetzigen Altersgrenzen und der vorgezogenen besonderen Altersgrenzen, — Erhalt der degressiven Steigerung der Ruhegehaltsskala, — Erhalt des Gleichklangs von Tarif- und Besoldungsentwicklung, — Anheben des Bundeszuschusses.

(1) vgl. ÖTV-Report Beamte, März 1989; (2) Bundestagsdrucksache 11/4125 v. 7.3.1989;

(3) Aussage des Tarifsekretärs der ÖTV am 25.5.1989

zu zwingen.

2. Der DGB macht sich stark für die „Rente nach Mindesteinkommen“. Für die Rentenhöhe ist wichtig die Dauer der Beitragszahlung und die Höhe des jeweils verdienten Lohnes/Gehalt im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen — das führt dazu, daß die Renten von Frauen oft extrem niedrig sind. Bisher wurde daher bei Versicherten, die wenigstens 25 Jahre Beiträge gezahlt haben, für die Berechnung der Rentenhöhe Niedriglöhne aufgestockt, sofern diese vor 1972 gezahlt wurden und unter 75 % des Durchschnittseinkommens lagen. Vor allem als Zugeständnis an die SPD behandelt Blüm seinen Vorschlag, künftig Niedriglöhne, die vor 1992 fallen, bei wenigstens 35 Versicherungsjahren in der Rechnung auf das 1,5fache, höchstens aber 75 % aufzustocken. Der DGB will eine unbefristete Regelung, um so das Problem der Rentenhöhe bei Teilzeitbeschäftigten wenigstens etwas abzumildern.

3. Der DGB hat leider bei den „Fami-

lienkomponenten“ des Rentengesetzes auf jegliche Kritik verzichtet und trägt eher noch zu gefährlichen Entwicklungen bei. Blüm schlägt vor, künftig drei Jahre als sog. Erziehungszeit anzurechnen, was solchen Lohnabhängigen, vor allem Frauen, Verbesserungen verspricht, die nach der Geburt ihres Kindes für einige Jahre aufhören zu arbeiten. Man könnte sich ja noch streiten, ob der DGB das wirklich begrüßen muß, wenn gleichzeitig die gesellschaftlichen Einrichtungen zur Kinderversorgung abgebaut werden, also Frauen, die bald nach der Geburt wieder arbeiten, doppelt benachteiligt sind. Aber auf keinen Fall sollte man durchgehen lassen, wenn der DGB sagt, bei einer Neuorientierung der Familienleistungen „könnten beispielsweise über zusätzliche ‚Familienausgleichsabgaben‘ von Kinderlosen auch die Kosten der Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung finanziert werden“. Ein Blick in die Steuerstatistik würde eigentlich genügen, um deutlich zu machen, daß Kinderlosigkeit viel mit

Niedrigeinkommen zu tun hat, und daher ein solcher Vorschlag den Charakter von Strafsteuern für Arme zwecks Finanzierung von Mutter- (und Vater-)schaftsprämien hat.

4. Der DGB hat auf eine Stellungnahme gegen die geänderte Berechnung der Ausbildungszeiten verzichtet. Diese Maßnahme macht für Lohnabhängige mit (langer) Hochschulausbildung private und betriebliche Lebens- und Rentenversicherungen zunehmend wichtiger und höhlt so die gesetzliche Rentenversicherung aus. Damit wird vor lauter Bemühen um Konsens einer der wesentlichen Zielpunkte reaktionärer Rentenpolitik übersehen: Das Bemühen, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer „Grundsicherung“ zu machen, die der aufstockt, der sich's leisten kann, und die die übrigen Lohnabhängigen zu verlängerter Fron fürs Kapital zwingt.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf BtDrs. 11/4124; Berichte über die Sachverständigenanhörung in: Woche in Bonn 8/89 und 9/89 sowie Handelsblatt, 27.4.1989 — (alk. har)

v. Weizsäcker

Nationalismus + Expansion + Schwulst = Volksgemeinschaft?

Am 24. Mai hielt Richard v. Weizsäcker einen Staatsakt ab, „... in dessen Mittelpunkt die Ansprache des Bundespräsidenten stand.“ (Bulletin der Bundesregierung) Die Bildzeitung veröffentlichte die Rede als „Bild extra“.

In Teilen des bürgerlichen Lagers mochte Freude nicht so richtig aufkommen. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ (Mitherausgeber Helmut Schmidt) reagiert irritiert. Unter der Überschrift „Die Republik inszeniert sich selbst“ heißt es: „Da taucht also das Wort von den eigenen, den deutschen Interessen wieder auf, das derzeit so sehr in Mode kommt, daß man fast skeptisch werden könnte. Weizsäcker läßt aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß er seine Rolle darin sieht, diese Interessen zu definieren und auch mit Zähnen und Klauen zu verteidigen.“

v. Weizsäcker verkündet Ansichten, Standpunkte, Meinungen, über die die Einheit „aller Demokraten“ gefordert wird — also Gefolgschaft. Diese, die Tatsachen verfälschende, verhüllende und verschüttende Meinungsmache erlaubt eine Verständigung in den Reihen der herrschenden Klasse bei gleichzeitiger Beschäftigung und Einbindung von Teilen der Parlamentsopposition. Beispiel: Frauen und Familie. V. Weizsäcker knebelt alle Emanzipationsbestrebungen der Frauenbewegung an die Familie und entwirft das abstoßende Bild eines samariterhaften, gütigen, gnädigen und einfühlbaren Führungspatriarchen, der in der Familie übt, wie er in der Gesellschaft zu funktionieren hat. Dazu produziert v. Weizsäcker Sätze wie diese: „Eines aber ist heute unumstößlich: Die Frauen sind freier geworden. Das ist ein Gewinn für sie. Männer sollten aufhören, unwiederbringlichen Privilegien nachzutruern. Dann haben auch sie Gewinn davon, und dann sind sie besser in der Lage, den Familien nicht nur materiell aufzuhelfen, sondern auch beim Denken und Fühlen im Ganzen.“ Der Familie „aufhelfen“, darauf muß einer erst mal kommen, und dann auch noch „beim Denken und Fühlen im Ganzen“. Der Abschnitt endet: „Im übrigen wäre es gut, wenn Männer, soweit sie im Rechtsstaat dazu berufen sind, über die Lage von Frauen besonders behutsam urteilen.“ Sollte hier vielleicht Memmingen gemeint sein? — Tja, wer weiß, oder auch nicht.

Die brutale Interessiertheit an Nation

und Expansion bei gleichzeitiger Tatsachenverhüllung ergibt eine Rede, bzw. Schreibe, die sich kein Schüler im Aufsatz leisten könnte. Frage: Was ist die BRD-Verfassung? Antwort v. Weizsäcker: „Unsere Verfassung ist kein Werk der Siegmächte, sondern deutsch.“ ... oder lang oder kurz, oder wie. Aber wessen Werk ist sie den nun, die Verfassung? Eine demokratisch gewählte verfassungsgebende Versammlung gab es nicht. Eine Volksabstimmung über die Verfassung auch nicht, Note „deutsch“ muß reichen — oder ungenügend.

Nach ersatzloser Streichung der verschiedensten Sorten Schwulst und Stuß — „Es gibt bei uns, wie überall, Licht und Schatten“; „Unsere Kultur ist gewachsen wie ein kräftiger und vielgestaltiger Mischwald.“; „Wie weit sind Computer schon auf dem Weg, sich selbst zu programmieren?“; „Auch unter dem Grundgesetz sind wir keine Engel geworden“; „Wir sitzen zusammen in einem Boot der Kontinuität“; „Langweilig ist es uns nie geworden. Es geht spannend zu in der Bundesrepublik Deutschland.“ — bliebe festzuhalten:

— Der gleiche v. Weizsäcker, der in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen als Verteidiger der Kriegsverbrechen seines Vaters auftrat, hatte sich mit der Rede zum 8. Mai und deren Verbreitung und Interpretation durch die Pressemedien ein antifaschistisches Renomee weit über das bürgerliche Lager hinaus verschafft. Faschisten traten als seine Kritiker auf. Das erlaubt es ihm, jetzt selbst ideologische Initiativen zur Angleichung von Neo-Konservatismus und Faschismus zu entwickeln. Heute soll der Prozeß der Restauration des BRD-Imperialismus als 1945 neu angefangene und inzwischen längst abgeschlossene Vorgeschichte aktueller Ost- und Europaexpansion verstanden werden.

— v. Weizsäcker propagiert die Volksgemeinschaft der „Mitte“ gegen alle anderen sozialen und politischen Interessen der „Exzentrik“, die in der „geistigen Auseinandersetzung ihren guten Platz“ haben können, aber nicht in der Politik. In der von v. Weizsäcker ideologisch ausgemalten Mitte können alle faschistischen Richtungen außer der der nationalen Revolution in Zukunft ihren Platz finden. Die Gegenüberstellung von sich selbst definierender „Mitte“ und „Exzentrik“ ist auch eine

offene Kampfansage an den sozialdemokratischen Pluralismus, an den Standpunkt, daß Arbeiter- und Werktätigeninteressen in dieser Gesellschaft zumindest eine Existenzberechtigung hätten. In v. Weizsäckers Diktat der nationalen Mitte sind diese sozialen Interessen schädlicher Eigennutz und Ergebnis einer Mentalität der „Vollkaskogesellschaft“. Mit dieser Rede legitimiert v. Weizsäcker Ausfälle wie den des Präsidenten von Gesamtmetall W. Stumpfe (Januar 89), Verweigerung von Samstags- und Sonntagsarbeit sei „Sabotage an den deutschen Arbeitsplätzen“. Gleichzeitig soll der Legitimitätsdruck auf alle erhöht werden, die sich dem Krieg und Kriegsdienst für diese Volksgemeinschaft widersetzen. Kriegsdienstverweigerung soll in Zukunft — so Weizsäckers Vorschlag — Verweigerung des Wehrdienstes heißen.

— Versatzstücke des Ökologismus baut v. Weizsäcker nahtlos in ein wüstes Konstrukt imperialistischer Natur-, Lebensphilosophie und -politik ein. Die Natur sei um ihrer selbst zu schützen. Der Mensch muß lernen, „... das Ganze zu wahren, dessen Teil er ist“. Der Bevölkerungszuwachs in den Ländern der Dritten Welt nimmt „verheerende Ausmaße“ an und „führt zu immer weiterer Zerstörung der Naturräume“. Das abzustellen ist Aufgabe der imperialistischen Länder und der Weltmärkte, „... die wir beherrschen.“

— Solchermaßen gestärkt wird es dann Zeit, die Brechstange an die Gesellschaften der osteuropäischen Ländern anzulegen. „Systemöffnende Zusammenarbeit“ sei jetzt angesagt. „Ein atemberaubender Prozeß ist im Gange. Seine Risiken sind gewaltig.“ „Wahrhaft aufregende Perspektiven zeichnen sich ab.“ Den Vorwurf des Nationalismus, den er also bereits erwartet, weist v. Weizsäcker zurück. Was er vertrete, sei kein Nationalismus, kein Imperialismus, kein Chauvinismus, nein das ist — „Patriotismus“ aus „Liebe zu den Seinen.“

Wie wird sich v. Weizsäcker von folgender Aufgabenzuweisung abgrenzen: „Der Präsident muß als Staatsoberhaupt Sprecher des ganzen deutschen Volkes sein und damit über den Parteien und dem politischen Tageskampf stehen ... Mit seinem Amt verkörpert er die unauf lösbare Einheit der Nation, versinnbildlicht durch seine Wahl unmittelbar durch das Volk.“ Quelle: das neue Programm der NPD. Nur mit der Direktwahl ist es noch nicht so weit. Vorerst war v. Weizsäcker erst mal sauer, nicht alle Stimmen der Wahlversammlung — jedenfalls alle nationalen Stimmen — erhalten zu haben. — (chc. uld)

Auszüge aus v. Weizsäckers deutscher Verfassungsrede

I.

Heute vor vierzig Jahren trat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Nach schwerer Vergangenheit hatten Deutsche wieder einen eigenen Staat. Er umfaßte nur einen Teil Deutschlands. Er war nicht souverän. Es herrschte große Not. Aber in dieser Stunde kehrten Deutsche in den Kreis der Völker zurück, die Verantwortung für sich selbst tragen. Sie taten diesen Schritt als freie Menschen.

Kaum je ist ein Staat so zur Welt gekommen. Im Zeichen der Spannung zwischen Ost und West war die Initiative von den Besatzungsmächten ausgegangen, vor allem von Amerika. Ein alliierter Auftrag zur Staatsgründung erreichte die Ministerpräsidenten der Länder, und diese zögerten. Sie waren Patrioten und wollten die Teilung Deutschlands nicht verfestigen.

Die Weichen aber waren inzwischen durch die neue weltpolitische Lage gestellt. Die Sorgen der Menschen galten den Gefahren aus dem Osten und dem Wiederaufbau zu Hause nach der Währungsreform. Man mußte sich der Wirklichkeit stellen und handeln.

So schufen die Länder und der Parlamentarische Rat trotz ihrer Vorbehalte, die sie ehren, den neuen Bundesstaat. Sie verstanden ihn nicht als Absage an das ganze Deutschland, sondern, wie Theodor Heuss ihn nannte, als Transitorium.

Der eigene Wille war dort am stärksten, wo die Selbstbestimmung am größten war: bei den Verfassungsgrundsätzen selbst. Es fehlte zwar nicht an Vorgaben durch die Alliierten und an trefflichen Vorbildern westlicher Demokratien. Was aber die Väter und die vier höchst eindrucksvollen Mütter des Grundgesetzes beschlossen, entsprang ihrer eigenen Überzeugung.

Sie knüpften an deutsche Verfassungen an. Sie selbst zogen Lehren aus verhängnisvollen Schwächen der ersten deutschen Republik. Sie handelten im eigenen tiefen Bewußtsein der Notwendigkeit, umzukehren nach dem namenlosen Leid und Unrecht der zurückliegenden Jahre. Unsere Verfassung ist kein Werk der Siegermächte, sondern deutsch.

Am 8. Mai 1945 hatte das Deutsche Reich bedingungslos kapituliert. Am gleichen Tag vier Jahre später wurde mit der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat der Weg zu einem deutschen Staat frei, der für Demokratie, Menschenrecht und Frieden einsteht und sich heute in aller Welt Achtung erworben hat ...

Es entstand eine parlamentarische Demokratie westlicher Prägung, mit unantastbaren und einklagbaren Grundrechten und mit einer starken Exekutive. Alle staatliche Gewalt wurde in klare, verfassungsmäßige Schranken verwiesen, alle politische Macht unter der Obhut des neugeschaffenen Bundesverfassungsgerichts rechtsstaatlich gebündelt. Das Grundgesetz, von Politikern geschaffen, setzt höheres Vertrauen in das Recht als in die Politik ...

III.

... Extreme Kräfte bekamen in der Gesellschaft sowenig Chancen wie im Staat und in den Parteien. Man suchte den Konsens und entwickelte die Kraft zum Kompromiß. Man hatte Sinn für Maß und Mitte. Die Verpflichtung, für menschlich nicht wiedergutzumachendes Unrecht vor allem gegenüber Juden wenigstens materiellen Ausgleich zu leisten, wurde aufgenommen ...

VII.

... Im übrigen sollten wir auf der Hut sein. Exzentrik kann in der geistigen Auseinandersetzung ihren guten Platz haben. In der Politik ist es anders. Politische Exzentrik heißt ja, heraus aus dem Kern drängen, die Suche nach einer gemeinsamen Mitte aufgeben, die extremen Ränder aufsuchen.

Dort finden sich aber keine tragfähigen Antworten. Dort werden nur Stimmungen aufgeheizt. Das ist kein guter Platz

für demokratische Verantwortlichkeit und damit gewiß auch nicht für die Wähler, die letzten Endes in der Lage sind, zu beweisen, daß sie die wahren Politiker sind ...

IX.

Die schärfsten Probleme der Gegenwart sind Hunger und Not, Ungerechtigkeit und Verschuldung in weiten Teilen der Welt. Der Zuwachs der Erdbevölkerung ist ungebrochen und nimmt wahrhaft verheerende Ausmaße an. Denn er führt zur immer weiteren Zerstörung der Naturräume. Wir in den Industrieländern denken vor allem an das zukünftige Weltklima. Menschen in Not denken an ihr Brot von heute. Sie werden erst dann lernen, die Kinderzahl zu begrenzen und die Natur zu schützen, wenn sich ihre Notlage bessert. Dies hängt zumeist von ihnen selbst ab, aber nicht weniger von unserer Hilfe und von den Weltmärkten, die wir beherrschen, nicht sie ...

X.

... Wahrhaft aufregende Perspektiven zeichnen sich ab. Die großen Mächte stoßen an ihre Grenzen ...

Ein atemberaubender Prozeß ist im Gang. Seine Risiken sind gewaltig. Niemand weiß, ob er zum Erfolg führt. Gewiß aber ist eins, daß wir ihn um unserer eigenen Ziele willen wünschen müssen und, soweit wir können, fördern sollten. Denn seine Chancen kommen letzten Endes nicht den Systemen, sondern den Menschen in ganz Europa zugute ...

Einigkeit im Westen brauchen wir heute erst recht, sowohl um der Risiken als auch um der Chancen willen. Wir müssen entschlossen sein und imstande bleiben, unsere Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber jedermann zu schützen. Wir brauchen Bündnis und Bundeswehr. Es gilt, wie bisher, so auch in Zukunft, den Krieg zu verhindern. Dazu haben wir unseren Wehrdienst und — wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf —, es wäre klarer, wenn im Grundgesetz vom Recht zur Verweigerung nicht des Kriegsdienstes, sondern des Wehrdienstes die Rede wäre. Er ist kein Kriegsdienst, sondern ein Kriegsverhinderungsdienst. Das sollte jeder wissen, der sich legitimerweise prüft, ob er aus Gewissensgründen von seinem verfassungsmäßigen Recht der Verweigerung Gebrauch machen soll ...

Es ist ein Gebot der Sicherheit, über Abrüstung und Rüstungskontrolle mit voller Offenheit zu verhandeln. Wir im Westen müssen zur systemöffnenden Zusammenarbeit mit dem Osten bereit sein, und zwar im Sinne des Wesenskerns der westlichen Demokratien, nämlich im Geist von Menschenrecht und freier Selbstbestimmung.

XI.

... Wir stehen im Dienste der politischen Ziele, die uns die Präambel des Grundgesetzes vorgibt: Frieden, Einheit der Europäer, Einheit der Deutschen. Wie wir ihnen näher kommen, das will und kann uns die Verfassung nicht vorschreiben. Wir müssen den Einklang der Ziele und den Weg zu ihnen selbst finden.

Mit Überzeugung gehen wir schon seit Jahrzehnten den Weg der Europäischen Gemeinschaft ... Wie verträgt sich diese Entwicklung mit unserer Nation, unserem Staat, unserem Empfinden als Deutsche? Soll alles Nationale europäisch wegharmonisiert werden? Davon kann keine Rede sein. Je mehr übernationale Entscheidungen zwingend notwendig werden, um so wichtiger ist die eigene Heimat ...

Die offene deutsche Frage ist Ausdruck der Zusammengehörigkeit der Deutschen, die schweren Belastungen ausgesetzt und doch lebendig geblieben ist und bleibt, wie die Präambel selbst, die an die Freiheit anknüpft. Unsere Verfassung sieht die deutsche Frage nicht im Gegensatz, sondern im Zusammenhang mit Europa. Für sie ist der Gedanke eines aufeinanderzu wachsenden größeren Europas maßgeblich. Von ihm lassen wir uns im Bewußtsein leiten, daß die Geschichte offen ist und daß wir ihr am besten zuarbeiten, wenn wir uns den heutigen großen Herausforderungen verantwortlich zuwenden.

Quelle: Bulletin der Bundesregierung Nr. 51/89 v. 25.5.89

VR China

Ein Ausweg aus der Krise ist nicht in Sicht

Die Massenaktionen der letzten Wochen und ihre brutale Niederschlagung werfen ein grelles Licht auf die große gesellschaftliche Krise in China. Anders als 1986 hatten sich die Studentenunruhen, die anlässlich des Todes Hu Yaobangs, des Anfang 1987 im Gefolge der damaligen Studentendemonstrationen entmachteten Generalsekretärs der KPCh in Beijing ausgebrochen waren, rasch ausgeweitet und Millionen erfaßt: vor allem große Teile der Intelligenz, aber auch Arbeiter, ja selbst einen nicht unbeträchtlichen Teil des Staats- und Militärapparates. Nicht nur in Beijing, wo im Mai Hunderttausende aus dem ganzen Land zusammengeströmt waren, auch in zahllosen anderen großen und z.T. kleineren Städten fanden Demonstrationen und Protestaktionen statt. In den ländlichen Gebieten, in denen über 70% der chinesischen Bevölkerung leben, scheint es jedoch ruhig geblieben zu sein.

Die Meldungen über die Forderungen der Bewegung sind spärlich. Allgemeine Forderungen nach Demokratie und gegen Korruption vereinigen allem Anschein nach einen breiten Widerstand, der vielfältige Ursachen und unterschiedliche und womöglich entgegengesetzte Interessen und Zielsetzungen verfolgt.

In all den seit dem Ende der Kulturrevolution vergangenen Jahren hatte Deng Xiaoping und mit ihm die revisionistische Führung der KP Chinas den bis in die 70er Jahre hinein verfolgten maoistischen Entwicklungsweg für die Armut und Rückständigkeit Chinas verantwortlich gemacht. Dieser Entwicklungsweg war durch den Versuch gekennzeichnet, das Land vor allem auf die eigene Kraft, d.h. durch die Mobilisierung der Massen und der eigenen materiellen Ressourcen zu entwickeln und dabei die sozialen Ungleichheiten im Innern zu bekämpfen.

Deng Xiaoping hat seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre den in fast allen Belangen entgegengesetzten Kurs eingeschlagen. Der Aufbau des Landes sollte durch die Organisierung der Produktion unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und durch die Ausnutzung der internationalen Arbeitsteilung als Mittel zur Einsparung gesellschaftlicher Arbeit erfolgen. Das Ziel der Befreiung wurde in den Hintergrund gedrängt. Zunächst schien der Erfolg denen, die als „Reformpolitiker“ bezeichnet werden, recht zu geben. Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre erlebte China im Zuge der Ausweitung der marktwirtschaftlichen Elemente und der Weltmarktbeziehungen einen zuvor kaum gekannten wirtschaftlichen Aufschwung. Es schien, als könne das Land tatsächlich den Weltmarkt als Instrument seiner Entwicklung nutzen und als sei es tatsächlich egal, wie Deng Xiaoping einmal geäußert hatte, ob die Katze schwarz oder weiß sei, solange sie nur Mäuse finge.

Doch in den letzten Jahren verläuft die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend krisenhaft. Die Ausrichtung Chinas auf den Weltmarkt hat bestehende Widersprüche verschärft und neue geschaffen, wie im folgenden ansatzweise aufgezeigt werden soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die gegenwärtigen Unruhen ihre Ursachen im revisionistischen

Kurs haben, den die KPCh in den 70er Jahren unter der Führung Deng Xiaopings eingeschlagen hat. Die militärische „Lösung“ ist das Eingeständnis des Bankrotts dieses Kurses. Doch darin liegt kein Trost. Es muß befürchtet werden, daß China seit der Niederlage der Kulturrevolution nicht soweit von einer revolutionären Lösung der Widersprüche entfernt war wie heute.

Verschärfte Widersprüche

Auch wenn zehn, zwölf oder 14 Jahre noch kein langer Zeitraum sind, kann doch festgestellt werden: Die Ausrichtung auf den Weltmarkt hat das Problem der Rückständigkeit, das dadurch vorrangig gelöst werden sollte, nicht gelöst: Die Verlagerung der Investitionen auf die Exportproduktion in einigen wenigen Wirtschaftsregionen an der Küste hat zunächst vor allem zur Vernachlässigung der Industrie im Binnenland geführt. Ein Großteil der Produktionsmittel — chinesische Schätzungen sprechen von 55-60% — ist überaltert, wird aber mangels Mitteln nicht erneuert. Chinesische Untersuchungen hielten schon 1986 als drastische Folgen dieser Entwicklung fest: die sinkende Qualität der Produkte, die wachsende Verschwendung von Rohmaterialien und die wachsende Zahl von tödlichen Arbeitsunfällen. (1) Eine andere Folge ist: Die Industrie kann aufgrund mangelnder Kapazitäten der Landwirtschaft nicht die benötigten Produktionsmittel liefern und schon gar nicht zur Verbesserung der technologischen Grundlage beitragen. (2) Dies dürfte einer von mehreren Gründen dafür sein, daß die landwirtschaftliche Produktion seit einigen Jahren stagniert und die massenhaft bearbeitete landwirtschaftliche Anbaufläche zurückgeht. (3)

Der hauptsächliche Grund für diese Entwicklung, die für ein armes und bevölkerungsreiches Land katastrophal ist, ist jedoch die Beseitigung der kollektiv-

zugunsten der privatwirtschaftlichen Produktion in der Landwirtschaft, was ein zentrales Element in der Ausweitung der marktwirtschaftlichen Elemente war bzw. ist. Selbst die Bürgerlichen erkennen an, daß die Grundlage dafür, daß die VR China es in der Vergangenheit geschafft hatte, Nahrungsmittel, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung sicherzustellen, „die lokale Kollektivwirtschaft (war), die zum einen jedem einzelnen Mitglied ein Einkommen oder Mindestversorgung garantierte und zum anderen in der Lage war, Mittel für größere wirtschaftliche Vorhaben zu akkumulieren“. (4)

Die Auflösung der Volkskommunen führte dazu, daß die Aufwendungen für solch größere wirtschaftliche Vorhaben abnahmen; die durch große kollektive Anstrengungen errichteten Be- und Entwässerungssysteme verfielen in den letzten Jahren zunehmend. Besonders drastisch wirkte sich diese Entwicklung in den ohnehin ärmeren Regionen aus. Das durchschnittliche Einkommensgefälle zwischen den ländlichen Gebieten in Westchina und im ärmeren Zentral- und Ostchina wurde aufgerissen. Es änderte sich in nur zwei Jahren, zwischen 1984 und 1986, von 2:1,4 zu 2:1 bzw. 2:0,8! (5)

Die Zuteilung des ehemals kollektiv bebauten Landes an Privathaushalte, die 1982 im wesentlichen abgeschlossen war, führte in Verbindung mit der Einführung eines Pachtsystems zu drastisch ansteigenden Einkommensdifferenzen zwischen armen und reichen Bauern und zur Herausbildung neuer Ausbeutungsverhältnisse auf dem Land. Diese Entwicklung wurde verschärft durch die Umwandlung der ehemaligen Kollektivbetriebe der Volkskommunen in Privatbetriebe oder Betriebe, deren Kapital auf verschiedene Teilhaber aufgeteilt wurde (sofern die lokale Kleinindustrie nicht überhaupt vernichtet wurde). Diese Betriebe können offiziell bis zu acht Lohnarbeiter beschäftigen, aber viele beuten 50 und 100 oder mehr aus. Arme Bauern wurden zunehmend gezwungen, sich als Landarbeiter bei reichen Bauern zu verdingen oder als Lohnarbeiter bei privaten Betrieben.

Lange Jahre hatte die Volksrepublik China die schlimme Entwicklung anderer armer Länder, die Flucht der Landbevölkerung in die großen Städte und die damit verbundenen schier unlösbaren sozialen Probleme vermeiden können. Die revisionistische Politik der KPCh unter der Führung Deng Xiaopings leitete eine verhängnisvolle Wende ein. Welche gewaltigen Ausmaße die Landflucht bereits angenommen hat, mag die Katastrophe zeigen, die sich Anfang des Jahres in Guongdang, einer der bevorzugten Küstenprovinzen, ereignete. Im Laufe des Januar und Februar strömten sage und schreibe 2,5 Millionen arme Bauern aus Hunan, Sichuan, Henan und Hubei sowie der autonomen Region Gangxi

nach Guongdang, um Arbeit zu finden, und stauten sich dort auf den Bahnhöfen zu unentwirrbaren Menschenknäueln. Die Provinzregierung setzte Einsatztruppen zum nötigenfalls gewaltsamen Rücktransport der Wanderarbeiter ein. (7) In Shanghai halten sich durchschnittlich 1,8 Millionen dort nicht wohnhafter Menschen auf, überwiegend Bauern, die Arbeit suchen. Im Zusammenhang dieser Landflucht breiten sich Prostitution, verbunden mit einer dramatischen Zunahme früher fast schon ausgerotteter Geschlechtskrankheiten, Bettelei, Kindesaussetzungen, Drogenkonsum und vor allem Jugendkriminalität aus. (7)

Das erklärte Ziel der Politik Deng Xiaopings, die Produktion unter dem Gesichtspunkt der Effizienz zu organisieren, hat in erster Linie die Arbeiter fremden Interessen unterworfen. Mit der 1980 eingeleiteten Industriereform wurde dem betrieblichen Management größerer Handlungsspielraum eingeräumt. Errungenschaften der Arbeiter dagegen wurden beseitigt. Nach chinesischen Angaben wurden in den letzten Jahren 20 Mio. Arbeiter aus unterschiedlichen Gründen entlassen. (8) Die staatlichen Unternehmen stellen seit geraumer Zeit Arbeiter nur noch als Vertragsarbeiter ein, deren Rechte beschränkt sind. Darüber hinaus wurden bis Ende 1988 10 Mio. „reguläre“ Arbeiter „umorganisiert“, d.h. umgesetzt, in Vertragsarbeiter verwandelt usw. (9) Gegenwärtig wird eine Lohnreform durchgezogen, mit der die Löhne an die „wirtschaftlichen Leistungen“ gebunden und damit für eine größere Zahl von Arbeitern gesenkt werden. Die Reihe arbeiterfeindlicher Maßnahmen ließe sich fortsetzen. Die Inflation, offiziell über 20%, hat alle Einkommensverbesserungen, die im letzten Jahrzehnt erreicht werden konnten, längst weggefressen.

Für einen zunehmenden Teil der arbeitenden Bevölkerung haben sich die Lebensverhältnisse in den letzten Jahren spürbar verschlechtert. Um so mehr hat ihren Zorn herausgefordert, daß sich die höheren Kader in Staat und Partei in großem Ausmaß an den „Wirtschaftsreformen“ persönlich bereichern. Obwohl offiziell verboten, hängen hohe Funktionäre auf die eine oder andere Weise in vielen der neu entstandenen Privatbetriebe. Andere nutzen ihre Schlüsselpositionen bei der Verteilung von Rohstoffen und Konsumgütern zu Schiebergeschäften usw. usf.

Wachsender Widerstand

Die große Massenbewegung, die den breiten Widerstand zusammenfaßte, hatte viele Vorboten, nicht nur die Studentendemonstrationen 1986/87. Seit der Einführung der Betriebsreformen 1982 nahmen die Konflikte in den Betrieben zu. Vertreter der chinesischen Gewerkschaften nannten für das 1. Halbjahr 1988 die Zahl von 49 Streiks, andere Berichte sprachen für denselben Zeit-

raum dagegen von über 200 Streiks mit mehr als jeweils 1000 Beteiligten. Häufigste Ursache waren die Reallohnneinbußen, die ungerechte Verteilung von Prämien, aber auch Fragen des Arbeitsschutzes und Entlassungen. (8) Auf dem legendären Ölfeld in Daqing, in dem Zinnbergwerk von Gejiu in der Provinz Yunnan sowie in dem großen Traktorenwerk von Luoyang soll es einer Hongkonger Zeitschrift zufolge zu Streiks gekommen sein. In Daqing habe sich die Lage nach der Festnahme eines Arbeiters derart zugespitzt, daß VBA-Einheiten dorthin beordert worden seien und das Ölfeld zeitweilig unter Militärverwaltung gestellt worden sei. (10)

Auch aus den ländlichen Gebiet wurden in den vergangenen Monaten Zusammenstöße größeren Ausmaßes gemeldet. Die schwerste Auseinandersetzung fand am 21.6.1988 in einem Bezirk südwestlich von Beijing statt, als rund 1000 Bauern gegen die Verschmutzung ihrer Gewässer durch eine nahegelegene petrochemische Fabrik protestierten. Beim Polizeieinsatz wurden Augenzeugenberichten zufolge drei Bauern getötet und mehrere Dutzend verletzt. (11)

Aber erstmals zeigte die Massenbewegung des Mai, wie isoliert die Clique um Deng Xiaoping ist.

Damit soll nicht behauptet werden, daß die eindeutig unter Führung der jungen Intelligenz stehende Bewegung eine grundlegende Kritik des sogenannten „Reformkurses“ entwickelt hätte. Eher deutet vieles darauf hin, daß die vorherrschende Strömung unter der jungen Intelligenz das in ihren Augen zögerliche Tempo und unzureichende Ausmaß der „Reformen“ kritisierte. Die Zeitschrift „Far Eastern Review“ schrieb: „Die Studenten, die in den vergangenen Wochen den Aufstand probten, sind ein Produkt der jahrzehntenlangen chinesischen Reform-Politik ... Seit Jahrzehnten sind sie die erste Generation, der Kontakte zur Außenwelt zugestanden wurden, und sie ziehen daraus den Schluß, daß ihnen nicht ausreicht, was sie zu Hause haben.“ (12) In der Tat hatte mit der Öffnung Chinas die Intelligenz begonnen, ihre Lebensstandardvorstellungen statt an der Lage der Arbeiter und Bauern an den Maßstäben des Weltmarktes zu orientieren. Dies stieß und stößt mit den Realitäten eines armen Landes zusammen, was der Grund sein mag, daß sich die junge Intelligenz durch beschleunigte Weltmarktintegration ökonomischen Fortschritt und eigenes Fortkommen verspricht.

Dies alles erklärt den mehrdeutigen Charakter der Massenbewegung, die immer wieder auftauchenden Forderungen nach Wirtschaftsreformen und sogar nach Reformen der Eigentumsverhältnisse, die Nicht-Einbeziehung der Bauern, die Orientierung an der bürgerlichen Demokratie, die ja gerade dadurch gekennzeichnet ist, daß sie die Arbeiter und armen Bauern von der Demokratie

ausschließt, u.a.m. Doch es ändert nichts daran, daß die Massenbewegung zuallerst die Krise ausdrückt, in die die von Deng Xiaoping zu verantwortende Politik die Entwicklung der chinesischen Gesellschaft gestürzt hat.

Daß die Forderung nach Demokratie, so vage sie blieb, in der Massenbewegung des Mai ein zentrales Gewicht erhielt und so unterschiedliche Kräfte vereinigen konnte, erklärt sich vielleicht auch daraus, daß nur durch breite Diskussion der werktätigen Klassen und nur durch deren Verständigung über ihre Interessen ein Ausweg aus der Krise gefunden werden kann.

Quellenhinweis: (1) Jingji Ribao, 9.4.1986, zitiert nach: China aktuell, Nov. 1988; (2) Volkszeitung, 8.12.88, zitiert nach: China aktuell, Dez. 1988; (3) Beijing Rundschau 19/1989; (4) Monika Schädler, Neue Wege für Chinas Bauern, Hamburg 1989; (5) ebenda, S. 153ff; (6) ebenda, S. 67ff; (7) China aktuell, März 1989; (8) China-Handel, März 1989; (9) China aktuell, Dez. 1988; (10) Zhengming, Januar 1989, nach: China aktuell, Dez. 1988; (11) China aktuell, Dez. 1988; (12) zitiert nach: taz, 23.5.1989. — In der Broschüre „Volksrepublik China — Anti-imperialismus, Sozialismus, Kulturrevolution“ wird der Kampf zweier Wege um das Entwicklungskonzept in China in den 50er, 60er und 70er Jahren anhand von Dokumenten dargestellt. Die Broschüre kostet 10,- und kann beim GNN-Verlag bezogen werden. — (scc)

Österreich

Haider Regierungschef in Kärnten

Die rechte „Freiheitliche Partei“ (FPÖ) ist weiter auf dem Vormarsch. Im zweiten Anlauf hat am 29. Mai der Vorsitzende der FPÖ, Jörg Haider, den Sprung ins Amt des Landhauptmanns der Kärntner Regierung geschafft. Die FPÖ, die stark von neofaschistischen Elementen durchsetzt ist und im Wahlkampf großdeutsch-nationalistische, teilweise direkt faschistische Parolen verbreitet hatte, stellt damit zum ersten Mal den Regierungschef eines Bundeslandes. Bei Landtagswahlen konnte Haider's FPÖ ihre Stimmenzahl fast verdoppeln und ist mit 29% zweitstärkste Fraktion noch vor der ÖVP im Landtag. Der Rechtsliberale wurde mit den Stimmen der Volkspartei gewählt, nachdem deren Versuch, der SPÖ einen ÖVP-Kandidaten schmackhaft zu machen, gescheitert war.

Besonders beunruhigend ist, daß die FPÖ nun den Landeshauptmann in einem Bundesland stellt, in dem eine starke slowenische Minderheit lebt. Im Wahlkampf hatte die FPÖ, die sich für „Deutschtum“ und „Wiederanschluß“ stark macht, ausgiebig gegen die Slowenen gehetzt (siehe Politische Berichte Nr. 6/89). In seiner ersten Regierungserklärung setzte Haider gleich deutliche Akzente. Er wolle eine politische Er-

neuerung durchsetzen, die „ein Signal für ganz Österreich darstellt“ und mit der „das Heimatbewußtsein“ gefestigt werden solle, erklärte er in seiner Antrittsrede. Mit jenen, die die Volksgruppenfrage „als Vehikel für radikale Ideologien mißbrauchen, werden wir auf der Basis überzeugender Argumente die Auseinandersetzung gerne führen“. In seinem vorab verbreiteten Redemanuskript war er noch deutlicher geworden: „... werden wir das Handwerk legen“, hieß es da. Solange noch die Möglichkeit bestehe, so Haider mit deutlichem Hohn, solle man „den bisher leider nur mündlich überlieferten windischen Dialekt (die Sprache der Slowenen) endlich aufzeichnen“. Die in der österreichischen „Presse“ zitierte Reaktion eines Kärntner Slowenen: „Solange noch die Möglichkeit besteht, soll wohl heißen, daß wir aussterben werden.“ Vor „Parteiveteranen“ betonte Haider wenige Tage danach, Kärnten sei „nur der erste Schritt“; bundesweit wolle die FPÖ den Zielen „Recht und Sauberkeit, Ordnung und Anständigkeit“ wieder zum Durchbruch verhelfen.

Die Wahl Haiders zum Landeshauptmann und seine Regierungserklärung lösten heftige Proteste von slowenischen Gruppen und des „Wahlbündnisses Anderes Kärnten“ aus, zu dem sich verschiedene deutsch- und slowenischsprachige grün-alternativ orientierte Organisationen und Gruppen vor den Wahlen zusammengeschlossen hatten. Das Bündnis war bei den Wahlen auf knapp 3% der Stimmen gekommen. Die SPÖ hat verbal ebenfalls scharfe Kritik an der Haider-Wahl und der ÖVP-Schützenhilfe geübt. Sehr „besorgt“ äußerte sich der ehemalige SPÖ-Landeshauptmann Wagner. „Ich fürchte, jetzt werden Kräfte mobilisiert, die besser nicht geweckt worden wären.“ Forderungen aus der Partei, jetzt die Koalition mit den Konservativen aufzukündigen und Neuwahlen auszuschreiben, werden bislang von der Parteispitze jedoch abgelehnt.

Quellenhinweis: „Die Presse“, Ausgaben vom 14.3., 22./23.3., 30.5., 2.6., Politische Berichte Nr. 6/89 — (jüg)

Spanien/Euskadi

Angriff auf baskische politische Gefangene

Nach dem Abbruch der Verhandlungen hat die spanische Regierung schlagartig ihre Angriffe auf die baskischen politischen Gefangenen verschärft. Erstmals seit langem ist wieder offiziell von einer „Zwangsintegration“ der Gefangenen die Rede, die angestrebt werde, können spanische Gefängniswärter sogar ungestraft den Gefangenen körperliche Angriffe androhen. Gegen diese Angriffe und Drohungen hat die baskische Organisation „Gestora pro Amnestia“ (Zu-

sammenschluß für Amnestie), die die baskischen politischen Gefangenen unterstützt, eine Erklärung herausgegeben, die wir im folgenden nur leicht gekürzt dokumentieren. — (H.R.)

„Man muß die kürzliche Verlegung der drei baskischen politischen Gefangenen in den Knast von Salto del Negro auf den Kanarischen Inseln zweifellos als Strafe verstehen. Sie richtet sich gegen die Gefangenen, die sich deutlich gegen alle Manöver aussprechen, die als Lösung des Problems lediglich die Reinsertion (Wiedereingliederung inkl. Abschwören, d. Red.) vorschlagen, und die während des Waffenstillstands entgegen der offiziellen Propaganda einstimmig klarmachten, daß sie ihre Freilassung von der kompletten Durchsetzung der taktischen Alternative KAS abhängig machen. (Anm. der Redaktion: „KAS“ umfaßt fünf Forderungen: Freilassung der Gefangenen, Abzug der spanischen Polizei und des spanischen Militärs aus Euskadi, Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, ein Autonomiestatut, das die Selbstbestimmung ermöglicht, Euskada als offizielle Sprache) ...

Die Strafe gegen die Gefangenen hat verschiedene Formen: Sie fängt bei der Zusammenlegung der politischen Gefangenen mit sozialen Gefangenen an und setzt sich fort in der Verschärfung der Haftbedingungen: Zunahme des Drucks in den Knästen, Provokationen, Erschwerung der mündlichen und schriftlichen Kommunikation, Rücknahme von bereits erkämpften Zugeständnissen. Im Moment konzentriert sich diese Strafe im Auseinanderreißen des Kollektivs der Gefangenen und in ihrer Verteilung auf die verschiedensten Knäste in ganz Spanien. Konsequenz davon ist die zunehmende interne Isolierung der Gefangenen wie z.B. derjenigen, die jetzt allein in einem Knast oder allein in einem Trakt sind. Weitere Konsequenz ist die Isolierung von Angehörigen und Freunden. Um die politischen Gefangenen isolieren zu können, wird sogar auf Knäste zurückgegriffen, deren Belegung nicht mehr vorgesehen ist und wo jetzt die Gefangenen unter unmenschlichen Bedingungen leben.

In diesem Kontext ist auch die jüngste Verlegung auf die Kanarischen Inseln ein Schritt nach vorn in einer Strategie, die auf Auslöschung abzielt ... Die einzelnen Maßnahmen (der spanischen Regierung gegen die Gefangenen im Verlauf der letzten Jahre, d. Red) waren:

- Konzentrierung der Gefangenen im Knast von Soria,
- Verlegung in den südlichsten Zipfel Spaniens nach Puerto de Santa Maria
- oder die Verlegung in den Hochsicherheitsknast von Herrera de la Mancha
- oder die Verteilung auf über 20 Knäste in ganz Spanien.

Die Verlegung der drei politischen Gefangenen auf die Kanarischen Inseln hat eine neue Qualität ... Das wird

deutlich an der Erklärung der Staatsanwältin Tagle von der Audiencia Nacional (Oberstes Sondergericht in Madrid, vor dem alle ETA-Prozesse laufen) im spanischen Radio, in der sie ausgeht von der Unverbesserlichkeit der baskischen politischen Gefangenen und der Notwendigkeit, deshalb besondere und speziell harte Haftbedingungen anzuwenden, um die Gefangenen endlich in die Knie zu zwingen. Ein Ausdruck davon ist die Verlegung auf die Kanarischen Inseln, die die PSOE mit Unterstützung der EE (Euskadiko Ezkerra, arbeiten mit den GRÜNEN zusammen) und dem komplizierten Schweigen von PNV (Baskische Nationalistische Partei) und EA (Euskal Alkartasuna, liberale Abspaltung von der PNV) umgesetzt hat. Die Besuche in dem Tausende von Kilometern von Euskadi entfernten Knast werden praktisch unmöglich. Außerdem sind die medizinische Versorgung und die anwaltliche Betreuung behindert. Die Gefangenen sind dort schutzlos der Polizei und Knastbeamten überlassen, die sich den Luxus erlauben können, unbehelligt zu erklären, daß sie die physische Integrität der Gefangenen nicht garantieren könnten.“ (Gestora pro Amnestia, 5.6.1989)

El Salvador

Zahlreiche Streiks gegen Hungerlöhne

Die militärische Führung El Salvadors ist durch innere Widersprüche zerrüttet. Hierbei geht es um die zukünftige Aufstandsbekämpfung, totaler Vernichtungskrieg oder „Low Intensity Warfare“. General Rafael Bustillo, ARENA-Mitglied und Hardliner, streitet sich mit anderen Teilen des Generalstabes um die Kontrolle des Verteidigungsministeriums. Gleichzeitig nimmt die Gewalt der Repressionskräfte gegen das Volk weiter zu: die Büros der Massenorganisationen, etwa Gewerkschaften, Arbeitslosen- und Vertriebenenkomitees, das Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen (FECMAFAM) wurden durchsucht, alleine hierbei Hunderte Festnahmen getätigt. Immer wieder tauchen Leichen mit Folterspuren auf.

Die Drohung, zahlreiche Arbeitsplatzbeschaffungsprojekte einzustellen, führt zu einem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung El Salvadors.

Die Gewerkschaft der Elektroindustrie (SIES) begann am 26. April einen unbefristeten Streik. Verhandlungen mit der staatlichen hydroelektrischen Exekutivkommission (CEL) scheiterten an der Weigerung, die Löhne um 200 Colones (40 US-\$) zu erhöhen. SIES weigert sich nun, defekte oder von der Guerilla sabotierte Stromleitungen zu reparieren.

Der Nationale Arbeitsverband des Landwirtschafts- und Viehzuchtministeriums (ANTMAG) führt täglich Protest-

märsche zum Parlament durch, um die Wiedereinstellung von 1200 entlassenen Arbeitern zu erreichen. Die Arbeitskämpfe im Tourismuszentrum um die Seilbahn von San Jacinto und in der Restaurantkette Cancun dauern an.

Der Verband der Arbeiter der Telekommunikation (ASTTEL) führte am 24. April in San Salvador eine Massenversammlung durch, auf der die Einstellung der Repression und eine Lohnerhöhung verlangt wurde.

Die Guerilla setzte die Sabotageakte gegen die Stromversorgung fort. Am 21. April wurden fünf Stromleitungen der Linie Cerron Grande/Atachin gesprengt, dadurch war der größte Teil El Salvadors ohne Strom. Kasernen der Nationalpolizei im Westen wurden angegriffen, außerdem Stellungen des Elitebataillons Belloso und der 4. Infanteriebrigade. Hierbei erlitt die Regierungssarmee etwa 40 Verluste. Am 25. April sabotierten Stadtkommandos der FMLN in San Salvador trotz militärischer Absicherung die Telefonverteilerkästen. Vom 18. bis zum 23. April zerstörte die Guerilla drei Armeehubschrauber, am 26. am helllichten Tage zwei weitere in San Jose Guayabal. Am 26. April erlitten Armeetruppen in der Umgebung der Kaserne der 5. Infanteriebrigade im Bezirk Rio Frio, San Vicente, in einem Hinterhalt 18 Verluste.

Das dem Dachverband unabhängiger Gewerkschaften UNTS angeschlossene Koordinationskomitee berichtete von Bombardements der Luftwaffe gegen die Zivilbevölkerung im Norden von San Miguel und im Süden von Usulután. Die dabei „begleitend“ von der Armee durchgeführten Massenverhaftungen haben zu einer Reaktivierung des Komitees der politischen Gefangenen El Salvadors (COPPE) geführt, u.a. in San Vicente. Die Regierung hatte in der Vergangenheit versucht, COPPE zu zerschlagen, indem sie politische Gefangene voneinander trennte und sie in verschiedene Haftanstalten verstreute.

Quelle: Servicio Especial de Radio Venceremos — zwk

Türkei

Hungerstreik der politischen Gefangenen

Über 500 politische Gefangene in der Türkei sind seit einigen Wochen in einem erneuten Hungerstreik. In Sagmalcilar (Istanbul), Nazili und Erzincan sind über 500 Gefangene seit mehreren Wochen im Hungerstreik. Im Gefängnis Sagmalcilar in Istanbul — hier sind ca. 300 politische Gefangene und Kriegsgefangene im Hungerstreik — begannen die Aktionen am 16. Mai, nachdem zahlreiche Gefangene, die im Gefängnis Bayrampasa in Istanbul inhaftiert sind, mit der Begründung, man habe „einen

Tunnel“ entdeckt, überraschend in das Spezialgefängnis Sagmalcilar verlegt worden waren. Kaum dort angekommen, wurden die Gefangenen von Spezialkommandos der Polizei und Gefängnisbeamten überfallen. Drei Gefangene wurden bei diesem Überfall so schwer verletzt, daß sie im Koma ins Krankenhaus kamen. Vier weitere mußten ebenfalls im Krankenhaus behandelt werden, 44 weitere wurden verletzt, aber ohne Behandlung in Einzelzellen gesperrt. Alle persönlichen Sachen der Gefangenen wurden ihnen entweder weggenommen oder vor ihren Augen verbrannt und zerstört. Aus Protest gegen diese Angriffe und gegen die damit verbundenen Versuche der Gefängnisleitung, die zahlreichen Beschneidungen des Justizminister-Dekrets vom 1. August vergangenen Jahres wieder einzuführen, sind die Gefangenen in Sagmalcilar seitdem im Hungerstreik.

In Nazili, wo die Gefängnisleitung ebenfalls das Dekret vom 1. August wieder einzuführen versucht, sind etwa 50 politische und Kriegsgefangene sogar bereits seit dem 15. April im Hungerstreik. In Erzincan begannen etwa 180

politische und Kriegsgefangene am 16. Mai mit ihrem Hungerstreik.

Gemeinsame Forderung aller Hungerstreikenden ist erneut die Zurücknahme des Dekrets vom 1. August 1988, die Einstellung der Angriffe auf die Gefangenen durch Polizei und andere Rollkommandos der Gefängnisverwaltungen und die Zurückgabe der beschlagnahmten persönlichen Sachen der Gefangenen.

Zur Unterstützung der Hungerstreikenden haben auch die Kriegsgefangenen der „Revolutionären Plattform“ (PKK, Sosyalist, SVP, TKP(B)) in Eskişehir einen dreitägigen Solidaritätshungerstreik durchgeführt. Auch außerhalb der Gefängnisse fanden mehrere Aktionen zur Unterstützung der Gefangenen statt, so eine Pressekonferenz des Vereins der Angehörigen der politischen Gefangenen TAYAD in Istanbul, Demonstrationen in Istanbul und Ankara. In der BRD hat sich eine Aktionseinheit mehrerer zumeist türkischer und kurdischer Organisationen gebildet, die die Hungerstreiks auch in der BRD unterstützen will (siehe S. 2). — (rül)

USA/Bergarbeiterstreik

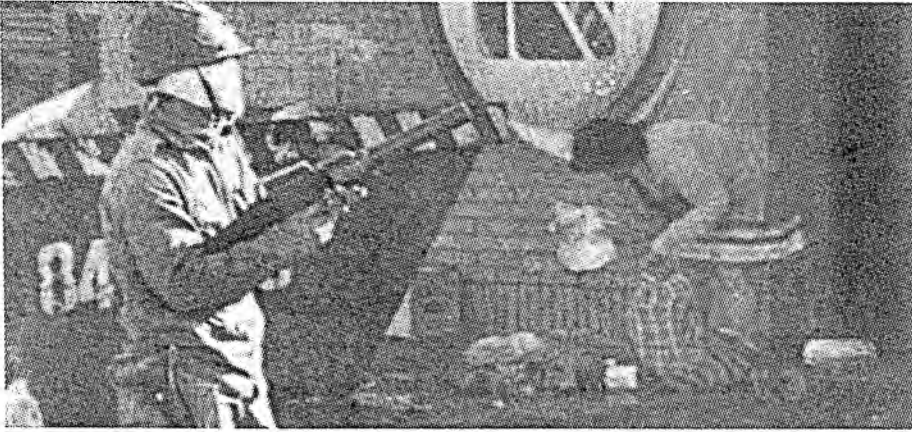
Für Tarifvertrag und gegen Zerschlagung der Gewerkschaften

Seit 5. April streiken 1700 Bergarbeiter an mehreren Gruben von Pittston Coal in Virginia, West Virginia und Kentucky. 14 Monate zuvor, am 1.2.1988, war ihr Tarifvertrag ausgelaufen und seither schlepten sich die Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag dahin. Nicht nur gab es keinen Fortschritt, Pittston weigerte sich, einen Schlichter zu akzeptieren und nahm das Auslaufen des alten Vertrags zum Anlaß, mehr und mehr Vertragsklauseln zu verletzen. Die Berg-

arbeitergewerkschaft UMW (United Mine Workers) schlug zu, nachdem eine von den Gouverneuren der drei Staaten, in denen der Kohlekonzern operiert, verfügte Abkühlungsperiode von 60 Tagen abgelaufen war.

Als erstes errichteten die Streikenden Zelte und Lagerfeuer vor den Werks- und Lagerhäusern, um den Abtransport von Kohle rund um die Uhr zu blockieren. Pittston hatte seit Monaten gewerkschaftlich nicht organisierte Streikbrecher ange-





Über 50 Supermärkte wurden in Argentinien in der vergangenen Woche bei Hungerrevolten geplündert (Bild). Die Regierung setzte Polizei und Spezialeinheiten der Gendarmerie ein, die mindestens 15 Menschen erschossen und mehr als 3000 verhafteten, und verhängte einen 30-tägigen Ausnahmezustand. Durch die Teuerungsrate von 700 Prozent sind für die Mehrzahl der argentinischen Lohnabhängigen selbst Grundnahrungsmittel oft unerschwinglich geworden. Unmittelbar nach den Unruhen gestanden Regierung und Kapitalisten eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns um 117 Prozent auf umgerechnet 50 Dollar im Monat zu. Die Industrie- und Handelskammer von Buenos Aires forderte Präsident Alfonsín, dessen Amtszeit am 10. Oktober endet, zum Einsatz der Armee auf. — (rül)

Italien: Weiter Widerstand gegen „Selbstbeteiligung“

Die Protestaktionen gegen die neueingeführte Selbstbeteiligung an den Kosten medizinischer Untersuchung und Behandlung gehen weiter. Am 29.5. fanden in vielen Betrieben Norditaliens, vor allem in der Lombardei und der Emilia Romagna, Proteststreiks und Versammlungen statt mit Schwerpunkt in der Metallindustrie. In Bologna ruhte für 15 bis 30 Minuten die Arbeit bei Lamborghini Traktoren, Acma, Technofrigo, Corazza, Menarini, Italfarad, Giuliani u.a. Die Beteiligung an den Aktionen war gut, teils wird von 90 bis 100% Beteiligung berichtet. In Versammlungen wurde das nationale Sekretariat der Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL aufgefordert,

„Kampfschritte einzuleiten und dabei bis zum Generalstreik zu gehen“. (l'Unità, 30.5.89 — rok, AGM)

Polen: Erfolge der christlichen Opposition

Bei den polnischen Parlamentswahlen errangen Vertreter der von der katholischen Kirche beeinflussten bis direkt kontrollierten Oppositionsgruppen starke Stimmengewinne. Nach den ersten Hochrechnungen wurden die meisten bekannten Kandidaten der Solidarnosc gewählt, während zahlreiche Vertreter der regierenden PVAP, darunter Ministerpräsident Rakowski und der amtierende Innenminister, nicht genügend Stimmen erhielten, um noch ins Parlament gewählt zu werden. — (rül)

Südafrika/Azania Neue Todesurteile

Zwei zum Tode verurteilte Gewerkschaftsmitglieder sind im Mai durch den südafrikanischen Präsidenten Botha begnadigt worden. Die Todesstrafe von William Mntombela wurde in 25 Jahre, von Tyelovuyo Mgedezi in 20 Jahre Gefängnis umgewandelt. Mntombela ist Mitglied der Handelsgewerkschaft CCAWUSA, Mgedezi der Minenarbeitergewerkschaft NUM. Die Gewerkschaften hatten in Aktionen die Begnadigung und Freilassung gefordert. Die CCAWUSA richtete sich mit einer Petition mit über 11000 Unterschriften gegen die drohenden Hinrichtungen an das Justizministerium. Weltweit gab es Proteste gegen die geplanten Hinrichtungen.

In der Berufungsverhandlung verhängte das Gericht am 26.5. gegen die 25 angeklagten Schwarzen aus Uppington 14 Todesurteile und elf mal lebenslänglich Haft. Die Begründung war die gleiche wie bei den Anklagen gegen die „Sharpeville Six“: sie hätten den Willen einer Menschenmenge geteilt, die einen Polizisten tötete. Während einer Demonstration gegen Mietpreiserhöhungen im November 1985 war dieser Polizist in dem Township Pabalello bei Uppington zu Tode gekommen, nachdem er in die Menge geschossen und mehrere Personen verletzt hatte. Die Beteiligung an der Tötung wurde keinem der 25 Schwarzen nachgewiesen. Der Gewerkschaftsverband NACTU erklärte: „Die Uppington 25 werden nicht vergessen, und wir werden nicht ruhen, bis ihr Leben gerettet ist.“

Quellenhinweis: The Star und Sowetan 22.—27.5. — (rub)

worben, aber, wie die Firma zugibt, nicht genug, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Die Kohlekapitalisten bauen auf die drückende Armut, die hohe Arbeitslosigkeit in dieser Region und die Armee von entlassenen Bergleuten in ihrer Erwartung, daß Gewerkschaftsmitglieder die Streikketten passieren würden.

Das jedoch geschieht nicht, denn die Bergleute der ganzen Region wissen, daß dieser Streik eine Entscheidungsschlacht um den Erhalt ihrer Gewerkschaften ist. Pittston ist der größte Kohleproduzent in Virginia und der zweitgrößte Kohleexporteur der USA. Verlieren sie, werden die Pittston- und anderen Kohlebarone weiter gewerkschaftlich nicht organisierte Scheinfirmen gründen und ihre Produktion durch sie abwickeln. Darüberhinaus hat der Zorn über das rüde Verhalten der Pittston-Kapitalisten seit dem Auslaufen des Tarif-

vertrags die Bevölkerung der Bergbauregion geeint.

Pittston hatte versucht, die Bergarbeitergewerkschaft zum Streik zu provozieren, um dann entlassen zu können und permanent neue, unorganisierte Streikbrecher einzustellen — zu niedrigerem Lohn, versteht sich. Sie haben ihre Krankenkassenbeiträge für pensionierte und arbeitsunfähige Bergleute und für die Witwen ehemaliger Pittston-Bergleute eingestellt. Sie haben Vorarbeiter angeheuert für Arbeiten, die laut Tarifvertrag nur von organisierten Arbeitern getan werden dürfen. Die UMW hat diese Provokationen lange hingenommen, um Pittston keinen Vorwand für Entlassungen zu geben. Vor Streikbeginn hat die UMW die Pittston-Kapitalisten „unfairer Arbeitspraktiken“ beschuldigt. Die nationale Arbeitskammer (NRLB = National Labor Relation Board) hat Anzeichen von erheblichen Verletzungen von Arbeitsregelungen

durch Pittston gefunden und Pittston angewiesen, als eine Firma zu verhandeln, statt ihre Scheinfirmen separat verhandeln zu lassen. Bei Streiks gegen unfaire Arbeitsbedingungen darf ein Kapitalist Arbeiter nicht permanent ersetzen.

Die UMW hat den Streik strategisch geplant und auf die wichtigsten Produktionsstätten konzentriert. Arbeiter an isolierten und kleinen Gruben arbeiten weiter. Die UMW hatte auch zu bedenken, welche Auswirkungen der Streik auf die Kommunen der Region hat, die auf der Kohleindustrie basieren. Pittstons Kampagne der Einschüchterung ist nach hinten losgegangen. Die Unterstützung der Streikenden in den Gemeinden ist sehr stark. Die Frauen der Bergarbeiter und die um die Krankenkassenbeiträge gebrachten Witwen haben das Hauptquartier von Pittston besetzt. Hunderte wurden festgenommen. Über 100 Demonstranten und Streikposten werden täglich festgenommen. Die Gesamtzahl

Kurdistan: Fortschritte im Befreiungskampf

Seit Mitte Mai haben die Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Armee-Einheiten und den Guerillaeinheiten der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) eine bisher nicht dagewesene Dimension angenommen. Nachdem die beiden Kreisstädte Silopi und Sirnak Anfang Mai durch die Guerilla unter Kontrolle gebracht wurden und stundenlang die kolonialistische Armee nicht eindringen konnte, finden seit über zehn Tagen insbesondere in den Gebieten Erüh-Semdinli-Sirnak-Siirt zahlreiche und heftige Gefechte statt. Das gesamte Gebiet von Botan soll sich im Kriegszustand befinden. Über das Gebiet ist faktisch der Belagerungszustand verhängt. Den Berichten der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) zufolge wurden vom 16. Mai bis 26. Mai 1989 250 Angehörige der türkischen Armee — darunter auch hochrangige Offiziere — getötet, über zehn Offiziere befinden sich als Kriegsgefangene in den Händen der Guerilla. In diesem Zeitraum wurden drei Militärhubschrauber durch die Guerilla abgeschossen. Bei den Gefechten fielen vier Guerillakämpfer der ARGK. Auch in den Gebieten Dersim, Pazarcik, Karakocan u.a. haben die ARGK-Guerillas Aktionen durchgeführt und Institutionen des türkischen Staates angegriffen. In Hakkari haben sich über 500 Menschen am Abend des 14. Mai auf dem „Cumhuriyet“-Platz zu einer Protestdemonstration versammelt, nachdem Offiziere der türkischen Armee hier 13- bis 14-jährige Mädchen belästigten und zehn Schüler, die dagegen protestierten, zusammenschlugen und verhaften ließen. Es wird berichtet, daß die mit Panzern antretenden Soldaten schließlich begannen, wild in die Menge hineinzuschießen. Die Europavertretung der PKK hat

die jüngste Entwicklung in einer Erklärung als „bedeutendste und erfolgreichste Etappe“ und als „Wendepunkt“ des nationalen Befreiungskampfes bezeichnet. — (rül)

Namibia: Schülerstreik gegen RSA-Terrortruppe

Seit dem 20. Mai boykottieren rund 30000 Schüler im Norden Namibias den Schulunterricht. Sie protestieren gegen den fortgesetzten Einsatz der berüchtigten südafrikanischen Sondertruppe Koevoet (Brechtstange) und fordern den so-

fortigen Abzug der Koevoet nach Südafrika. Die Rassisten planen, die Sondertruppe in die weiterbestehende namibische Polizei aufzulösen. Die Schüler kündigten an, sie würden ihre Aktionen bis zum Verschwinden von Koevoet fortsetzen. Der südafrikanische Generaladministrator drohte den Schülern, er werde alle Schulen in Nordnamibia schließen lassen und jedem Schüler, der an dem Boykott teilnimmt, den Besuch anderer Schulen untersagen. Seit dem 29. Mai haben die südafrikanischen Besatzer alle berufsbildenden Schulen im Norden geschlossen. — (uld)



Während selbst weltweit für ihren gewerkschaftsfeindlichen Kurs bekannte Konzerne wie IBM inzwischen Anerkennungsverträge mit den erstarkenden Gewerkschaften abschlossen, profiliert sich der Siemens-Konzern in Südkorea zunehmend als einer der härtesten Gewerkschaftsfeinde. Nachdem die Belegschaft von Siemens Südkorea die Geschäftsleitung erstmalig zu Verhandlungen über die Anerkennung ihrer Gewerkschaft hatte zwingen können, verkaufte Siemens seine gesamte Niederlassung an das südkoreanische Konglomerat Goldstar, das sich bis heute weigert, mit den Gewerkschaften auch nur zu verhandeln. Seit zwei Monaten halten deshalb die Siemens-Beschäftigten die Büros von Siemens Südkorea besetzt (Bild). Der „Verkauf“ seiner Niederlassung tut Siemens nicht weh: Zusammen mit der (bundeseigenen) DEG ist Siemens an der Goldstar-Gruppe beteiligt! — (poj (AGM), rül)

war Ende Mai über 2000 Festnahmen. Die lokalen Justizmühlen sind durch die Berge von anfallenden Akten vollständig verstopft. Der Staat hat zusätzlich Richter und Staatsanwälte geschickt und gibt monatlich \$1 Mio. für die Unterbringung von Polizeikräften aus.

„Alle UMW-Mitglieder willkommen!“ steht auf einem Schild an einem Restaurant an der Landstraße. Diese Einladung wiederholt sich an vielen anderen Plätzen entlang den Hauptstraßen. Hingegen weigern sich zahlreiche Geschäfte, die Staatspolizisten zu bedienen, die rangeschafft wurden, um die Kohletransporte durch die Streikketten zu bringen. Pittstons Privatarmee von Schlägern provoziert Auseinandersetzungen an den Toren und filmt alle Aktionen der Streikenden, um Material in Gerichtsverfahren zu haben. Die bewegliche Taktik der UMW ist bisher ziemlich erfolgreich. Wenn die Polizei auf eine Straßenblockade zumarschiert, stellen

die Bergleute ihre Autos an anderer Stelle in einer Schlangenlinie auf, die Personautos passieren können, nicht aber die Kohlelastwagen.

Unterstützung kommt auch von Bergleuten aus anderen Regionen. Die Westmoreland Coal wollte Pittston mit Kohlelieferungen aushelfen, hat das aber aufgegeben, nachdem seine Bergleute aus Solidarität sechs Tage lang ihre beweglichen Ferientage genommen hatten. Westmoreland-Bergleute waren unter den Festgenommenen bei Torblockaden. 12000 Leute nahmen am 30.4. an einer Kundgebung teil, auf der Jesse Jackson und der Präsident der UMW, Richard Trumka, sprachen. Jackson erklärte, daß die Aktionen der Bergleute in der Tradition des Gründers des Industriegewerkschaftsbundes CIO (einem Bergarbeiter) und der Bürgerrechtsbewegung stehen und verglich die Pittston Bergleute mit den 26000 streikenden Arbeitern bei Eastern Airlines. „Bergleute, ihr steht

nicht allein heute.“

Die Kohlebarone gehen jetzt daran, die UMW finanziell zu ruinieren. Sie haben die Gerichte eingesetzt und einstweilige Verfügungen erstellen lassen, die der Gewerkschaft Massenstreikketten verbietet. Wegen Verletzung von gerichtlich verfügten Einschränkungen von Streikaktivitäten hat ein Bezirksrichter \$642000 Strafe gegen die UMW verfügt, \$20000 pro Tag friedlichen Protests und \$100000 für jeden nicht friedlichen Vorfall. Pittston verlangt vor Gericht ein Verbot der Streikposten, weil ihnen das Land gehöre, auf dem die Streikenden stehen. Pittstons Tochterunternehmen Clinchfield Coal z.B. besitzt 40% des Lands und 60% der Mineralrechte im Kreis Dickinson, Virginia. Das Ganze erinnert an die Kohlebarone der 20er Jahre, die bei einem Streik als erstes die Firmenwohnungen der streikenden Familien zwangsräumen ließen. — (her, ger)

Veröffentlichungen

Strukturhilfegesetz und Sozialhilfeausgaben

Dr. Hubert Heinelt veröffentlichte in den WSI Mitteilungen 4/1989 einen Aufsatz mit dem Thema „Die Niedersachsen-Initiative“ und das „Strukturhilfegesetz“ vor dem Hintergrund gestiegener kommunaler Sozialhilfeausgaben für Arbeitslose.

Heinelt untersucht die regional und kommunal hohen Unterschiede in der Entwicklung der Sozialhilfeausgaben. Seine Forschungsarbeit stellt klar, daß der Anteil der Arbeitslosen, die Sozialhilfe beziehen, kontinuierlich ansteigt, und dies regional sehr unterschiedlich. Der Autor plädiert als Fazit seines Aufsatzes, die unzureichende materielle Sicherung über Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfeleistungen abzubauen:

„Schlechte Kunde kommt ... aus Niedersachsen, dessen Ministerpräsident sich vor Jahresfrist noch zum Anwalt der verarmten Kommunen gemacht hatte: Von den 652 Mill. DM, die das Land Niedersachsen nach dem ‚Strukturhilfegesetz‘ erhält, sollen lediglich 150 Mill. DM direkt an die Kommunen weitergegeben werden ...

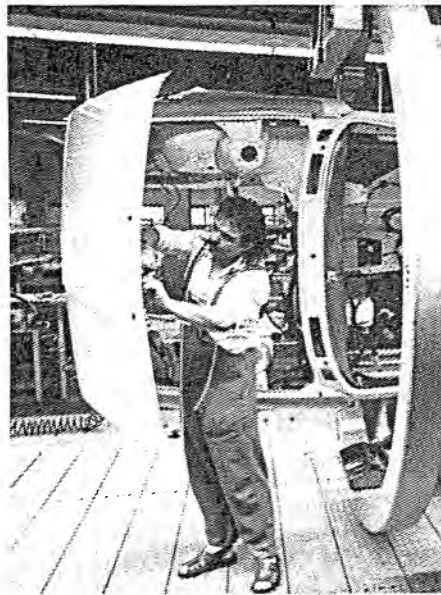
Wenn auch die ‚Niedersachsen-Initiative‘ und das ‚Strukturhilfegesetz‘ als Eingeständnisse zu werten sind, daß *aktuell auftretende regionale Ungleichheiten* politisch mit neuen Instrumenten angegangen werden müssen, so ist doch bei den Diskussionen häufig aus dem Blickfeld geraten, daß die zunehmende Sozialhilfebedürftigkeit von Arbeitslosen — und mithin die finanzielle Belastung der Kommunen als örtliche Sozialhilfeträger — auf eine *unzureichende materielle Sicherung über Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeleistungen* zurückzuführen ist.“ — (mal)

Gruppenarbeit in der Diskussion

Von der „teilautonomen Arbeitsgruppe“ zum „Flexiblen Fertigungszentrum“ ließe sich schlagwortartig die Verschiebung eines vornehmlichen Forschungsgegenstands der Arbeitswissenschaft beschreiben. In vielen Projekten der Reihe „Humanisierung der Arbeitswelt“ spielten Möglichkeiten der Aufhebung von quälend sekundengetakteten Arbeitsfolgen für Näherinnen, Montagearbeiterinnen und ähnliche eine wichtige Rolle. Die Forschungsvorgabe, daß Arbeit so nicht auszusehen habe und sich demzufolge die Aufbau- und Ablauforganisation der Fabrik, die Arbeitsmittel, die Entlohnung zu ändern hätten, förderte eine ganze Reihe sinnvoller Ansprüche zur Arbeitsgestaltung, zur Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz zutage.

In „teilautonomen Arbeitsgruppen“ sollten Beschäftigte ihre Arbeitsbedingungen erträglich gestalten und Entscheidungsbefugnisse haben. Das Humanisierungsprogramm ist quasi beendet, Ergebnisse der damaligen Diskussion versandet. In jüngerer Zeit taucht nun das Schlagwort „Gruppenarbeit“ wieder auf.

Die zunehmende rechnergesteuerte Produktion und Verwaltung, die elektronische Vernetzung (Integration) verschiedener Fertigungsbereiche, integrierte, früher selbständig existierende Maschinen(systeme) wie flexible Fertigungszentren bedingen anscheinend auch eine Integration unterschiedlicher, früher von unterschiedlichen Beschäftigten oder Bereichen wahrgenommenen Arbeitsfunktionen. Das Arbeitssystem selbst scheint nach weniger voneinander separierter, lebendiger Arbeit zu verlangen. Dem technischen Management als



Förderer der EDV-integrierten Fertigung könnte dies nur einleuchten — „Gruppenarbeit“ als gewerkschaftliche Forderung ist allerorten zu hören.

S. Roth und H. Kohl haben in ihrem Band „Perspektive Gruppenarbeit“ (Bund-Verlag 1988) erstmals in nennenswertem Umfang Beiträge zu dieser Thematik gesammelt. Ein einleitender Aufsatz setzt sich kritisch mit den Management-Absichten und Möglichkeiten zur verstärkten Kontrolle und Intensivierung mittels Gruppenarbeit auseinander. Es folgen eine ganze Reihe Beschreibungen betrieblicher Praktiken über bisherige Erfahrungen. Ein weiterer Abschnitt behandelt Fragen der Qualifizierung. Den Schluß des Bandes bildet eine Rahmen-Musterbetriebsvereinbarung über Gruppenarbeit. Wer mit den angesprochenen Problemen befaßt ist, wird den Band in Teilen mit Gewinn lesen, eine Auseinandersetzung mit den theoretischen Annahmen der Gruppenarbeits-Euphorie steht noch aus. — (gka)

RWE: Alternativer Geschäftsbericht 1987/88

Bereits Anfang des Jahres, pünktlich zur Jahreshauptversammlung, erschien auch in diesem Jahr wieder ein „Alternativer Geschäftsbericht“ über das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE), den größten westdeutschen Stromerzeuger. Er wurde von der RWE-Koordination erstellt, in der Mitglieder der Grünen, des BUND, des Arbeitskreis Chemische Industrie, aber auch der DKP mitarbeiten. Er kann für 3 DM über die RWE-Koordination, c/o GAL Essen, Maxstr. 11, 4300 Essen 1 bezogen werden.

Der „Alternative Geschäftsbericht 1987/88“ gliedert sich in die fünf Abschnitte „Wirtschaft“, „Atomkraft“, „Umwelt“, „Kohle und Arbeitsplätze“ und „Kommunen und Verband kommunaler Aktionäre“. Im Rahmen dieser Abschnitte enthält die Broschüre einzelne Artikel, die überwiegend nützlich sind zur Kritik der Konzernpolitik des RWE. Schwerpunkte liegen auf den Auseinandersetzungen um Kernenergieanlagen wie den Schnellen Brüter in Kalkar und NUKEM in Hanau sowie dem Einstieg des RWEs in das Geschäft der Abfall- und Giftmüllentsorgung. Ein Mangel ist, daß die Expansionspolitik des RWE, die sich z.B. im Ankauf der Deutschen Texaco und dem damit verbundenen Einstieg des RWE ins Ölförderungsgeschäft ausdrückt, nur am Rande gewürdigt wird. Ebenso kommt die Kritik der Arbeitsbedingungen der beim RWE Beschäftigten zu kurz.

Das RWE ist aus dem Stinnes-Konzern hervorgegangen und hat sich insbesondere während des Hitler-Faschismus zahlreiche kommunale Versorgungsunternehmen einverleibt. In der Folge beteiligten sich zahlreiche Kommunen am RWE, der Verband kommunaler Aktionäre (VKA) hält nach wie vor 60% des Aktien-Stimmrechts. Obwohl der Einfluß der Kommunen schon jetzt gering ist, versucht das RWE zunehmend, ihn ganz zu beseitigen. Diese Auseinandersetzung ist wichtig und müßte weiterverfolgt werden. Ein Mittel, das das RWE zu diesem Zweck anwendet, ist eine Neugliederung des Konzerns in sechs Sparten. In dem Artikel „Das neue RWE-Konzept: Ausbooten der Kommunen“ heißt es dazu:

„Die RWE-Diversifizierung ist im Kern eine Entkommunalisierung. Sie läuft auf das Aushebeln des kommunalen Einflusses hinaus, der bisher über die Stimmrechtsmehrheit des VKA im RWE und über die Konzessionsverträge auf der Stromseite gegeben ist.

Nach Durchsetzung der Spartengliederung reduziert sich der kommunale Einfluß via Konzessionsvertrag dann auf eine von sechs Sparten. Es liegt dann auch nahe, daß — sobald die anderen Sparten etwas größer geworden sind — die kommunale Mehrheitsbeteiligung am

RWE auf das reine Stromgeschäft beschränkt wird, z.B. indem den sechs Sparten-Gesellschaften eine Holding-Gesellschaft vorgeschaltet schaltet wird, in denen die Kommunen dann nicht mehr, jedenfalls nicht mehr mehrheitlich, vertreten sind.

Auch ohne dies wird sich die Kontrolle der Kommunen bei den Spartentöchtern kaum auf wichtige Details, die über die wirtschaftliche Ertragslage hinausgehen, ausdehnen lassen.“ — (wof)

Amnesty: Folterkritik mit blinden Flecken

Einen Überblick über Verstöße gegen „die Menschenrechte“ in der Türkei beansprucht amnesty international mit einem neuen Taschenbuch zu geben. Die Definition von „Menschenrechten“, die amnesty damit verbindet, fällt — wie üblich bei dieser Organisation — weit hinter die Menschenrechtserklärung, z.B. der UNO, zurück. Hunger, Armut, Ausbeutung, Elend von Arbeitern und Bauern in der Türkei werden in dem Bändchen nur am Rande gestreift. Aber das weiß man ja, wenn man das Buch kauft.

Leider ist auch die Darstellung der politischen Situation in der Türkei ziemlich einseitig. Sicher: zahlreiche Fälle erwiesener Folter werden angeführt, dokumentiert, desgleichen Fälle der Verhaftung und Folterung von Jugendlichen, Angriffe auf die Pressefreiheit, das anhaltende Verbot des Gewerkschaftsbundes DISK und die zahlreichen Beschneidungen gewerkschaftlicher Rechte werden beschrieben. Für eine Kritik an der „Türkeihilfe“, z.B. der Bundesregierung, und eine Widerlegung der demagogischen Behauptungen von Leuten wie von Weizsäcker, die Türkei sei auf dem „Weg zur Demokratie“, ist das Bändchen deshalb nützlich.

Aber den gesamten, inzwischen auch in der reaktionären Presse kaum noch verschwiegenen blutigen Kolonialkrieg der türkischen Armee gegen das kurdische Volk in den von der Türkei besetzten Teilen Kurdistans fast vollständig zu verschweigen — das ist doch allerhand. Stattdessen ist in einem kurzen Schlußkapitel von einer „sezessionistischen kurdischen Guerilla“ die Rede, der auch noch „Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung“ vorgeworfen werden. Die Verfasser bringen es fertig, auf knapp 80 Seiten so ziemlich sämtliche türkischen und kurdischen oppositionellen Organisationen in der Türkei aufzuführen — mit einer Ausnahme: Die PKK, von der allein mehrere tausend Mitglieder in türkischen Gefängnissen sitzen und deren Mitglieder und Anhänger wahrscheinlich seit 1980 von den türkischen Sicherheitskräften am häufigsten gefoltert und ermordet wurden, wird in dem ganzen Buch nicht einmal erwähnt. Da hat wohl wieder der abendländische Zensor zugeschlagen. ai: Türkei. Die verweigerten Menschenrechte, Nov. 1988 — (rül)

Die GRÜNEN zu den EG-Wahlen

Für eine ökologische EG-, ja weltweite Großraumwirtschaft

Ausgerechnet in der Tradition des königlich preußischen Kolonialbeamten zu Königsberg, Immanuel Kant, und seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“, in der Kant u.a. ein Weltbürgerrecht auf weltweite bürgerliche Einmischung als Weg zum „ewigen Frieden“ behauptet, tritt die Partei der Grünen dieses Mal zu den Europawahlen an:

„Nach zwei Weltkriegen hat die europäische Bewegung den alten Traum von der Einigung Europas zu einem Kontinent ‚ewigen Friedens‘ (Kant) mit dem Vorhaben vermischt, einen Block gegen die Sowjetunion und die neuen außer-europäischen Großmächte USA und Japan zu bilden“, heißt es „kritisch“ im 1. Abschnitt des vom Bundesvorstand herausgegebenen „Kurzprogramm zur Europawahl '89“. Und weiter: „Nachdem 1945 in Jalta und Potsdam die Westmächte und die Sowjetunion Europa in Einflußsphären aufgeteilt haben, blieb vom Gedanken der europäischen Einigung bald nicht mehr übrig als ein regionaler westeuropäischer Zusammenschluß unter der militärischen Vorherrschaft der NATO.“

Dieser reaktionäre Quatsch ist direkt aus irgendwelchen Gemeinschaftskunde-richtlinien abgeschrieben. Aus dem Fortschritt, daß die Völker Osteuropas mit der Befreiung vom Faschismus auch gleich die soziale Basis dieser terroristischen Herrschaft und Ausbeutung, das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln, überwand und eine volksdemokratische Ordnung aufbauten, machen die Grünen sowohl ihnen wie der EG einen gemeinsamen Vorwurf: daß sie den angeblich „alten Traum der europäischen Einigung“ nicht verwirklicht hätten.

Dieses entschiedene Eintreten für die „europäische Einigung“ durchzieht die gesamten Aussagen zur Europawahl. Der Expansionismus der kapitalistischen Konzerne wird zwar kritisiert, aber so, daß an seine Stelle eine ökologisch gesteuerte Großraumbildung treten soll, für die dann die bestehende EG nicht zu groß, sondern zu klein ist, und für die zahlreiche wirtschaftliche Zusammenhänge der Kapitalisten, von der EG bis zur OECD, „ökologisch“ genutzt werden sollen. Die Kritik am Expansionismus der Kapitalisten und an den Folgen ihrer Expansion für die Lohnabhängigen, an staatlichem und wirtschaftlichen Zentralismus und dessen Folgen für die Lohnabhängigen, wird so weitgehend geschwächt, wenn nicht ganz zurückgestellt.

Dabei hat schon die bestehende EG den Lohnabhängigen in Westeuropa

schweren Schaden gebracht, zum Ruin von Millionen von Bauern geführt, die Zentralisation des Kapitals in allen EG-Staaten weiter beschleunigt und den EG-Staaten die Mittel in die Hand gegeben, zahlreiche ihrer ehemaligen Kolonien nun mittels des EG-AKP-Abkommen in fortbestehender (neokolonialer) Abhängigkeit zu halten, ja nicht wenige Kolonien sogar direkt weiter kolonial zu beherrschen und auszuplündern.

Die GRÜNEN fechten das kaum noch an. Das EG-AKP-Abkommen beispielsweise wird in ihrer „Plattform“ zur Europawahl und in ihrem „Kurzprogramm“ nicht einmal erwähnt, geschweige denn kritisiert, Befreiungsbewegungen in den EG-Kolonien, in Nordirland, im Baskenland, d.h. gegen koloniale Herrschaft direkt in der EG, tauchen nirgends auf.

Die EG ist „in“ bei den Grünen. Natürlich „ökologisch umgestaltet“. Aber die anvisierte „Umgestaltung“ ist äußerst bescheiden. Eigentum und Erbrecht bleiben unangetastet, Konzerne sollen nicht einmal „entflochten“ werden, nur bei weiteren Fusionen soll künftig eingeschritten werden. Die Begeisterung für eine solche „ökologisch umgebaute“ Großraum-EG geht so weit, daß so gefährliche Entwicklungen wie der geplante EG-Beitritt Österreichs mit keinem Wort kritisiert werden, ebensowenig wie der mit der Herausbildung dieser Großraum-Wirtschaft einhergehende Wiederaufstieg faschistischer Kräfte und Parteien.

„Europa ist mehr als die EG — und die Welt ist größer als Europa“ — so die Überschrift des ersten Kapitels der „Plattform zur Europawahl“ der Grünen Partei.

Wie soll die „Entwicklung Europas“ aussehen? „Wenn ‚europäisches Denken‘ nicht nur eine Phrase sein soll, beinhaltet es die Überwindung der Blockgrenzen in Europa. In diesem Sinne setzen wir GRÜNEN uns mit dem gleichen Nachdruck dafür ein, ernsthaft auf die Vorschläge Gorbatschows für ein ‚gemeinsames europäisches Haus‘ einzugehen, wie wir für die Realisierung der Menschenrechte überall in Europa eintreten. Ein Europa, das vom Binnenmarkt ausgehend Weltmachtpolitik treibt, lehnen wir ab.“ Auf diese Zielbestimmung — „Blocküberwindung“ und „Menschenrechte überall“, aber ohne „Weltmachtpolitik“, — folgen dann Passagen wie diese: „Umweltschutz kennt keine Grenzen. Das Nordseesterben, die Vergiftung von Rhein und Elbe, der Zusammenbruch der Ökosysteme in den Alpen — diese und ande-

re Umweltprobleme kennen ebenso wenig nationale Grenzen wie die Atmosphäre über ihnen. Angesichts dieser gemeinsamen Probleme, der räumlichen Dichte und der vielen menschlichen Verbindungen braucht Europa nicht weniger, sondern mehr Zusammenarbeit ...“ Wer soll da mit wem weshalb zusammenarbeiten? Offensichtlich „Länder“ und zum „Schutz der Umwelt“. Auf diese Weise wollen die GRÜNEN versuchen, ihre Kritik am kapitalistischen Wirtschaften („Schutz der Umwelt“) mit einem europaweiten, ja sogar weltweiten (grenzenlosen) Herrschaftsanspruch gegenüber den Arbeitern und Bauern verbinden.

Und wie soll diese ökologisch gelenkte (aber offenbar auf Privateigentum beru-

Behörden die kapitalistische Technologie unter ihre Kontrolle zu bekommen versuchen, mit Dioxin- und Asbest-Verboten, versteht sich.

Auch in der Verkehrspolitik treten die Grünen mit einem alternativen Großraum-Wirtschaftskonzept an: „Die GRÜNEN fordern eine stärkere regionale Orientierung der Wirtschaftskreisläufe, die die Transportmenge reduziert. Eine gerechte finanzielle Belastung des Kraftfahrzeugverkehrs mit seinen tatsächlichen finanziellen Folgen mit tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten sowie Umweltabgaben werden zur Einsparung manch unsinnigen Transports führen ... Die GRÜNEN fordern die Einstellung des nationalen Luftverkehrs sowie mittelfristig die Einschränkung des

Europas praktiziert werden.“ Also keine „unabhängige“ Zentralbank wie etwa die Bundesbank, sondern eine weisungsgebundene — wie z.B. die französische Zentralbank? Was soll daran fortschrittlicher sein?

In dem eingangs erwähnten (kantianischen) „Kurzprogramm“ zur Europawahl geht dieses Programm einer ökologischen Neuordnung Europas noch weiter. Dort heißt es u.a.: „DIE GRÜNEN treten in ihrer europäischen Politik für ein Europa der Blockauflösung, der Selbstbeschränkung, der Kooperation zwischen den Regionen und der internationalen Solidarität ein. Vor allem aber stehen DIE GRÜNEN für ein Europa des gemeinsamen Umbaus ...“ Dieser grenzensprengende, Alpen- und Nordsee-überwindende, LKWs von der Autobahn befördernde und die Bundesbahn sanierende, eine europäische Zentralbank schaffende und regulierende, die Technologie der Kapitalisten kontrollierende, dabei aber ihr Eigentum und Erbrecht schonende „Umbau“ soll schon Vorbilder haben: „Es gibt heute bereits Ansätze für eine solche europäische Politik. Der Europarat hat sich zu einem Forum des Dialogs der europäischen Länder über die EG-Grenzen hinweg entwickelt ... Der nordische Rat bildet einen Konsultationsrahmen für die skandinavischen Länder. Mit den in Helsinki initiierten Konferenzen für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) ist zum erstenmal ein Verhandlungsprozeß zwischen allen europäischen Staaten in Gang gekommen. Wichtiger jedoch ist, daß die Basisbewegungen in Europa begonnen haben, grenzübergreifend und blockzersetzend zusammenzuarbeiten ...“ Am Ende dieser „blockzersetzenden“ Basisbewegungen soll eine ökologische Weltordnung stehen: „Internationale Kooperation und grenzübergreifende Umbauschritte dürfen nicht auf die EG begrenzt bleiben; hierfür müssen alle internationalen Organisationen genutzt werden, etwa auch der Europarat oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).“

IWF und Weltbank, freilich „alternativ“, fehlen in dieser Auflistung wohl nur versehentlich. Das Konzept einer „alternativen Weltwirtschaft“, das da durchbricht, macht auch die immer noch an verschiedenen Stellen auftretenden Bekenntnisse zu regional gegliederten Wirtschaftsräumen weitgehend zur Phrase. Wem beim Umweltschutz vor allem Grenzüberschreitung und Blocküberwindung einfällt, der wird den tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Zentralisationsabsichten der großen Konzerne in der EG und der von ihnen gelenkten staatlichen Apparate kaum noch nennenswerten Widerstand entgegensetzen können.

Quellenhinweis: Europa braucht Grün, Kurzprogramm der Grünen zur Europawahl '89; Plattform der Grünen zur Europawahl '89 — (rül)



Kritik an der NATO verbindet sich bei den Grünen zwanglos mit dem Eintreten für eine größere (ökologische) EG.

hende) Großraum-Volkswirtschaft im einzelnen aussehen? „Die GRÜNEN fordern ... eine europäische Umweltpolitik, die der Ökologie Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen gibt ... Möglichkeiten der BürgerInnen-Beteiligung und der demokratischen Kontrolle wie das Verbandsklagerecht, Akteneinsichtsrechte und die Umweltverträglichkeitsprüfung sollen EG-weit eingeführt werden. Die EG soll die Methodenforschung zur Technologiefolgenbewertung fördern. Dabei sind Projekte mit einem interdisziplinären Forschungsansatz ... anderen Ansätzen vorzuziehen. Die EG soll die Technologiefolgenbewertung als Rahmenrichtlinie für alle Vorhaben, die die Einführung, Erforschung oder Anwendung neuer Technologie betreffen, vorschreiben.“ Das läuft auf ein gigantisches EG-weites Arbeitsbeschaffungsprogramm für Wissenschaftler aller Art hinaus, die mit Unterstützung der EG-

innereuropäischen Flugverkehrs ...“ Großräumig reisen will der GRÜNE freilich auch in Zukunft. Deshalb solls bei der Bahn etwas flotter gehen: „Um den Flugverkehr einschränken zu können, ist aber eine gewisse Beschleunigung des Bahnverkehrs nötig, etwa durch den Abbau von Grenzaufenthalten ...“ Diese ökologische Großraumwirtschaft mit EG-weiter Technologiekontrolle durch Wissenschaftler, schnelleren Bahnfernzüge sowie LKW-freien Autobahnen braucht auch eine EG-weite Finanzwirtschaft: „Für die GRÜNEN kommt nur ein solidarisches europäisches Finanzsystem in Frage, das die politischen Ziele des ökologischen Umbaus, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung des extremen Regionalgefälles wirksam begleitet. Daher darf die Geldpolitik einer europäischen Zentralbank nicht unabhängig von den politischen Entwicklungszielen

Rund 10 000 demonstrierten gegen Atomprogramm und WAA

München. Aus der ganzen Bundesrepublik und Österreich kamen die Teilnehmer an der Demonstration am 3. Juni 1989 nach München. Auf der Schlußkundgebung forderte der Landtagsabgeordnete der Grünen, Professor Armin Weiss, die Beseitigung der Atomindustrie — bei uns und überall in der Welt. Den Baustopp in Wackersdorf wertete er als Erfolg für den Widerstand. Die Bewegung dürfe sich jetzt aber nicht zur Ruhe setzen. In einer „Demonstrationszeitung“ vom Trägerkreis heißt es auf der ersten Seite „Ein schönes Gefühl — wenn aus Widerstand Erfolg wird“. Weiter wird angekündigt, daß das Ende der WAA der Anfang dafür sein müsse, neue Perspektiven zu entwickeln. Ein Vertreter der französischen Anti-Atom-Bewegung relativierte den Erfolg und wies darauf hin, daß die „400 Tonnen pro Jahr“ jetzt in Frankreich wiederaufgearbeitet werden. Der Vorsitzende des Bundes Naturschutz, Hubert Weinzierl, konnte wegen starken Regens nicht mehr sprechen. In seinem Redemanuskript ruft er „zur längst überfälligen ökologischen Weltrevolution auf“. — (dil)

Brutaler Polizeieinsatz gegen Hafenstraßen-Bewohner

Hamburg. Seit Monaten, teilweise seit Ende 1983, stehen in der Hafenstraße bewohnte Bauwagen. Obwohl nach dem Wohnwagengesetz illegal, haben die Hamburger Behörden die Wagen bis vor kurzem geduldet. Ende April, Bürgermeister Voscherau hatte das Signal zur baldigen Räumung der Hafenstraßen-Häuser gegeben, wurden die Bewohner aufgefordert, an Hamburgs Stadtrand in unmittelbare Nähe einer Müllverbrennungsanlage umzusiedeln. Am 25. Mai forderte das Bezirksamt Mitte die Räumung des Bauwagen-Platzes bis Freitag, den 26. Mai, 12 Uhr. Zu dem Zeitpunkt war völlig klar, daß der Senat jeglichen Widerstand zum Vorwand nehmen würde, um auch die Hafenstraßen-Häuser zu räumen. Bis auf drei Wagen, die die Bewohner wegen fehlender Zugmaschinen erst am folgenden Montag entfernen wollten und das auch gegenüber dem Bezirksamt erklärt hatten, war der Platz Freitag Morgen frei. In den folgenden Stunden veranlaßte der Senat einen der größten und brutalsten Polizeieinsätze (2500 Polizisten, 20 Wasserwerfer, 10 Räumungspanzer) gegen die rund 2000 Hafenstraßen-Bewohner und ihre Unterstützer. Die Polizei jagte Menschen mit Wasserwerfern und zerstörte Wohnungen. Inzwischen hat Innensenator Hackmann weitere Polizeieinsätze wie am Freitag angekündigt. Die Springer-Presse fordert den Einsatz des „finalen Rettungsschusses“ gegen die Hafenstraßen-Bewohner. — (bab)



Ca. 2000 Leute demonstrierten am 27.5. in Detmold gegen die Errichtung eines Schulungszentrums der Nationalistischen Front (NF) in Pivitsheide. Aufgerufen hatten u.a. Antifaschistische Initiative Lippe, Grüne, DKP, JuSos, Mieterverein Detmold und VSP. Bei den Kundgebungen sprachen auch Vertreter der Nachbarschaftsinitiative Pivitsheide, des Ausländerbeirats, der „Radikalen Linken“ und der IG Medien. — (wof)

Festival gegen Rechts

Norderstedt. Am Samstag, dem 3.6.89 veranstaltete die Norderstedter „Initiative gegen Neo-Faschismus und Ausländerfeindlichkeit“ in der Shalom-Kirchengemeinde mit 200 Leuten ein „Festival gegen Rechts“. Sozialdemokraten ebenso wie DKP, Grüne und BWK beteiligten sich mit Informationen, Sketchen oder Büchertischen zum Thema Neo-Faschismus. Im Mittelpunkt stand die Aufforderung, gegen die Neo-Faschisten wie DVU, NPD und Republikaner aufzutreten. Mit Blockaden von NPD- und DVU-Veranstaltungen, Infoständen und Plakatieraktionen gegen die Wahlpropaganda der Faschisten im Europawahlkampf war das Bündnis bisher aktiv. Das öffentliche Beschriften von DVU-Plakaten, durch etwa zehn Antifaschistinnen und Mitglieder der Initiative im Nachbarort Henstedt-Ulzburg unter den Augen der eingeladenen Lokalpresse, die über diese Aktion auch berichtet hat, war das Gesprächsthema des Abends. — (hel)

Polizei schützt Republikaner

Westberlin. Auf dem Fest „75 Jahre Rathaus Schöneberg“ am 3. Juni wurde der Republikanerstand von Antifaschisten friedlich umringt und gerufen „Nazis raus“. Die Polizei machte Videoaufnahmen von den Nazi-Gegnern und ging dazu über, einzelne festzunehmen, u.a. zwei Gewerkschafter, die das Transparent „Gewerkschafter gegen Rassismus und Faschismus“ hielten. Bereits am 23.5. und am 27.5. hatte die Polizei Republikanerveranstaltungen in Moabit und in Kreuzberg mit brutalen Einsätzen geschützt und Demonstranten festgenommen, denen dann Anzeigen wegen

Widerstand, Körperverletzung und Behinderung einer Amtshandlung angehängt wurden. In Schöneberg blieben die Proteste des SPD-Kreisvorsitzenden und Abgeordneten Edel genauso wirkungslos wie die von C. Ströbele (AL) in Moabit. — (chk)

Ermittlungsverfahren wegen § 218

Hannover. In Niedersachsen geht die Zahl der legal durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche ständig zurück, und es gibt Städte, wie beispielsweise Celle, wo seit zwei Jahren weder eine Indikation gestellt noch ein Abbruch vorgenommen wurde.

Bereits im November letzten Jahres wurden bei Pro Familia Hannover Akten über eine Indikation beschlagnahmt. Niedersachsen gehört neben Bayern und Baden-Württemberg zu den drei Bundesländern, in denen es keine ambulanten Abbruchpraxen gibt.

Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft in Hannover gegen 19 Frauen, in Hildesheim gegen vier Frauen, die sich im Zusammenhang mit der Selbstbeziehungskampagne der Zeitschrift „stern“ zu einer Abtreibung bekannt hatten.

Auf einer mit 200 Leuten gut besuchten Veranstaltung eines überwiegend aus Frauengruppen bestehenden Aktionsbündnisses wurde am 1.6.89 die Rücknahme und Einstellung dieser Verfahren und die Streichung des § 218 gefordert. Gleichzeitig wurde als notwendig erachtet, in Niedersachsen sicherzustellen, daß Indikationen gestellt und auch Abbrüche vorgenommen werden können. An einer am 3.6.89 durchgeführten Demonstration zur Staatsanwaltschaft beteiligten sich 400 Leute. Das Aktionsbündnis kündigte die Ausdehnung der Selbstbeziehungskampagne an. — (rec)

Dienstleistungsabend

Jetzt geht's auch um Tarifrecht und Mitbestimmung

Die christlich-liberale Regierungskoalition ergriff mit der Verabschiedung der Ladenschlußänderung im Bundestag am 2.6. direkt im laufenden Tarifkampf im Einzelhandel Partei für die Einzelhandelskonzerne. Zuvor ging ein wahres Trommelfeuer der Presse auf die Gewerkschaft HBV und die Streikenden im Einzelhandel nieder. Außerhalb der Gesellschaft würden sich Gewerkschaft und die zu Zehntausenden Streikenden mit politischen Erzwingungsstreiks stellen, um die gewählten Volksorgane von der Ladenschlußänderung abzuhalten.

Verabschiedet wurde das Gesetz mit 200 Ja-Stimmen, 135 Nein-Stimmen und acht Enthaltungen. Der Bundesrat ent-

Für die FDP-Sprecherin Folz-Steinacker ist es erst ein Einstieg zur generellen Flexibilisierung der Ladenschlußzeiten.

Die SPD-Abgeordnete Steinhauer befürchtet eine weitere Konzentration im Einzelhandel. Für höhere Umsätze fehle eine höhere Kaufkraft. Die Grünen-Abgeordnete Beck-Oberdorf lehnt den Dienstleistungsabend als frauen- und familienfeindlich ab. Einziges Ziel des Dienstleistungsabends sei die künstliche Steigerung des Konsums.

Keine Kritik kommt von der Opposition, daß mit dem gesetzlichen Abendverkauf am Donnerstag ein Schritt zur generellen Arbeit rund um die Uhr gemacht wird. Keiner fordert gesetzliche

tagsarbeit, gegen weitere Flexibilisierung, für Absicherung der Teilzeitarbeit und für deutliche Einkommenserhöhungen wohl nicht begriffen. Jetzt fallen Vorentscheidungen über den Spielraum der Tarifpolitik der nächsten Jahre.

Die Kapitalisten haben den Schauplatz Beseitigung des Tarifrechts, der Allgemeinverbindlichkeit und des Mitbestimmungsrechts in Richtung Kartellrecht verlagert. Das Arbeitsgericht in West-Berlin verwies eine Klage von Kaufhauskonzernen gegen die Haustarife über das Arbeitszeitende ans Kartellgericht. Dieses meldete seine Bedenken an. Für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels erstellte der Göttinger Rechtswissenschaftler Immenga ein Gutachten. Danach sind Tarifverträge, die den gesetzlichen Ladenschluß einschränken, ungültig, da sie gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verstoßen. Arbeitsk Kampfmaßnahmen zur Erreichung eines solchen Tarifvertrages seien rechtswidrig und können Schadensersatzforderungen begründen. Zudem stelle das Vorgehen der Gewerkschaften, die Unternehmen zu einer kartellrechtswidrigen Vereinbarung zu drängen, einen Verstoß gegen das Druckverbot des §25 Abs. 2 GWB dar. Damit wird der Kampf um Tarifrecht, Mitbestimmung und gesetzliche Mindeststandards wie das Arbeitszeitende bedroht.

Bis zur Bundesratssitzung am 30. Juni sollte der Druck auf die Landesparlamente und -regierungen verstärkt werden. Eine öffentliche Unterstützung anderer DGB-Gewerkschaften wäre dafür dringend nötig. Neue Verhandlungstermine standen nach dem Spitzengespräch von HBV und HDE noch nicht fest.

Quellenhinweis: Handelsblatt und FAZ vom 25.5., 3. und 4.6. — (rub)



Die Kaufhäuser melden Millionenverluste durch die Streiks. Kaufhof spricht von etlichen Millionen, Karstadt und Hertie von über zwei Millionen Mark Umsatzverlusten. Die erfolgreichen Streiks am langen Samstag sind da noch gar nicht eingerechnet. Bild: Streik in Freiburg.

scheidet am 30. Juni. Dann können Geschäfte, Banken, Versicherungen, öffentliche Dienststellen usw. ab 1. Oktober donnerstags bis 20.30 Uhr öffnen. An den langen Samstagen wird die Öffnungszeit in den Sommermonaten auf 16 Uhr verkürzt. Bäckereien sollen ab 6.30 Uhr öffnen können.

Im Bundestag bedauert der CDU-Abgeordnete Louven, „daß das Gesetz nur einen ganz kleinen Schritt zu mehr Flexibilität bedeute. Es müßte beim Ladenschluß noch mehr dereguliert werden.“ Eigentlich müßte das Ladenschlußgesetz ganz weg. Bundesminister Blüm verlangt mehr Vielfalt bei den Ladenschlußzeiten, damit die Bundesrepublik nicht das Entwicklungsland Europas bleibe.

Mindeststandards wie Nachtarbeitsverbot für Frauen, geregelte Arbeits- und Ruhezeiten und 40-Stunden-Woche.

Die Kapitalisten haben nicht die Beseitigung des Mitbestimmungsrechts bei der Lage der Arbeitszeit im Ladenschlußgesetz durchgesetzt, wie es die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels verlangt. Dazu ist der Widerstand der Lohnabhängigen im Einzelhandel zu stark, sind die Streiks zu geschlossen.

Leider bleibt die notwendige Unterstützung durch die Gewerkschaften wie IG Metall, IG Chemie oder ÖTV bisher fast gänzlich aus. Sie haben die Bedeutung dieses Kampfes der HBV gegen Nachtarbeit, für Verkürzung der Sams-

Gesamthafenbetrieb

Mit allen Mitteln Jagd auf Kranke

Hamburg. Beim Gesamthafenbetrieb wird seit längerer Zeit versucht, die Lohnfortzahlungskosten rücksichtslos zu senken. Das heißt, die Geschäftsführung versucht nicht die krankmachenden Arbeitsbedingungen herauszufinden und zu ändern, sondern Gesamthafenarbeiter, die arbeitsunfähig krank sind, werden unter Druck gesetzt.

Nun ist dies vielleicht keine Besonderheit, sondern verschiedentlich üblich.

Nicht üblich jedoch sind Briefe an erkrankte Kollegen, wo ihnen in menschenverletzender Weise vorgeworfen wird, „das Recht auf Lohnfortzahlung exzessiv auszunutzen“, wo ihnen selbst unfallbedingte Arbeitsunfähigkeit vorgeworfen wird, und wo ihnen bei einer erneuten Arbeitsunfähigkeit der Rauschmiß angedroht wird.

Wer überdurchschnittlich krank ist, ist nach Ansicht der Geschäftsleitung für den Hafen ungeeignet und muß aus „Fürsorgegründen“ gekündigt werden. Diese „Fürsorge“ gilt auch für Kollegen, die seit 25 Jahren beim Gesamthafen sind und jetzt kaputt sind. Auch bei diesen Kollegen wird eine Kündigung versucht.

Eine weitere Schikane ist die Verweigerung der Lohnfortzahlung. Ohne Angabe von Gründen wird nicht gezahlt. Der Kollege muß zur Krankenkasse und erhält Krankengeld. Das ist mit Lauferei und viel Ärger verbunden. Die Krankenkasse holt sich dann das Geld wieder vom Gesamthafen, weil keine rechtliche Grundlage für eine Lohnfortzahlungsverweigerung vorliegt und der Arbeitgeber bei jeder Krankheit sechs Wochen Lohnfortzahlung leisten muß. Dann wiederum muß der Gesamthafenarbeiter die Differenz zwischen dem Krankengeld und dem Betrag der fälligen Lohnfortzahlung beim Arbeitgeber einfordern — zur Not auf dem Klageweg eintreiben.

Dieses Spiel läuft für den Kapitalisten zum Nulltarif, das heißt, weder die AOK noch der Kollege können die entstehenden Mehrbelastungen dem Arbeitgeber in Rechnung stellen.

Für diejenigen Kollegen, die innerhalb der letzten drei Jahre nicht arbeitsunfähig waren, veranstaltet der Gesamthafenbetrieb eine kostenlose Barkassenausfahrt, und die entsprechenden Kollegen erhalten dafür einen freien Tag.

Der Betriebsrat hat es abgelehnt, sich an dieser Ausfahrt zu beteiligen, weil es nur der Spaltung der Belegschaft dient und alle Kollegen, die krank waren, als Kostenfaktoren diskriminiert. — (obj)

Strafvollzugsgesetz

Protest gegen neue Verschärfung

Hannover. Am 23.9.1988 verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes, den der Bundestag in einer ersten Lesung am 17.2.1989 behandelt hat und an den Rechtsausschuß überwies. Es geht um den laufenden Versuch, im Strafvollzugsgesetz (StVollzG) allgemeine Regelungen über Trennscheiben und Postkontrollen gegen Verteidiger einzuführen, ferner das StVollzG allgemein sehr zu verschlechtern. Dagegen protestierte die Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger e.V. (VNS) — wie sie in einem Schreiben eingestand — verspätet erst Anfang April. Im folgenden zitieren wir aus der Stellungnahme der Rechtsanwältin:

„... Nach Auskunft der GRÜNEN in Bonn liegt außer der Stellungnahme der GRÜNEN bisher nur eine Stellungnahme der Straffälligenhilfe vor — sonst kein Protest! SPD und FDP tragen das

reaktionäre Gesetz mit. Nur das Saarland war dagegen ...“

Außerdem erklärt die VNS: „... anliegend überreichen wir eine sehr ernste und scharfe Stellungnahme gegen die Verabschiedung des aktuellen Änderungsgesetzes zum StVollzG. Wir wenden uns mit diesem Schreiben an Anwaltsvereinigungen, Parteien und gesellschaftliche Gruppen mit der dringlichen Aufforderung, sofort für die Nichtverabschiedung einzutreten ...“

In der Stellungnahme geht der Vorstand der VNS auf weitere Angriffe gegen die Strafgefangenen ein: „... Von dem gleichen reaktionären Geist wie die Angriffe auf die Verteidigung sind die sonstigen Änderungsvorschläge zur Lage der Strafgefangenen geprägt. Abgesehen von unbedeutenden Ausnahmen enthält der Entwurf eine Reihe massiver Schritte zur Verschlechterung der Lage der Gefangenen. Zu den vielen offensichtlich reformbedürftigen Fragen findet sich im Entwurf nichts:

— Bis heute sind Gefangene zur Zwangsarbeit für ein paar Pfennige verpflichtet. Statt dies endlich zu ändern, sollen sie davon nach dem Entwurf noch Prozeßkostenvorschüsse zahlen und Schadensausgleich an die Opfer der Straftaten leisten, was im finanziellen Bereich meist Versicherungen und Banken sind ...

— Lockerungen sollen erschwert, ihre geringe rechtliche Durchsetzbarkeit weiter minimiert werden; stattdessen wäre angezeigt, die gerichtliche Kontrolle zu effektivieren, die bis heute die gerichtliche Durchsetzung von Lockerungen kaum ermöglicht.

— Heute dauern rechtsförmige Verfahren von Gefangenen zur Erreichung von Lockerungen, eines Fernsehgerätes etc. viele Monate; Anstalt und Widerspruchsbeförderung können die Bearbeitung gem. Gesetz jeweils 3 Monate hinschleppen und tun dies häufig. Hier müßte z.B. das Widerspruchsverfahren abgeschafft, die Höchstbearbeitungsdauer auf 1 Monat begrenzt werden ...“

Der Bundesratsentwurf liegt als BT-Ds 11/3694 vor, die erste Lesung findet sich im stenogr. Bericht der 126. Sitzung — (mal)

Hungerstreik

Teilerfolg in Plötzensee

Westberlin. Anlässlich des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin sind am 9.3.89 einige soziale Gefangene aus der Frauenhaftanstalt Plötzensee in einen Hungerstreik getreten, dem sich für drei Tage 49 weitere Frauen anschlossen. Dieser Hungerstreik galt der Solidarität mit den politischen Gefangenen, stellte aber gleichzeitig eigene Forderungen auf:

Selbstbestimmte Zusammenlegung und

Zusammenschlüsse innerhalb offener Häuser.

Abschaffung der Trennscheibe und Besuchüberwachung, Abschaffung der Gegensprechanlagen/Abhöranlagen in allen Zellen.

Aufhebung der Post- und Bücherkontrolle und Zensur, freie politische Information und Kommunikation.

Abschaffung jeglicher Sonderhaftbedingungen, ... Kollektivstrafen, sofortige Schließung der Bunker.

Abschaffung der Zwangsarbeit. Tariflöhne, gesetzliche Krankenversicherung und Krankengeld.

(Auszüge aus der Hungerstreikerklärung vom 13.4.89)

Der Hungerstreik verlief in zwei Etappen. Nachdem sich bis zum 7.4. nichts getan hatte, traten zwei Frauen in den unbefristeten Hungerstreik, dem sich am 20.4. zwei weitere anschlossen.

Da dieser Hungerstreik in der Öffentlichkeit weitgehend verschwiegen wurde, konnte die Anstaltsleitung mit Schikanen reagieren. So wurde die zusätzliche Ausgabe von Tee und Mineralwasser sowie die Versorgung mit Vitamin-tabletten verweigert. Die Postzensur wurde verschärft, ohne Angabe des Absenders wurden den Gefangenen die Postanhaltebeschlüsse ausgehändigt.

Der Senat reagierte lange Zeit überhaupt nicht. Der AL-Abgeordnete Ströbele behauptete, die Forderungen der Hungerstreikenden seien Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen und somit überflüssig. Die Justizsenatorin Limbach (SPD) dagegen sah keine Möglichkeit, in die Auseinandersetzung einzugreifen.

Auch nach Abbruch des Hungerstreiks der politischen Gefangenen machten die sozialen Gefangenen weiter. Erst jetzt, angesichts der unbeugsamen Haltung der gefangenen Frauen, machte die Justizverwaltung Vorschläge, in denen auf einzelne Forderungen eingegangen wurde. Als Ergebnis nahmen die Gefangenen folgenden Kompromißvorschlag an:

Besuche ohne Trennscheibe bei Eltern, Kindern und Geschwistern unter 14 Jahren.

„Nur noch“ 10% der Post sollen auf den Inhalt zensiert werden, der Rest wird im Beisein der Gefangenen geöffnet und auf „Beilagen“ kontrolliert.

Umschluß: Zwischen 16 Uhr und 21 Uhr werden jede volle Stunde die Türen zwischen den Abteilungen für jeweils 15 Minuten geöffnet.

(Auszüge)

Auf die übrigen Forderungen wurde nicht eingegangen. Die Abschaffung der Kollektivstrafen und die Schließung der Bunker standen nicht zur Debatte. Dies gibt der Anstaltsleitung die Möglichkeit, sobald sich „die Lage wieder beruhigt hat“, über diesen Hebel bei den geringfügigsten Anlässen diese Zugeständnisse wieder zurückzunehmen. Vor allem die Kollektivstrafen entbehren jeglicher gesetzlicher Grundlage. — (mab. ras)

„World Tourist Center“

Riesiges Einkaufszentrum als Deregulierungsmonster

Oberhausen. Noch vor der Sommerpause will die SPD-Landesregierung NRW die Entscheidung treffen, ob sie der Ansiedlung des „World Tourist Center“ (WTC) in Oberhausen zustimmt und welche Bedingungen des Investors „Triple Five“ sie erfüllt. Mitte 1988 wurde bekannt, daß die kanadische Triple Five Corporation das weltgrößte Einkaufs- und Freizeitzentrum auf dem 10 ha großen ehemaligen Thyssen-Gelände in Oberhausen bauen will. Geplant sind Investitionen von 3,3 Mrd. DM, zusätzlich 1,7 Mrd. DM für Innenausbau, der jährliche Umsatz soll sich auf 3,5 Mrd. belaufen.

Die Standortwahl fiel bewußt: „Die Rhein-Ruhr-Region ist der bevölkerungsreichste Dichterraum Europas“.

Anschluß an den Düsseldorfer Flughafen, Ausbau der Straßen, ein Autobahnanschluß (täglich werden bis zu 70000 Besucher erwartet), ein eigener Hafen am Rhein-Herne-Kanal. Das Gelände muß von Altlasten gereinigt sein, die Stadt soll für 35 Jahre auf Grundsteuer verzichten.

Beim geplanten Spielkasino soll das Land auf den üblichen Anteil von 85% an den Einnahmen verzichten. Darüber hinaus soll das Land für Kredite ein Zinsniveau von vier bis fünf Prozent garantieren. Die „Bunte Liste“, ein kommunales Bündnis aus DKP, Grünen, VSP u.a. in Oberhausen, beziffert das Volumen der Forderungen auf 1–2 Mrd. DM.

Darüber hinaus verlangt die Investo-

CDU-Landesvorsitzender, und Graf Lambsdorff (FDP) das WTC. Schon lange reden Politiker der CDU und der FDP Konzernen das Wort, die das Ruhrgebiet zur Testregion für Deregulierung machen wollen und von kapitalistennahen Instituten wie dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) immer wieder die angeblich zu hohen Lohnkosten beklagen lassen. Lambsdorff: „Bereits der Abbau von Vorurteilen und Tabus bewirkt beträchtliche Wachstumsimpulse. Wenn es erst des Auftretens kanadischer Großinvestoren bedurfte, in einer Ruhrgebietsstadt das Klima der Unternehmerfeindlichkeit abzubauen: auch recht.“ Die IHK Essen-Oberhausen zählt erklärtermaßen aus ähnlichen Gründen zu den wärmsten Befürwortern des Projekts.

Gegner aus vielen Gründen

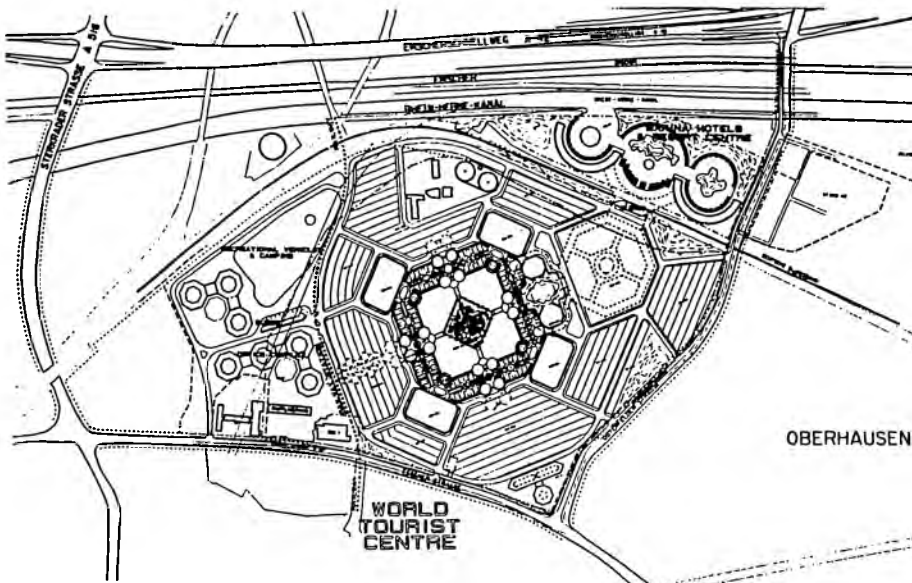
Gegen das WTC regt sich jedoch Widerstand aus unterschiedlichsten Gründen. Vor allem die kleineren Einzelhandelsbetriebe fürchten den Verdrängungswettbewerb. Im WTC sollen 250000 qm Verkaufsfläche an Einzelhändler vermietet werden, die gesamte Einzelhandelsverkaufsfläche beträgt in Oberhausen z.Z. 20000 qm. Viele Einzelhändler auch der umliegenden Städte sind in ihrer Existenz bedroht. Der Karstadt-Konzern (Sitz Essen) wurde offenbar vom Konkurrenten Otto-Versand, an dem wiederum die Familien Brost und Funke, Besitzer des „WAZ“-Konzerns, beteiligt sind, aus dem Geschäft mit Triple Five ausgebootet. Seitdem ist auch er gegen die Ansiedlung und legte eine Studie vor, die belegt, daß für jeden Arbeitsplatz im WTC zwei im übrigen Einzelhandel verloren gehen.

Die HBV geht demgegenüber von den Interessen der Lohnabhängigen aus. Sie bezweifelt ebenfalls die Arbeitsplatzrechnungen der Triple Five-Befürworter, macht gegen die Aufhebung der Ladenschlußzeiten Front und weist darauf hin, daß die ortsnahe Versorgung der Bevölkerung durch den Ruin von Einzelhändlern in angrenzenden Stadtteilen (auch der Nachbarstädte) verschlechtert wird.

Von den Ratsparteien in Oberhausen lehnt nur die „Bunte Liste“ das WTC ab. Sie kritisiert die neue monostrukturelle Ausrichtung, die Deregulierungswirkungen, die negativen Folgen für die Stadtentwicklung. In der SPD gibt es widersprüchliche Meinungen: Die Mehrheit der Oberhausener Ratsfraktion will das WTC, die SPD in den umliegenden Städten opponiert gegen eine Konzentration der Wirtschaftsförderung.

Die „Bunte Liste“ resümiert: „Außen vor bleibt dabei die Frage, wie eine Stadtentwicklung aussehen kann, die nicht gestern Thyssen und morgen Triple Five dient, sondern heute und in Zukunft den Oberhausenern.“

Quellenhinweis: Unternehmenskonzept WTC, versch. Ausgaben „WAZ“, „NRZ“, „UZ“, Stellungnahme der „Bunten Liste“ — (syb)



Lageplan des Zentrums: Besucherzielgruppe sind gut verdienende Schichten, die den „Erlebniswert“ beim Einkaufen schätzen.

stellt das im April vorgelegte Unternehmenskonzept fest. Auf den EG-Binnenmarkt spekulierend, werden Besucher aus den angrenzenden Benelux-Staaten erwartet, sogar Touristen aus aller Welt. Mit der „importierten Kaufkraft“ hat Triple Five lange gelockt, doch im Unternehmenskonzept selber wird offengelegt, daß knapp zwei Drittel der jährlichen 25 Millionen Besucher aus einem Umkreis von 50 km kommen sollen. Damit ist fast das ganze Ruhrgebiet erfaßt.

Kommune überfordert

Die Bedingungen, die Triple Five stellt, überfordern die Möglichkeiten der Stadt Oberhausen völlig. Triple Five verlangt, daß die gesamte Infrastruktur aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt wird. Gefordert wird ein eigener Bahnhof mit

rengruppe die Aufhebung der Ladenschlußzeiten für das WTC. Der Verkauf soll von 10.00 bis 22.00 Uhr sowie samstags und sonntags erlaubt werden. Von bis zu 20000 dort arbeitenden Menschen ist die Rede. Da dies fast ausschließlich Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor sein werden, ist ein großer Schub in Richtung ungeschützter Teilzeitarbeit bei ungünstigsten Arbeitszeiten zu erwarten. Da zudem die Löhne im Dienstleistungssektor niedrig sind und hier besonders viele Frauen beschäftigt werden (die Frauenerwerbsquote liegt in der Region unter dem Bundesdurchschnitt), ist eine enorme Umwälzung in der Lohn- und Beschäftigtenstruktur abzusehen.

Gerade wegen solcher deregulierender Wirkungen unterstützen Politiker wie Arbeitsminister Blüm, gleichzeitig

Jungheinrich

Für guten tariflichen Standard

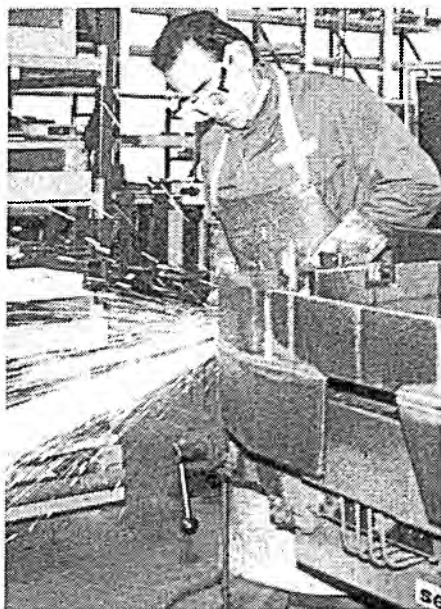
Hamburg. „Wenn man den Frauen in der Buchhaltung zwei Tasten am Bildschirm zeigt, dann haben sie für ihre Arbeit bereits ein schönes Erfolgserlebnis“ Wer nicht dabei war, der mag es nicht glauben: Aber auf diesem Niveau versuchten die Vertreter der Jungheinrich-Geschäftsführung mit dem Betriebsrat über den neuen Gehaltsrahmentarifvertrag (GRTV) zu verhandeln. Das Tauziehen über die Eingruppierung der ca. 800 Leute im Vertriebsbereich dieses Gabelstapler-Konzerns ist jetzt abgeschlossen.

Das Ergebnis ist relativ günstig: Für Tätigkeiten wie Werkstatt- bzw. Kundendienst-, Sekretariats-, kaufmännische und technische sachbearbeitende Tätigkeiten ist als „Jungheinrich-Standard“ die Gehaltsgruppe G 5 Z (3209 DM) als tariflicher Mindestlohn vereinbart worden. Die Gehaltsgruppen G1, 2 und 3 wurden nicht angewendet. Die Gehaltsgruppe G 4 (2548 DM) ist für Berufsanfänger und Tätigkeiten „unter Standard“ wie angelernte Arbeiten in der Kantine oder der Poststelle.

Mit diesem GRTV hatten IG-Metall und Arbeitgeberverband die Auseinandersetzung um den Preis, für den jemand seine Arbeitskraft verkaufen muß, in die Betriebe hineinverlagert: Betriebsrat bzw. Paritätische Kommission mußten über jeden Einzelfall entscheiden. Schön, wenn das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ausgeweitet wird. Nur, da die Eingruppierung sich nach der vom Kapitalisten an einem Arbeitsplatz abgeforderten Tätigkeit und nicht nach der persönlichen Qualifikation zu richten hat, muß jedesmal betrieblich zurückgeholt werden, was bisher durch den Nachweis z.B. eines Lehrberufes geregelt war. Je nach Arbeitsmarktlage und Kampfkraft einer Belegschaft kann künftig in Willkür von den Kapitalisten definiert werden, welche Tätigkeit an einem Arbeitsplatz als „einfache ...“ oder „schwierige Aufgabe ...“ zu gelten hat. Einzelne Erfolge aufgrund günstiger betrieblicher Kampfbedingungen werden so Ausdruck dafür, daß es in der Tendenz mit diesem GRTV den Kapitalisten gelingen wird, das Gehaltsniveau zu senken.

Den Jungheinrich-Betriebsrat hat folgendes Ereignis sehr ermutigt:

Als nach vier Sitzungen der Paritätischen Kommission BR und Geschäftsleitung sich keinen Schritt nähergekommen waren, erklärten die Kolleginnen der Buchhaltung, daß sie, die ja nach Aussage der Geschäftsleitung ohnehin nur untergeordnete und wenig qualifizierte Arbeiten zu tun hätten, nur noch zu einem Dienst nach Vorschrift bereit seien. Das traf die Kapitalisten deshalb besonders,



weil sie gerade erreicht hatten, daß die Kolleginnen Zahlungsziele durchschnittlich um zehn Tage verkürzten, indem sie systematisch ein verschärftes Mahnwesen auf der einen und gezielte Zahlungsverzögerung auf der anderen Seite anwendeten. Das erhöhte die geldliche Liquidität der Firma in den letzten Monaten um nahezu 8,4 Mio DM. Mit solchen Aktionen — und dann auch noch im „heiligen“ Finanzbereich — hatte die Geschäftsführung nicht gerechnet. — (hel)

Kommunalwahlen

Alternative Linke Liste gebildet

Konstanz. Die Alternative Liste (AL) — ein Kommunalbündnis, in dem BWK, DKP, Volksfront sowie nicht parteipolitisch Organisierte zusammenarbeiten —, die VSP und einzelne Autonome wollen mit einer Bündniskandidatur bei den Kommunalwahlen im Oktober eingreifen. Das beschloß am 3. Mai eine AL-Veranstaltung. Alternative Linke Liste (ALL) soll die Liste heißen, nicht nur um den politischen Standort deutlich zu machen, sondern auch um zum Ausdruck zu bringen, daß sie über die bisher die AL tragenden Kräfte hinausgeht.

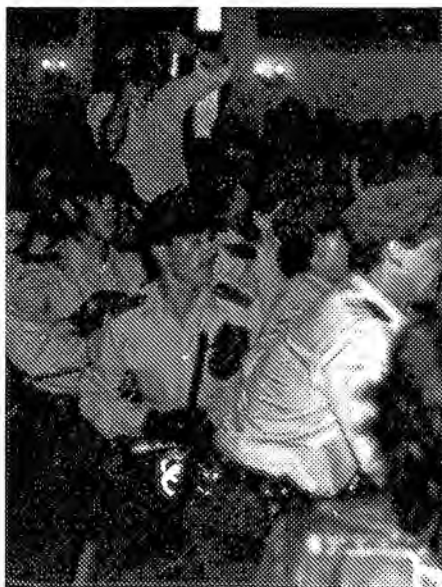
In dem Beschluß stellt die ALL fest: „Wir halten es politisch für wünschenswert, daß eine Bündniskandidatur kommunalpolitisch tätiger linker Initiativen, Gruppen und einzelner Personen zustandekommt. Wir wenden uns deshalb an diese Initiativen und Gruppen und schlagen ihnen vor, möglichst ein linkes Wahlbündnis zu den Kommunalwahlen zu bilden.“ Dieser Aufruf blieb nicht ohne Erfolg: Auf einem zweiten Treffen hat die Konstanzer Wohnrauminitiative erklärt, sie wolle an der Erstellung des Programms mitarbeiten. Auch die Initiative „Sofortige Stilllegung aller Atoman-

lagen/Keine Atomwaffenmacht BRD“ hat Interesse an einer Mitarbeit angemeldet. Das Antifaschistische Komitee Konstanz diskutiert gegenwärtig ebenfalls über den Vorschlag, die Arbeit des linken Bündnisses programmatisch und personell zu unterstützen.

In einer Presserklärung tritt die ALL für folgende Ziele ein:

- Für soziale Ansprüche der arbeitenden (und arbeitslosen) Menschen, gegen die Förderung des Kapitals mit öffentlichen Geldern.
- Für die Nichtzulassung faschistischer Organisationen zu den Wahlen und das Verbot aller faschistischer Organisationen, gegen städtische Unterstützung für neonazistische Umtriebe durch Stand- und Raumgenehmigungen etc.
- Für die politische und rechtliche Gleichstellung der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, für eine entschiedene Politik der Kommune gegen Rassismus und Diskriminierung und für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer, gegen jede Form von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.
- Für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, gegen die Entmündigung der Kommunen durch Bundes- und Landesregierung.

Das Programm der ALL wird von Arbeitsgruppen ausgearbeitet, die auf dem zweiten Treffen des Bündnisses eingerichtet worden sind. Sie beschäftigen sich mit folgenden Themen: Kommunale Finanzen/Wirtschaftspolitik; Antifaschismus; Ausländer-/Flüchtlingspolitik; Wohnungspolitik; kommunale Beschäftigte; Sozial-/Arbeitsmarktpolitik; Internationalismus; Antimilitarismus/Rüstungsproduktion; Kultur; Ökologie; Frauenpolitik. Auf Plenumsitzungen sollen die erarbeiteten Positionen diskutiert und verabschiedet werden. — (jüg)



Antifaschismus soll Schwerpunkt des ALL-Wahlkampfes werden. Bild: Protest gegen die NPD bei der Kandidatenvorstellung im OB-Wahlkampf 1988; der NPD-Vertreter kam auf 3,6%.

Gegen „soldatische Tugenden“ gut geeignet

Ein antifaschistisches Mahnmal für die Waldkircher Deserteure!

Waldkirch. Das lokalgeschichtliche Ereignis, um dessen aktuelle Würdigung nun seit Wochen in Waldkirch gestritten wird, hatte Wolfram Wette, Fraktionssprecher der SPD im Waldkircher Gemeinderat und Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, in einem Aufsatz, der 1985 auch in der Lokalpresse erschien, untersucht: Am 10./11. April 1945 waren in Waldkirch fünf junge Männer wegen Fahnenflucht erschossen worden. Zwecks Abschreckung mußten Volkssturmlaute aus dem ganzen Elztal an der Vollstreckung

diesem Thema während der Kulturtage werde den Ausstieg der FWV zur Folge haben! In mehreren Leserbriefen und auf einer öffentlichen Fraktionssitzung der CDU wird die Behandlung des Themas mit ähnlichen Argumenten zurückgewiesen. Deserteure seien keine Widerstandskämpfer gewesen, im Gegenteil, oft „hätten sie Kameraden durch ihr Verlassen der Truppe gefährdet“, sie hätten sich der „Schicksalsgemeinschaft“ Wehrmacht entzogen, so der Sprecher der Senioren-Union.

Die inzwischen gebildete Initiativ-

gruppe Waldkircher Deserteure an und wollen damit erreichen, daß diejenigen, die den verbrecherischen Krieg der Nazis, der IG Farben, Krupp und Thyssen (angeklagt als Kriegsverbrecher in den Nürnberger Prozessen) nicht mehr mitmachen wollten oder einfach nicht mehr ertragen, nicht weiter als „Feiglinge“ oder gar „Volksschädlinge“ geächtet und verunglimpft werden!“ Zum Beleg der Konzernverantwortlichkeit für diesen Krieg waren auf der Rückseite des Flugblatts Quellenauszüge abgedruckt.

Die Initiativgruppe hält trotz dieser Spaltung an ihrer Veranstaltung fest, was sich als richtig erweist: 47 Besucher, darunter zwei ältere Kriegsteilnehmer, mehrere Schüler, ein Gemeinderat der DOL (den Grünen nahestehend), weitere Kommunalwahlkandidaten der DOL, VVN-Mitglieder und Mitarbeiter des antifaschistischen Arbeitskreises im Jugendzentrum bekräftigen die Notwendigkeit, die kritische Aufarbeitung der Hintergründe des Justizterrors in der Wehrmacht, der Hauptbetreiber und Hauptverantwortlichen für den 2. Weltkrieg und die aktuellen Tendenzen zur Kriegsvorbereitung, Wiedereinführung von Kriegsgerichtsbarkeit und Ausrichtung der Bundeswehr in diesem Sinne gegen das Trommelfeuer der Reaktionäre durchzusetzen. Es werden 150 DM für die Arbeit der Initiativgruppe gesammelt.

Zwei Tage später vermeldet die „Badische Zeitung“, Lokalseite Waldkirch, daß „Unbekannte“ das Heldenkreuz (auf dem die Namen der Gefallenen beider Weltkriege angebracht sind) mit der Parole: „Deserteure sind die Helden“ versehen haben und das Staatsschutzdezernat Emmendingen daraufhin die Ermittlungen aufgenommen habe „im Umkreis der Initiativgruppe“. In einer Presseerklärung, die auch kurz in der „Badische Zeitung“ und dem „Waldkircher Anzeiger“ zitiert wird, stellt die Initiativgruppe fest: „Wir weisen diesen plumpen Versuch, unsere Initiativgruppe und ihr Anliegen ... in die halblegale Ecke zu drängen und zu kriminalisieren, entschieden zurück ... Wir wenden uns entschieden dagegen, den Umstand, daß auch andere auf ihre Weise zu dieser Diskussion beitragen wollen, als Vorwand zu benutzen, diese Diskussion um Rolle und Ehrung von Deserteuren zum Objekt von Staatsschutz Tätigkeit machen zu wollen!“



Denkmal „Dem unbekannten Deserteur“ in Bremen. CDU und Republikaner kämpfen seit Jahren für seine Beseitigung.

der Todesurteile teilnehmen.

Dieses Ereignis griffen dieses Jahr Volksfront, Jusos u.a. auf, um aus Anlaß des Antikriegstages und den diesjährigen Waldkircher Kulturtagen im September: „Waldkirch 1939 — davor und danach“ eine öffentliche Diskussion mit dem Ziel eines antifaschistischen Mahnmals für die Waldkircher Deserteure anzuregen. Kaum haben SPD-Vertreter dieses Ansinnen gegenüber der örtlichen Presse kundgetan, schlagen die Wellen hoch:

Die Freien Wähler schäumen in einer Presseerklärung sowie einem Brief an Bürgermeister Leibinger (SPD), „Ehrung von Deserteuren bedeute Verhöhnung von Millionen Soldaten“, „führe konsequenterweise zur Auflösung der Bundeswehr“, eine Veranstaltung zu

gruppe zur Ehrung Waldkircher Deserteure veröffentlicht Anfang April ein Flugblatt, mit dem sie zu einer Diskussionsveranstaltung zum 11. April einlädt. In letzter Minute springen die Jusos ab, nachdem offensichtlich der SPD-Ortsvorstand ihre Zustimmung zu besagtem Flugblatt heftigst kritisiert hat. Drohbriefe von Reaktionären und die öffentliche Hetze von FWV und CDU einerseits, sowie zum Teil herbe Reaktionen von eigenen Parteimitgliedern andererseits, führen zum Austritt der Jusos aus der Initiativgruppe. Die Argumente des Flugblatts, ursprünglich für gut befunden, halte man nicht mehr für richtig. Zum Stein des Anstoßes wird folgende Aussage des Flugblatts erklärt: „Wir streben eine öffentliche Ehrung der

Am 19. April debattiert der Waldkircher Gemeinderat eineinhalb Stunden über das Thema. Aus Anlaß des Tagesordnungspunktes „Kulturtag“ beantragen die DOL-Gemeinderäte u.a. eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ehrung von Deserteuren“, was die Vertreter von CDU und FWV zu heftigen Gegenreden veranlaßt. Das CDU-Mitglied der Kulturkommission fürchtet „Diskriminierung von lebenden Betroffenen oder deren Nachkommen“, plädiert vehement dafür, „keine Schuldigen in der Aufarbeitung der Vergangenheit zu suchen“ und deshalb ein Requiem „für alle Toten im Dritten Reich“ während der Kulturtag zu veranstalten.

Der Sprecher der Freien Wähler geht noch weiter: Der Status des Deserters verbiete sich als Thema von vornherein. Eine solche Verunglimpfung von allen Soldaten, die für ihr Vaterland tapfer gekämpft hätten, werde die FWV nicht mittragen (siehe auch Kasten). Leute, die Deserteure ehren wollen, seien keine Gesprächspartner. Vielmehr müsse nach all dem „Unfrieden“, den diese Diskussion in der Gemeinde gestiftet habe, un-

bedingt ein Miteinander und nicht Gegeneinander in der Bewältigung der örtlichen Vergangenheit gefunden werden, eine „Befriedungsaktion in der Gemeinde“ sei angesagt zwecks „Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls“. Nach dieser Volks- und Wehrgemeinschaftsrede kommt doch erfreulicher Widerspruch von SPD-Seite: Fraktionssprecher Wette wendet sich entschieden gegen ein Denk- und Diskussionsverbot zum Deserteursthema. Ein weiterer SPD-Gemeinderat protestiert gegen die „Vaterlandsverteidigung“ im Sinne der FWV. Ein DOL-Gemeinderat äußert sein Entsetzen über das Geschichtsverständnis der Gegner des Deserteursthemas: „Wo waren Sie denn bei der Veranstaltung der Initiativgruppe zu diesem Thema? Dort hätten sie sich eine Menge lehrreicher Informationen über Motive und Hintergründe von Desertion im 2. Weltkrieg anhören können!“

Der Kompromißvorschlag der SPD, sämtliche jetzt vorliegenden Vorschläge für die Kulturtag (einschließlich der umstrittenen Veranstaltung) in der Kulturkommission erneut zu beraten,

kommt mit einigen CDU-Stimmen gegen Enthaltungen aus CDU, FWV und SPD knapp durch. Die CDU besteht aber darauf, daß das endgültige Programm nochmals im Gemeinderat verabschiedet wird.

Am ersten Mai beteiligt sich die Initiativgruppe mit einem Transparent und einem Büchertisch an Demonstration und Kundgebung des DGB. Die Unterstützung für ihre Forderung in Leserbriefen und Stellungnahmen gegenüber der Gruppe kann sich neben den Argumenten der Gegner durchaus sehen lassen. Auch aus christlichen Kreisen kommt Zuspruch, u.a. in Leserbriefen; ein evangelischer Pfarrer im Ruhestand, VVN-Mitglied, schickt Gedichte gegen den Krieg.

Nächstes Ziel muß die Durchsetzung der Podiumsdiskussion in den Kulturtagen, gestützt auf DOL und SPD, im Gemeinderat am 14.6. sein (was gegen die CDU/FWV-Mehrheit nicht einfach werden wird). Zum Antikriegstag wird eine Kundgebung in Waldkirch mit Gewerkschaften und möglichst vielen antifaschistischen Gruppen angestrebt. — (mab)

Deserteure sind nur die Spitze des Eisbergs!

„Wer Deserteure ehren wolle, verunglimpfe diejenigen, die bis zum Schluß tapfer für ihr Vaterland gekämpft hätten!“ So ein zentrales Argument der Reaktionäre. Damit wird der hinterhältige Versuch unternommen, alle, die nicht desertiert sind, für eine Rechtfertigung und Verherrlichung faschistischer Kriegsverbrechen zu vereinnahmen. Die bittere geschichtliche Erfahrung von Millionen einfacher Soldaten soll unterdrückt werden: daß nämlich der Justizterror von 50000 Todesurteilen in der Wehrmacht (1) nur die Fortsetzung faschistischer Politik mit anderen Mitteln war. Nach der Zerschlagung der politischen Organisationen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung bereits in „Friedenszeiten“, war die Fortsetzung dieses Terrors im Krieg zwecks Zusammenhalt einer verbrecherischen imperialistischen Armee nur folgerichtig. Das terroristische Prinzip des Zusammenhalts funktioniert, weil der Soldat im imperialistischen Krieg sozusagen „von zwei Seiten“ lebensbedroht ist: „Vor ihm befindet sich die organisierte Vernichtungsmaschine des offiziellen Gegners; aber sofern er sich dem aufgenötigten Angriff entziehen will, findet er hinter sich den Galgen oder das Erschie-

ßungspeloton vor. Setzt er sich als einzelner ab, so ist seine Überlebenschance demgegenüber erheblich geringer als die Hoffnung, im Zufall des Kugelhagels verschont zu bleiben.“ (2) Die Leugnung dieser millionenfachen „Kriegserfahrung“ durch die Gegner der Deserteur-Ehrung und ihre Absicht, die Wirkung dieses terroristischen Prinzips in positive „soldatische Tugenden“ und „Vaterlandsliebe“ umzumünzen,

Mir würde zur Last gelegt:
1.) Umgang mit Polen der polnischen Untergrundbewegung, Munitionsverkauf
2.) Dauernde Entziehung der Wehrpflicht.
3.) Indem ich mich äußerte ich habe diese unnütze Metzelei sah d. Laufe über außerdem müßte man unsere Offz. erst an die Wand stellen.

Notiz von Heinz H. zur Verurteilung 1944, Stadtschreiber Kassel, A 5 55, Nr. 67
Heinz H., geb. 1920, wurde das erste Mal 1940 wegen Fahnenflucht zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Anfang 1944 verurteilte das Gericht der Oberfeldkommandantur Warschau wegen „unerlaubter Entfernung von der Truppe, Zersetzung der Wehrkraft und Feindbegünstigung“ zu 5 Jahren Zuchthaus.

Notizen eines Deserteurs. (Aus: J. Kammler, Ich habe die Metzelei satt ... , Kassel, 1985)

zielt auf Spaltung einerseits und positive Anhangbildung für den nächsten Waffengang andererseits. Daß in den Gefechtsphasen imperialistischer Kriege sich latent Desertionsgelüste breit machen, beschreibt General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen“ 1919: „Die Truppe hatte das dauernde Ausharren in der Verteidigung unheimlich schwer ertragen. Es gab bereits viele Drückeberger. Sie fanden sich wieder ein, sobald der Kampf beendet war. Es war die Regel geworden, daß Divisionen, die mit verzweiflungsvoll ringenden Kräften aus der Schlacht kamen, nach wenigen Tagen an Kopffzahl wieder sehr erheblich günstiger standen ... Wie die Abwehr die Truppen bedrückte, so hob der Angriff ihren Geist.“ Und Brigadegeneral Zedler bei einem Kommandeurswechsel 1983 sorgt sich um die zersetzende Wirkung von Friedenszeiten: „Die Bundeswehr hat nur dann ihren Stellenwert, wenn sie militärisch einsatzbereit ist, wenn das Schwert scharf ist. Dieser Notwendigkeit wirken lange Friedenszeiten entgegen ... Als Soldaten schulden wir unserem Staat und unserer Gesellschaft unsere physische Existenz — unser Leben.“ (FR 19.9.1983)

(1) Messerschmidt/Wüllner, Die Wehrmachtsjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Stgt., 1987 (2) Solange es Imperialismus gibt, gibt es Krieg. Kühl KG. 1977, S. 31 ff.

Arbeitsverweigerung wegen Militärforschung

Kassel. Zwei Ärzte, die sich geweigert hatten, an einem Medikament zu forschen, das bei einem Atomkrieg die Kampftüchtigkeit von Soldaten verlängern kann, haben vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) erfolgreich gegen ihre Kündigung geklagt. Sie hatten die Arbeit verweigert, als sie erfuhren, daß sich der Pharma-Konzern Becham-Wülfig von der Substanz gute Geschäfte mit der NATO versprach. Das BAG betonte, daß das „subjektive Gewissen“ verfassungsrechtlich geschützt sei, und daß das Medikament sehr wohl militärisch nutzbar sei. — (mpu)

IHKs wollen Stahlhilfen kassieren

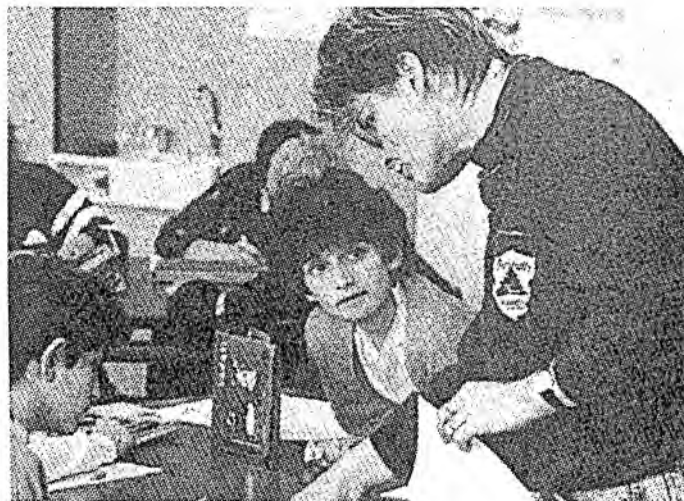
Essen. „Die Ruhrwirtschaft blüht wie seit Jahren nicht“, jubeln die fünf Ruhrgebiets-IHKs in einer Stellungnahme vom 18.5.89. Der Umsatz der Kapitalisten ist im Ruhrgebiet 1988 um 6,2% gestiegen, 0,4% mehr als im Bundesdurchschnitt, gerade die Stahlkonzerne melden Spitzenprofile. Die Schlußfolgerung der IHKs: Bund und Land sollten auf die „Stahlhilfen“ verzichten, die den Kapitalisten 1983–85 unter

Kiel. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat im Haushalt 70 neue Planstellen für Lehrer beschlossen, um die Arbeitszeitverkürzung auszugleichen. Um weitere fehlende Stunden auszugleichen, ist den Schulen „Spielraum“ gegeben, die Klassen zu vergrößern. Eine „Ausgleichsstunde“ für Lehrer der 9. Hauptschulklassen wird gestrichen. Es ist von weiteren Streichungen die Rede. GEW und andere Lehrverbände fordern 700 neue Planstellen. Dafür demonstrierten am 31. Mai ca. 3500 Lehrer in Kiel. — (brg)

der Bedingung der Rückzahlbarkeit bei Bilanzgewinnen gewährt wurden! Die Gelder sollten in eine privatwirtschaftlich geführte Stiftung oder Gesellschaft fließen, die u.a. Träger von Qualifizierungsmaßnahmen für Bergleute und Industrieflächen-Sanierung ist. Damit wären die Stahlhilfen endgültig privatisiert, vor allem die Rationalisierung des Bergbaus könnte beschleunigt werden. Die CDU-Landtagsfraktion griff die Forderung der IHKs auf. Auch die SPD ist inzwischen dafür, die immerhin 1,8 Mrd. DM „Stahlhilfen“ für ein neues „Montan-Programm“ zu verwenden. — (wof)



Spanien: Am 2. Juni streikten im ganzen Land 190 000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, darunter die Beschäftigten der Bahn, des Telefondienstes und des Madrider Nahverkehrs. Die Gewerkschaften CCOO und UGT fordern eine Anhebung der Löhne, welche in etwa der Inflation gleichkommt. Als „Freiheit“ griff der Sprecher der CCOO an, daß die Regierung nur eine Anhebung zwischen 3 und 5% zugestehen will, obwohl die Preissteigerung bei 7% liegt. Am Tag vor dem Streik demonstrierten in Madrid Gewerkschafter zum Wirtschaftsministerium (Bild). Bei einigen Betrieben, so der Fluglinie Iberia, konnten die Gewerkschaften noch vor dem angesagten Streik eine der Forderung entsprechende Lohnerhöhung abschließen. — (gba)



Tarifverhandlungen Werbeaußendienst

Düsseldorf. Am 29.5. begannen die Tarifverhandlungen für die ca. 80 000 Angestellten des Versicherungsaußendienstes. HBV verlangt u.a. folgende tarifliche Verbesserungen: Festlegung von Standards der Berufsausbildung; zusätzliche bezahlte Freizeiten; keine arbeitgeberseitigen Maßnahmen (Schulungen) an Samstagen; Anhebung des unverrechnbaren Mindestgehalts; Übernahme der Kosten für Anschaffung, Pflege und Inanspruchnahme technischer Arbeitsmittel durch den Arbeitgeber; keine Verlagerung von Verwaltungstätigkeiten vom Innen- auf den Außendienst. — (ola, AGD)

NGG führt Warnstreiks durch

Westberlin. Erstmals führt die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genußmittel (NGG) in Westberlin Arbeitskämpfe durch. Die zentralen Verhandlungen zwischen NGG und Nahrungs- und Genußmittelindustrie waren gescheitert weil die Kapitalisten die Forderungen ablehnen und ihrerseits die Freigabe des Samstag als Regelarbeitstag fordern. Die NGG fordert jetzt regionale Verhandlungen und will die 38-Stundenwoche ohne Flexibilisierung, das 13. Monatsgehalt, 30 Tage Urlaub und bezahlte Kurzpausen von zehn Minuten alle zwei Stunden erreichen. Vom 29.5. bis 2.6. führten die Belegschaften von Bahlsen, Hildebrandt, Schoener, Storck, Rausch, Iglo,

Langnese, Ludwig, Van Houten und Geham einheitlich und Sarotti mit Ausnahme einiger Abteilungen Warnstreiks durch. Die NGG kündigte falls notwendig weitere Aktionen an. — (chk)

Saisonarbeitszeit gefordert

Westberlin. Der Landsbezirksvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) hat für die Garten- und Landschaftsbaubetriebe beim Hauptvorstand Streiks beantragt. Nach fünf Verhandlungsrunden fordern die Unternehmer nun statt ursprünglich 45 Stunden Wochenarbeitszeit im Sommer eine Saisonarbeitszeit von 43. Im Winter sollen 35 gearbeitet werden. Die GGLF fordert die Arbeitszeitverkürzung auf 39 Stunden ohne Flexibilisierung und Lohnausgleich von 0,37 DM. Angebot: Lohnerhöhung von insgesamt 0,50 DM und Wegfall des Urlaubsgeldes. — (chk)

Tarifabschluß Großhandel Hessen

Die HBV hat für die Beschäftigten im Großhandel Hessen rückwirkend zum 1.4.89 Erhöhungen der Löhne und Gehälter von 3,9%, mindestens 75,— DM noch vor der Urlaubszeit erzielt. Einstiegsgehalt bis zum Alter von 22 Jahren ist jetzt 1680,— DM. Die Laufzeit beträgt 12 Monate. Alle Auszubildenden bekommen einheitlich 40,— DM mehr. Über den Manteltarif wird am 5.9. weiterverhandelt. — (rst)

Antifa-Aktionen und Bündnisse

Im Freistaat gedeihen Republikaner und DVU

München. Kurz vor den Europawahlen hat CSU-Generalsekretär Erwin Huber eine achtseitige Dokumentation mit dem Titel „Republikaner auf Radikalkurs“ herausgebracht. Belegt durch Zitate aus Zeitungsberichten und Fernsehsendungen wird den Republikanern eine „menschenverachtende Sprache“, „neonazistische Parolen“, Schürung von „Ausländerhaß“ und die „Polarisierung und Verschärfung des politischen Klimas“ vorgeworfen. Der CSU-Generalsekretär bekommt das Kunststück fertig, sich bei seinem „Frontalangriff“ überhaupt nicht von der Programmatik der Republikaner abzugrenzen. Andererseits beherrschen CSU-Politiker in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ebenfalls eine diskriminierende und menschenverachtende Sprache — nicht nur am Aschermittwoch in Vilshofen. Ein Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“ weist mit der Überschrift „Die CSU im Glashaus“ auf diesen Umstand hin. Diese mangelnde Abgrenzung der CSU von faschistischen Organisationen wird aktuell besonders durch die Politik des Freistaates deutlich. Am 27. Mai schützten über 700 Bereitschaftspolizisten einen alljährlich in Passau stattfindenden Aufmarsch von mehr als 2000 Anhängern der DVU. Antifaschisten wurden verhaftet und zum Teil erst am nächsten Tag wieder freigelassen. Eine Kundgebung der DVU am 3. Juni in München wurde von der Stadt nicht wegen faschistischer und rassistischer Propaganda verboten, sondern wegen „Sicherheitsproblemen“. Die DVU setzte mit Hilfe des Gerichts ihre Kundgebung durch, und Dr. Frey konnte hetzen. Der CSU-Kreisverwaltungsreferent drohte demgegenüber — als staatliches Vollzugsorgan — mit „Handschellen, Haftanstalten und keine Nachsicht“ gegenüber allen Leuten, die diese Propaganda der Faschisten behindern oder verhindern wollten. Von der Stadt oder dem Stadtrat gibt es keinerlei Erklärung, daß eine rassistische und faschistische Propaganda nicht erwünscht ist. Am 13. Juni haben die Republikaner die Olympiahalle von der Stadt erhalten, und Schönhuber will vor über 10000 Gefolgsleuten chauvinistische Europapropaganda betreiben und den rechten Rand der CSU mobilisieren. Dagegen haben sich gegenwärtig vor allem linke, antifaschistische Organisationen und Gruppen in einer Aktionseinheit zusammengeschlossen. — (dil)

Abschlußerklärung Antifa-Konferenz

„Die antifaschistische Konferenz am 22./23. April in Nürnberg, an der sich AntifaschistInnen aus rund 30 bayerischen Orten beteiligten, war ein erster Ansatz, die in den letzten Monaten neu entstandene antifaschistische Bewegung bayernweit zu vernetzen und darüber hinaus einen Diskussionszusammenhang mit den eher traditionellen antifaschistischen Organisationen herzustellen. Um wirklich einen geschlossenen und effektiven antifaschistischen Widerstand zu organisieren, gibt es in dieser Richtung noch viel zu tun. Darin sehen wir in der nächsten Zeit ebenso unsere Aufgabe wie in der Entfaltung und Vergrößerung antifaschistischer Bündnisse vor Ort.“

Auch wenn wir, die verschiedenen Gruppen und Personen auf der Konferenz, für uns unterschiedliche Schwerpunkte in der antifaschistischen Arbeit setzen, gehen wir davon aus, daß alle Formen des Widerstands gegen den neuen faschistischen Formierungsprozeß ihre Berechtigung haben: Angefangen von der Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit bis hin zu militanten Verhinderungsaktionen. Auf welchen Elementen jeweils der Schwerpunkt liegt, muß in Abhängigkeit von Ort, Zeit und Bedingungen bestimmt werden. Auf keinen Fall darf es eine Ausgrenzung bestimmter Teile des antifaschistischen Widerstands geben . . . Antifaschistische Kritik muß das Wirken der großen Konzerne berücksichtigen.

Zentraler inhaltlicher Schwerpunkt antifaschistischer Öffent-

lichkeitsarbeit muß die Bekämpfung rassistischen und nationalistischen Gedankenguts in all seinen auftretenden Formen sein . . . Als erste bayernweite Aktivität schlagen wir die Unterstützung der Aktionen vor, die Passauer AntifaschistInnen gegen das Treffen der DVU in der Nibelungenhalle planen . . .

Kein Fußbreit den Faschisten und ihren Ideologien! Gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus!“

Bericht vom DVU-Jubeltreffen in Passau

Zum alljährlichen Treffen der DVU gaben sich ca. 2000 Ewiggestrige und Neonazis ein Stelldichein. Wie immer kamen sie aus der ganzen BRD, z.T. aus Österreich. Die Stadt Passau hatte vergeblich versucht, sich rechtlich gegen die jährliche Nutzung der Nibelungenhalle zu wehren. Ca. 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten versuchten ab 8.00 Uhr vor dem Haupteingang eine Blockade.

Eine dauerhafte Blockade war wegen der geringen Zahl der Teilnehmer nicht möglich, es gelang jedoch, Faschisten zu behindern und zurückzuweisen, wenn das allmähliche Vollwerden der Nibelungenhalle auch nicht verhindert werden konnte. Mittags gab es durch einen Teil der 600 Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer Verstärkung.

Das Polizeiaufgebot war geringer als im letzten Jahr, insgesamt ca. 700 Bereitschaftspolizisten, dazu aber mindestens 50 USK-Beamte. Das USK war in fünf Greiftrupps aufgeteilt und griff bei geringen und auch nichtigen Anlässen immer wieder zu, zwar wurde durch Kettenbildung das Herausgreifen erschwert, 21 Festnahmen konnten aber nicht verhindert werden. Es gab dann Anzeigen wegen Widerstand, Beleidigung u.ä. Insgesamt gab es 28 Festnahmen, unter den bei den Straßenkontrollen Festgenommenen befanden sich auch fünf Faschisten. Einige der festgenommenen Antifaschisten wurden erst am nächsten Tag freigelassen.

Die antifaschistische Kundgebung wurde von den Veranstaltern vorzeitig abgebrochen, nachdem der Demonstrationsleiter beim Versuch, näheres über die Verhaftung einer Demonstrationsteilnehmerin zu erfahren, von USK-Truppen geschlagen und gewürgt wurde. Dieser Vorfall ereignete sich auf dem für die Kundgebung ausgewiesenen Platz. (aus „Münchner Lokalberichte“, 12/89)

Kritik an faschistischer REP-Programmatik

Die „Anwälte des kleinen Mannes“ . . . fordern unverhüllt eine allgemeine Lohnsenkung in „notleidenden“ Betrieben, wie in den USA, wo sich dadurch auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter ganze Industriezweige gesundstießen.

Dazu muß die Interessenvertretung der Arbeiterinnen und Arbeiter ausgebootet werden; so heißt es im Programm, Gewerkschaften sollten nur dann zugelassen werden, wenn sie „ihre Tätigkeit auf das Wohl der Arbeitenden und auf das Gedeihen ihrer Arbeitsstätten (!) beschränken“. Bei den Nazis nannte sich das ganze „Volksgemeinschaft“.

Den „Arbeitgebern“ hat der Staat „marktgerechte Rahmenbedingungen zu schaffen und zu sichern“, z.B. durch „Investitionsanreize für Betriebsstätten“ — Lohnkürzungen auf der einen Seite, Steuergeschenke für die andere.

Die Republikaner haben vor, „weitestgehend die Privatisierung von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben herbeizuführen“. Schwarz-Schillings Ausverkauf der Post ist dagegen eine Lappalie. Und wer ist es wohl, der es sich leisten kann, solche Betriebe zu übernehmen? Sicher nicht die „Klein- und Mittelbetriebe“, für die sich die Republikaner mit Blick auf die Wählerstimmen so stark machen.

Dazu paßt Schönhubers Zusammenarbeit mit Armin Mohler, dem langjährigen Chef der Siemensstiftung, im sogenannten Deutschlandrat.

(Aus: Flugblatt vom 2.6.1989, das von Antifa-Jugendfront München, BWK, MLPD, SDAJ, VSP, Volksfront unterstützt wird. Zur Demonstration und Kundgebung am 13. Juni gegen die faschistische Sammlungsbewegung — Auftaktkundgebung um 18 Uhr, Milbersthofer Platz — rufen weitere Organisationen auf, u.a. das Anti-Strauß-Komitee, der Arbeiterbund, Jungsozialisten Haidhausen und Organisationen der Iraner, Kurden und Türken.)

Ausstellung

„Bilderstreit“ in Köln

Nach Überwindung der braunbeige gewürfelten Auslegeware, verziert mit Hunderten von Abbildchen des Kölner Doms, in der Eingangshalle des großen Messegebäudes am Rheinufer und einer Rolltreppe gelangt man zu der Masse von rund tausend Stück Bildern und etlichen Plastiken. „Bilderstreit“ nennt die Leitung des Museums Ludwig diese Mammutschau von neuesten Kunstwerken, die zwischen 1960 und 1989 entstanden sind. Vertreten ist alles, was dem bürgerlichen Publikum als Geldanlage nahegelegt werden kann. Das fängt mit Blödsinn aus kostbarem Material an, z.B. mit riesigen Tierfüßen aus rosa Marmor, wahlweise in Bronze oder Glas, die hohen Beine mit genähten Röhren aus reiner Seide verhüllt. Das geht weiter mit ca. zwanzig Quadratmetern Mao von Warhol, einer Reihe sehr großer Bilder ohne erkennbaren Inhalt von Baselitz. Das schließt verschiedene Stücke ein, die einen gewissen Schauer erzeugen, z.B. einige große Flächen, „Schüttbilder“ genannt, die mit echtem Blut und Eiweiß übergossen sind und am oberen Rand ein weißes angeheftetes Hemd vorweisen, ge-

schnitten wie der Heilige Rock in Trier. Das große Werk „100 Jahre 1. Mai“ besteht aus einer Reihe von hölzernen Tischböcken mit darübergelegten rohen Latten, in denen Nägel stecken. Jede Latte trägt eine Aufschrift mit einem Jahrestag des 1. Mai. Macht also vermutlich 100 Zaunlatten, auf die der Klassenkampf von Menschen heruntergebracht wird. Jedenfalls handelt es sich um Kunstwerke, für die nur Erwerber mit viel Platz in Frage kommen. Wie entsprungene Häftlinge wirken in dieser großkotzigen Umgebung die Plakate aus dem Pariser Mai von 1968.

Einige Sachen, die nicht recht in diese Sammlung zu gehören scheinen, bleiben im Gedächtnis. Zu sehen ist eine schöne Serie feinausgearbeiteter Redierungen von Picasso. Über einige Bilder denkt man lange nach. Das Bild „Schneewittchen mit gebrochenem Arm“ zeigt eine aufgebahrte Frau, deren Arm verbunden ist. Ein Reihe von unheimlichen Zuschauern, deren Gesichter aufgereiht aus dem düsteren Hintergrund auftauchen, scheinen zu bestätigen, daß hier eine Unschuldige gequält und vernichtet worden ist. Auf einem

anderen Bild blickt ein jüdisches Mädchen den Betrachter aus schreckensstarren, tief in den Höhlen liegenden Augen an. Stammt die Malerin aus Belgien, aus den Niederlanden? Klagt sie faschistische Verbrechen gegen die Juden an? Man erfährt es nicht. Die Aussteller haben sogar vermieden, das Land anzugeben, aus dem die einzelnen Künstler kommen. Die Absicht, damit wirkliche Widersprüche in den westlichen kapitalistischen Ländern zu verdecken, wird greifbar, wenn man im Katalog über den Zweck der Ausstellung liest: „Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Kunst, die in der Nachkriegszeit in Europa und Amerika entstand, dem Publikum vor Augen zu stellen. Dabei ist als Ausgangspunkt die These gesetzt, daß die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg für die kunstgeschichtliche Entwicklung um 1960 zu Ende gegangen war.“ „Nirgendwo ist bekanntlich die Freiheit, die die westliche Gesellschaft heute auszeichnet, unmittelbar abzulesen als in den Kunstwerken, die in diesem Zeitraum entstanden sind.“ Mit der Ausstellung soll also die Behauptung untermauert werden, daß die Künstler in den westlichen kapitalistischen Ländern nach 1960 aufgehört haben, sich mit der Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen. Der Betrachter soll anhand der neuen Bilder seine subjektiven Erinnerungen pflegen. Er soll von der Möglichkeit, die gesellschaftlichen Bedingungen, die ihn zu einem ganz bestimmten Individuum machen, zu erkennen, abgeschnitten werden, und seine Wünsche, durch Erkenntnis der gesellschaftlichen Umstände nach Möglichkeiten der Veränderung zu suchen, sollen als unmöglich dargestellt werden. Als einzelne Person soll er zwischen dem Vorhandenen wählen. In diesem Sinne beschränken die Aussteller die Aufgabe der gezeigten Kunst: „Ihre Freiheit, die sie verkündet, fordert die Besucher auf, selbst frei zu wählen und sich den Weg in das subjektive Erleben von Kunst aufzuschließen.“

Die Industrie- und Handelskammer Köln kennt keine fal-

sche Scham, wenn sie das Lob der Ausstellung „Bilderstreit“ in und außer dem Haus verkündet. In ihrer Zeitschrift „Markt und Wirtschaft“ vom Mai 1989 erklärt sie, Köln zeige sich wieder einmal als Zentrum der zeitgenössischen Kunst in der Bundesrepublik. Sie fördert das Bestreben, die Konkurrenz in Kunstsachen zwischen Düsseldorf und Köln abzubauen, damit ein „Kunst-raum“ geschaffen wird, der dem gemeinsamen Wirtschaftsraum diene: „Insgesamt: eine Weltmetropole der Kunst.“ Das bestätigen dem Blatt gern diejenigen, die an Kunst gut verdienen. „Jede Neueröffnung bringt neue Besucher in die Stadt“, sagt ein Galerist. Köln sei nach New York der „wichtigste Umschlagplatz für junge Kunst überhaupt“. Agenturen bringen die Kunst an zahlungskräftige Käufer. „Art-Tours“ veranstaltet zu diesem Zweck eine Dame. Je ein Museum, eine Galerie und ein Atelier stehen auf dem Programm. Der Kauf eines Objektes stehe nicht im Vordergrund, sagt sie. Aber es kommt anscheinend schon mal vor. Damit die Kunsttouristen auch was davon haben, gehört ein Büffet dazu, bei den besseren auch Auftritte von Pantomimen und „Kostümgruppen, die zum jeweiligen Thema passen“. Eine weitere Dame managt die Vermittlung der richtigen Kunst für die richtigen Leute. „Sie hat den enormen PR-Effekt erkannt, den die Beschäftigung mit Kunst haben kann. Das kann sich in einer Vernissage zum Firmenjubiläum ausdrücken, in einem Kunstkalender für Geschäftsfreunde oder in einem kompletten Förderungsprogramm zugunsten eines oder mehrerer Künstler.“ Bessere Kapitalisten haben nicht mehr nur einen Hausjuristen, sondern auch einen Hauskünstler. Der Museumsdienst steht parat, um Firmen bei ihren Repräsentationspflichten zu unterstützen. Schon 5000 Besucher hat er für die Firma Madaus durch das Museum Ludwig geschleust. Es ist sicher kein Versehen, daß kein einziger Künstler interviewt wurde. — (anl)



Louis Soutter, Crepuscule du gangster (Gangsterdämmerung), 1937-42



A.R. Penck, Flugblatt, 1974



Tierfüße aus teurem Material



Art-Agentur im Atelier

Lisandro Otero: „General zu Pferde“

Eine zynische Kritik am Imperialismus

1992 gibt es „500 Jahre Kolumbus“ zu feiern, das heißt am 12. Oktober feiern die Regierungen Europas, insbesondere Spaniens, und Lateinamerikas (z.B. in Santa Domingo, sicher auch in anderen Hauptstädten) die „Entdeckung Amerikas“. Damit verbunden war immerhin das Massaker an mehr als 90 Millionen Einheimischen. Für Kolonialisten bestand seit diesem Datum die Möglichkeit, das Licht der Zivilisation und der katholischen Religion jenen unbekannten Gesellschaften zu bringen, die dort ihrer Meinung nach wie Primitive, Heiden und Wilde lebten und dringend einer „Entwicklungshilfe“ bedurften. „Wenn wir töten oder verletzen, dann achten wir darauf, daß wir dies zur Verteidigung des Glaubens an unseren Herrn Jesus Christus tun, daß wir in seinem Namen und unter seinem Schutz mittels Lanze und Schwert in den Himmel kommen“, versicherte Simon de Villalobos, eine der kolonialen Autoritäten.

Amerika war nicht das einzige Opfer, andere Völker litten ebenfalls unter den Spuren der Verwüstung, die die kolonialistischen Truppen hinterließen, nachdem sie die eingeborenen Völker dezimiert hatten. Die Sklavenschiffe verließen Spanien mit Waren, die sie an den afrikanischen Küsten gegen schwarze Sklaven tauschten. Diese wurden auf die Plantagen und in die Minen des neuen Kontinents gebracht. Dort wiederum wurden sie gegen Kolonialwaren eingetauscht, die nach Spanien zurückgebracht wurden.

Aber heute rechtfertigt noch nicht einmal das spanische Königshaus mehr diesen Völkermord, sondern zieht es vor, von einer „Begegnung zweier Welten“ zu sprechen. Mit dieser sprachlichen Abänderung suchen sie die Zustimmung der Lateinamerikaner zu den Festivitäten, die von den Zentren neokolonialistischer Macht geplant werden.

Seit einigen Jahren bastelt ein mit königlichem Dekret ausgestattetes Vorbereitungskomitee an der Ausgestaltung dieser perversen Feier. Dafür stehen Milliardenbeträge zur Verfügung. 1992 wird das Jahr Spaniens sein: 500 Jahre Kolumbus, Weltausstellung in Sevilla, Olympische Spiele in Barcelona, Kulturhauptstadt Madrid, endgültige Aufnahme Spaniens als Vollmitglied in die EG und zugleich damit die Schaffung des europäischen Binnenmarktes.

In der Vorbereitungsphase des Binnenmarktes gibt es bereits Hinweise darauf, daß die Mitgliedsländer der EG versuchen, als Gemeinschaft ihren ökonomischen Handlungsspielraum in Lateinamerika, insbesondere gegenüber den USA, erheblich zu erweitern, und so muß man auch die Feier verstehen: 500 Jahre Kolonialismus und kein Ende!

Auch die Linke hat 1989 Anlaß zum Feiern: 30 Jahre cubanische Revolution Anfang des Jahres, zehn Jahre nicaraguansche Revolution stehen bevor. 30 Jahre cubanische Revolution bedeuten auch 30 Jahre Suche nach Wegen aus der 500 Jahre währenden Beleidigung und „Verniedung“ (aus dem spanischen „ninguneo“). Hierzu möchte ich das Buch „General zu Pferde“ des cubanischen Autors Lisandro Otero vorstellen, der die Realität von Imperialismus und Militärdiktaturen auf eine etwas zynische Weise bearbeitet. Der Diktator Aniceto Mendoza gelangt in dem fiktiven Staat Rio Tinto durch einen Putsch an die Macht. Nun ernannt er jeden Tag ein neues Parlament: die Konservativen, die Christlichen Demokraten, die reformistische PDR kommen alle je einen Tag an die Macht und werden wieder abgelöst. Als der Diktator es jedoch wagt, die Sozialistische Partei an die Macht zu bringen, wird er auf Weisung des US-Botschafters selbst durch den Putsch eines „alten Kameraden“ gestürzt.

„Als Plinto in Bingor eintraf, trugen die Priester bei den religiösen Zeremonien noch Masken mit den Zügen der Menschenaffen. (...) Um die Bekehrung der Heiden vollkommen

zu machen, widmete Plinto sich den Tempeln: Er ließ auf den Altären Holzschnitzereien aufstellen, die einen Affen bei der Besteigung des christlichen Kreuzes zeigten. Die Indios knieten vor dem Affengott nieder und beteten das neue Kreuz an. Nach einiger Zeit wurde der Affe durch einen angenagelten weißen Mann abgelöst. Die Karamancheles fuhrten fort, das Kreuz anzubeten — sie waren bekehrt.“ Jedes Kapitel stellt zwei Seiten dar: Die Lebensweise der Militärcliquen und ihre Palastrevolten (man denke z.B. an Paraguay), die Vergangenheit des fiktiven Rio Tinto und damit auf satirische Weise die Geschichte des Kolonialismus.

Lisandro Otero: General zu Pferde, Weltkreis-Verlag 1985, DM 9,90 — (zwk)

Urteil des VGH Mannheim

Was darf eine Gemeinde gegen Faschisten tun?

Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg hat mit seiner Entscheidung vom 25.4.1989 (AZ: 1 S 1635/88) die Berufung der Stadt Mannheim gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe vom 18.2.1988 zurückgewiesen, mit dem dieses den Beschluß des Mannheimer Gemeinderats vom 10.6.1987 in den wesentlichen Teilen für rechtswidrig erklärt hatte. Zu dem Verfahren kam es, nachdem das Regierungspräsidium Karlsruhe diesen Beschluß beanstandet hatte und die Stadt gegen den Widerspruchsbescheid des Regierungspräsidiums geklagt hatte. Der Beschluß des Gemeinderats lautete:

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim betrachtet die Nationaldemokratische Partei Deutschlands als eine Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP. Der Gemeinderat fordert darum den Oberbürgermeister und alle zuständigen Stellen der Verwaltung auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um in Mannheim NPD-Parteitage künftig zu verhindern.

Die Verwaltung wird angewiesen, die Benutzung städtischer Räumlichkeiten oder Flächen durch die NPD, deren Gliederungen oder Mitglieder zu verweigern.

Der Oberbürgermeister als Oberste Polizeibehörde wird beauftragt, jedwede Werbung mit nazi-ähnlichen Emblemen oder nationalistischen Parolen im Mannheimer Stadtbild zu verhindern. Die Mannheimer Stadtreklame GmbH wird angewiesen, derartige Werbeaufträge zurückzuweisen bzw. nicht auszuführen. In Verhandlungen mit den in Mannheim vertretenen Werbe-Gesellschaften ist zu versuchen, daß diese sich in gleicher Weise verhalten.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Mannheimer Hotel- und Gaststättengewerbe zu ersuchen, eventuelle Beherbergungs- oder Bewirtungsverträge mit der NPD, deren Gliederungen oder Mitglieder abzulehnen.

Der Oberbürgermeister als Oberste Polizeibehörde wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den staatlichen Polizeibehörden alles in seinen Kräften stehende zu tun, um in Mannheim Ruhe und Ordnung auch künftig zu gewährleisten.“

Bis auf den ersten und letzten Satz wurde der Beschluß durch den VGH für rechtswidrig erklärt. In seiner Begründung hebt der VGH vor allem auf folgende Punkte ab: Die Weisung an den Oberbürgermeister, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen usw., verletze „die verfassungsrechtlich gewährleistete Gleichheit der politischen Parteien vor der öffentlichen Gewalt ... Dieses Recht steht allen politischen Parteien zu, die nicht im Verfahren nach Art. 21 Abs. 2 GG vom Bundesverfassungsgericht verboten sind, also auch der NPD. Es verbietet jede staatliche Maßnahme, die den Anspruch der Partei auf die Gleichheit ihrer Wettbewerbschancen willkürlich beeinträchtigt ... Als nicht verbotene Partei hat auch die NPD das Recht, sich dem Bürger so darzustellen, wie es ihrem Selbstverständnis entspricht ...“ Aus diesen Gründen, das heißt aus dem „Parteienprivileg“ des Art. 21 Abs. 2 GG und dem Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG), seien auch die anderen Teile des Beschlusses rechtswidrig.

Zur Frage der unmittelbaren Anwendbarkeit des Art. 139 GG äußerte sich das Gericht nicht. Zur Frage der Fortgeltung der Rechtsvorschriften des Alliierten Kontrollrats ging das Gericht von der herrschenden Meinung aus, die die sog. „Außerwirksamkeitssatzung“ dieser Bestimmungen für rechtmäßig hält. Auf diese Fragen soll hier nicht eingegangen werden (1).

Die Konsequenz dieser Entscheidung lautet: Eine Gemeinde darf zwar politisch faschistische Auffassungen bekämpfen, muß aber im übrigen faschistische Ideologien in jedweder Form dulden. Die Auffassung des VGH ist in wesentlichen Punkten falsch und übersieht insbesondere die Verpflichtungen aller staatlichen Organe in der BRD, die sich aus internationalem Recht ergeben, zur Beachtung des Wiederbetätigungsverbots im nationalsozialistischen und faschistischen Sinn.

Das Urteil widerspricht der internationalen Ächtung faschistischer Barbarei

Zu Recht stellt der VGH darauf ab, „daß auch die von den Gemeinden ausgeübte öffentliche Gewalt die Bindung an Recht und Gesetz (Art. 20 Abs. 3 GG, Art. 25 Abs. 2 LVVerf) beachtet“ werden muß. Eines dieser Gesetze ist aber u.a. auch das Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, dem der Bundestag zugestimmt hat und das seit 1969 in Kraft ist. Dieses Gesetz kam zustande durch Zustimmung des Bundestages zu dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. In Art. 2 dieses Gesetzes ächtet die BRD die Rassendiskriminierung und verpflichtet sich, „Handlungen oder Praktiken der Rassendiskriminierung gegenüber Personen, Personengruppen oder Einrichtungen zu unterlassen und dafür zu sorgen, daß alle staatlichen und örtlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln, ... eine Rassendiskriminierung durch Personen oder Organisationen weder zu fördern noch zu schützen noch zu unterstützen“. In Art. 4 verurteilt die BRD „jede Propaganda und alle Organisationen, die auf Ideen oder Theorien hinsichtlich der Überlegenheit einer Rasse oder einer Personengruppe bestimmter Hautfarbe oder Volkszugehörigkeit beruhen oder die irgendeine Form von Rassenhaß und Rassendiskriminierung zu rechtfertigen oder zu fördern versuchen“. Die BRD ist danach verpflichtet, „jedes Aufreizen zur Rassendiskriminierung und alle rassistisch diskriminierenden Handlungen auszumerzen“. Die staatlichen Organe sind weiterhin dazu verpflichtet, „a) jede Verbreitung von Ideen, die sich auf die Überlegenheit einer Rasse oder den Rassenhaß gründen ... sowie jede Unterstützung rassistischer Betätigung einschließlich ihrer Finanzierung zu einer nach dem Gesetz strafbaren Handlung zu erklären, b) alle Organisationen und alle organisierten oder sonstigen Propagandatätigkeiten, welche die Rassendiskriminierung fördern und dazu aufreizen, als gesetzwidrig zu erklären und zu verbieten und die Beteiligung an derartigen Organisationen oder Tätigkeiten als eine nach



dem Gesetz strafbare Handlung anzuerkennen, c) nicht zuzulassen, daß staatliche oder örtliche Behörden oder öffentliche Einrichtungen die Rassendiskriminierung fördern oder dazu aufreizen“. Schon in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 20.11.1963 hatte die Generalversammlung u.a. erklärt: „2. Kein Staat darf, sei es durch Polizeimaßnahmen oder auf andere Art und Weise, von Gruppen, Institutionen oder Einzelpersonen auf Grund der Rasse, der Farbe oder der ethnischen Herkunft gemachte Diskriminierungen ermutigen, anpreisen oder unterstützen.“

Die Bundesregierung hat auch in Verfolgung der Resolution der Generalversammlung der UNO vom 31.7.1970, die von den Mitgliedsstaaten das Verbot rassistischer und faschistischer Organisationen fordert, erklärt, daß sie sich mit dieser Resolution und der Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung „in voller Übereinstimmung“ befindet (2).

Daraus ergibt sich nun hinsichtlich der Ausführungen des VGH folgendes:

1. Das Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, das für alle staatlichen Organe bindend ist, auch für die Kommunen, ächtet rassistische Auffassungen und verpflichtet alle staatlichen Organe, auch die Kommunen, jedwede Unterstützung, Duldung, Ermutigung oder Anpreisung derartiger Auffassungen zu unterlassen. Das aber heißt zudem nichts anderes, als daß derartige Auffassungen laut Gesetz ausdrücklich vom Grundsatz der Gleichbehandlung ausgenommen sind. Das ansonsten geltende Diskriminierungsverbot gilt für solche Auffassungen oder Organisationen nicht, weil die Völkergemeinschaft (und die BRD über das zitierte Gesetz) sie geächtet hat. Damit besteht eine gesetzlich fixierte Sperre gegen den Rückfall in die faschistische Barbarei.

Dies ergibt sich auch daraus, daß der auch für die BRD geltende Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der in Art. 20 das Verbot der Kriegspropaganda und des Rassismus enthält, sowie die Europäische Menschenrechtskonvention u.a. folgende gleichlautende Bestimmung enthalten: „Keine Bestimmung dieses Paktes (dieser Konvention) darf dahin ausgelegt werden, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die auf die Abschaffung der in diesem Pakt (der in der vorliegenden Konvention) anerkannten Rechte und Freiheiten oder auf weitergehende Beschränkungen dieser Rechte und Freiheiten, als in dem Pakt (der Konvention) vorgesehen, hinzielt“ (Art. 5 IPBPR, Art. 17 EMRK). Träger faschistischer Ideologien und Praktiken haben danach kein Recht, unter Berufung auf den Gleichheitssatz, die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit usw. ihre Ideologien zu verbreiten. Das hat die Generalversammlung bezüglich rassistischer und nazistischer Praktiken in ihrer Resolution vom 19.12.1968 ausdrücklich bestätigt. Die zitierte Bestimmung untersagt aber auch jedem staatlichen Organ, unter Berufung etwa auf den Gleichheitssatz Organisationen zu schützen, zu fördern bzw. zu dulden, deren Tätigkeit auf die Vernichtung der grundlegenden Freiheiten und Rechte abzielt.

2. Derartigen Organisationen steht auch das sog. „Parteienprivileg“ nicht zu, aus dem sich ein Anspruch auf Gleichbehandlung ergeben könnte. Denn Art. 21 GG, dessen Abs. 2 das Verbot „verfassungswidriger“ Parteien ausschließlich über das Bundesverfassungsgericht vorsieht, bestimmt in Abs. 3, daß das Nähere über den Status und die Definition politischer Parteien durch Bundesgesetze zu regeln ist. Zu diesen Gesetzen zählt aber nicht nur das Parteiengesetz, sondern u.a. auch das oben zitierte Gesetz, das rassistische Organisationen ausdrücklich ächtet. Anders gesagt: Voraussetzung dafür, daß einer Organisation die Rechtspersönlichkeit der politischen Partei zukommt, ist auch, daß diese Organisation nicht Ideologien und Praktiken der Rassendiskriminierung vertritt. Im Fall der NPD ist also davon auszugehen, daß es sich nicht um eine Partei, sondern eine verbotene, d.h. aufzulösende Vereinigung im Sinne von Art. 9 Abs. 2 GG handelt. Danach sind Vereini-



Rassismus, Hetze, Feindschaft gegen Gewerkschaften fallen nicht unter „Parteienprivileg“, faschistische Betätigung kann als verboten betrachtet werden.

gungen verboten, deren Zwecke oder Tätigkeit z.B. sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten.

Der Mannheimer Gemeinderat hätte also allen Grund, seine Beschlußfassung in diesem Sinne zu erneuern. Denn jede örtliche Behörde ist danach verpflichtet, an keinem Akt der verbotenen rassistischen Betätigung teilzunehmen (wie oben dargelegt), und das heißt auch, daß er das Recht hat, der NPD Räume zu verweigern usw., nicht aber das Recht, faschistische Veranstaltungen polizeilich zu schützen.

Die Bekämpfung faschistischer Ideologien und Praktiken muß Aufgabe der Kommunen werden

Was bleibt den Gemeinden nach diesem Urteil? Wie oben dargelegt, ergibt sich aus dem Gesetz zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, daß die Gemeinden (und das heißt sowohl die Stadtverwaltung als auch der Gemeinderat als Organe der Gemeinde) nicht nur nicht dazu verpflichtet sind, der NPD öffentliche Räume zur Verfügung zu stellen, sondern im Gegenteil alles in ihren Möglichkeiten stehende zu tun verpflichtet sind, um zur Ausmerzung des Rassismus beizutragen.

In dieser Hinsicht ist auch die Gemeindeordnung (hier von Baden-Württemberg) von Bedeutung, die in § 1 Abs. 2 beinhaltet: „Die Gemeinde fördert in bürgerschaftlicher Selbstverwaltung das gemeinsame Wohl ihrer Einwohner ...“. Einwohner der Gemeinde sind alle Personen, die ihren Wohnsitz in der Gemeinde haben, ohne Unterschied wie etwa der Staatsangehörigkeit (§ 10 GemO BW). Wenn die DVU z.B. fordert „Deutsche Wohnungen für Deutsche“, ist das mit der Gemeindeordnung vielleicht vereinbar? Oder die Auffassung der „Republikaner“ von der „Leistungsgemeinschaft aller Deutschen“ und der Aussonderung aller „Leistungsunwilligen“? Nach der Gemeindeordnung Baden-Württemberg besteht z.B. die Möglichkeit der Bildung von beratenden Ausschüssen des Gemeinderats (§ 41 GemO BW) zur Vorberatung der Verhandlungen oder von Verhandlungsgegenständen des Gemeinderats. In dieses Gremium, das auch als ständige Einrichtung möglich ist, können fachkundige Einwohner hinzugezogen werden. Diese Regelung könnte — insbesondere im Hinblick auf die Kommunalwahlen — dazu benutzt werden, einen solchen beratenden Ausschuß des Gemeinderats zur Bekämpfung faschistischer Ideologien und Praktiken zu fordern. Niemand im Gemeinderat könnte sich einer solchen Aufgabenstellung dann mehr entziehen. Initiativen aus der Gemeinde könnten von einem solchen Ausschuß aufgegriffen werden. Aufklärung über Faschismus und seine Folgen könnte betrieben werden usw. Dieses Anliegen aber müßte zum Ziel der Kommune gemacht werden.

Quellenhinweis: (1) in bezug auf Art. 139 GG und das Weitergelten der Rechtsvorschriften des Kontrollrats bzw. des NS-Verbots vgl. *Volksfront*, Ratgeber zur juristischen Auseinandersetzung mit faschistischen Organisationen, Teil B: Kommentar; dort sind auch alle hier zitierten Dokumente abgedruckt; (2) zit.n. *VVN*, antifaschistische Arbeitshefte. Kein Anspruch auf Legalität. Frankfurt, Februar 1989 — (ulb)

Völkerrechtliche Anerkennung der DDR!

40 Jahre BRD-Verfassung 40 Jahre Staats-Revanchismus

Die Feierlichkeiten, die zu den glorifizierenden Aufführungen 40jähriger Verfassung der BRD eingeleitet und durchgeführt wurden, manifestieren nicht den historisch wesentlichen Inhalt — was Antifaschisten sich bemühten klazustellen, fehlt: Die reichsdeutsche und die aktuelle BRD-Politik stimmen darin überein, daß sie beide nichts anderes im Blickfeld haben als die Neuaufteilung der Welt: Vorherrschaft und Hegemonie im deutsch-europäisch, völkisch dominierten Raum. Die im folgen-

den dokumentierten Texte entstammen einer Broschüre, die von Mitgliedern des BWK-Landesverbandes Niedersachsen/Bremen und des Volksfront-Landesverbandes Niedersachsen verfaßt wurden.

Sie kann bezogen werden über den GNN-Verlag Niedersachsen/Bremen, Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1 zum Preis von zwei DM plus Portokosten; oder über den GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7 in 5000 Köln 1 — (huh, mal)

Die ersatzlose Streichung der Präambel ist notwendig

Die Ausarbeitung der Präambel des Grundgesetzes durch den Bonner Parlamentarischen Rat (Sept. 1948 bis Mai 1949) steht in der geschichtlichen Kontinuität derselben Tätigkeit der Weimarer Verfassungsgebenden Versammlung (Feb. bis Aug. 1919). Dies betrifft vor allem den politischen Konsens der bürgerlichen Parteien über die Zielsetzung der beiden Verfassungs-Präambeln. Diese politische Übereinstimmung wird nicht nur in den diesbezüglichen Debatten zu den beiden Präambeln deutlich, sondern auch in den Diskussionen um diejenigen Verfassungsartikel, die jener Zielsetzung der Präambeln Rechnung tragen. Für die geschichtskritische Einschätzung der strategischen Programmatik, die diesem Verbund von Verfassungsvorworten und entsprechenden Verfassungs-Artikeln zugrundeliegt, ist ein Rückblick auf die Weimarer Debatte von großem Nutzen. Denn der Leser kann auf diese Weise lehrreiche Schlußfolgerungen für die Beurteilung der Grundgesetz-Präambel ziehen: Ihre Orientierung auf die „Herstellung der Einheit der Nation“ ist vom selben grenzrevidierenden und staaten-aufhebenden Charakter wie der Vorspann zur 1919er Reichsverfassung. Wird diese Orientierung nicht beseitigt, dann muß es zwangsläufig erneut dort enden, wo es 1933 begann und 1945 aufhörte — nämlich bei der Vorbereitung und schließlichen Durchführung von Angriffshandlungen gegen benachbarte Staaten.

„Schwarz-rot-gold, das heißt großdeutsche Einigung“

Die Präambel der Reichsverfassung von 1919 wurde in der 14. Sitzung der Weimarer Nationalversammlung (24.2. 1919) vom seinerzeitigen Berichterstatter Dr. Preuß in einer vergleichenden Betrachtung des Vorspanns zur 1871er Reichsverfassung (siehe Dokumentation) folgendermaßen charakterisiert: „Man mag keinen besonderen Wert auf For-

meln, feierliche Floskeln — wie man es nennen mag — legen und deshalb auch flüchtig über die Formel hinweggehen, die den Verfassungsentwurf einleitet, die sogenannte Präambel ... Aber eine Bedeutung gewinnt diese Präambel in ihrem Gegensatz zu der Präambel der früheren Reichsverfassung ... (Nicht) ein Bund der Gliedstaaten ist der Ausgangspunkt für die neue Verfassung, sondern die Selbstorganisation des Deutschen Volkes in seiner Gesamtheit.“ (1)

Der Berichterstatter wußte, wovon er sprach: Preuß, damals zugleich Reichsinnenminister, hatte den Verfassungsentwurf — und somit auch jene Präambel — selbst ausgearbeitet. Seiner Hervorhebung des Unterschieds zwischen dem Vorspann zur alten Reichsverfassung (von 1871) und dem der Weimarer Verfassung kommt somit eine wesentliche sachliche und politische Bedeutung zu. In der Tat war in der 1871er Präambel der territoriale Umfang des Reichs klar formuliert, während er in der neuen 1919er Fassung offen gelassen wurde. Die alte Präambel hält faktisch die Erweiterung des ursprünglich Norddeutschen Bundes durch den Anschluß der vier süddeutschen Staaten fest (— das annektierte französische Elsaß wird nicht als Reichsgebiet aufgelistet; dies entsprach seinem tatsächlichen Kolonialstatus). Der gebietliche Umfang des „innerhalb (des Bundesgebiets) gültigen Rechts“ (s. Dok.) erhielt dadurch immerhin feste Konturen, denn seine Abgrenzung verlief entlang den bereits bestehenden Außengrenzen der zum (Reichs-)Bund zusammengeschlossenen Staaten.

Demgegenüber hatte das, was Preuß seinerzeit als die „Selbstorganisation des Deutschen Volkes in seiner Gesamtheit“ bezeichnete, von vorneherein einen eigentümlich unbestimmten Charakter. Die Entwurf-Formulierung (die mit dem späteren Verfassungstext nahezu identisch ist) „Das Deutsche Volk, geeint in

seinen Stämmen und von dem Willen be-seelt, sein Reich ... zu erneuern“ ließ zwei Fragen offen: Erstens, aus welchen „Stämmen“ setzte sich das „geeinte Deutsche Volk“ zusammen; und zweitens, wie weit reichte insofern der gebietliche Umfang des „zu erneuernden Reichs“? Preuß selbst hat sich anläßlich der Behandlung des ersten Abschnitts der Weimarer Reichsverfassung („Das Reich und seine Gliedstaaten“) konkreter dazu geäußert. Und zwar im Zusammenhang mit der Debatte um den Artikel 1 des Verfassungsentwurfs. Der mit diesem Entwurf-Artikel sinngemäß übereinstimmende Wortlaut des endgültigen Verfassungsartikels ist folgender: „Art. 2 — Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder. Andere Gebiete können durch Reichsgesetz in das Reich aufgenommen werden, wenn es ihre Bevölkerung kraft des Selbstbestimmungsrechts begehrt.“ In der Entwurf-Fassung war zusätzlich zu diesem Inhalt des späteren Artikels 2 die Frage der Reichsfarben geregelt (später: Art. 3). In seiner konkretisierenden Äußerung zum gebietlichen Umfang des „zu erneuernden Reichs“ knüpfte Preuß zunächst an diesem Punkt an:

„So wagt es denn auch die Verfassung, Ihnen in dem 1. Artikel vorzuschlagen, dem neuen Reiche neue Farben zu geben, neue Farben, die freilich alt sind und auch als solche für weite Kreise unseres Volkes einen Gefühls-wert haben: schwarz-rot-gold ...

Das Historische an ihnen ist die Fülle von Gedanken, Zielen, Bestrebungen politischer Art, die im Verlaufe des 19. Jahrhunderts sich eng verbunden haben, ich möchte sagen: mit dem Prinzip schwarz-rot-gold. Es war zugleich der Gedanke politischer Freiheit mit dem der nationalen Einigung, und zwar der *großdeutschen* (Hervorhebung nicht im Original) nationalen Einigung, der dann auch noch lange, als über dem kleindeutschen Reiche schon die schwarz-weiß-rote Fahne wehte, in Deutsch-Österreich das Schwarz-rot-gold in Ehren hielt. Es sind daher in neuerem Sinne doch schon historisch gewordene und tiefwurzelnde Erinnerungen, die das neue Reich auf-

nimmt, wenn es schwarz-rot-gold zu seinen Farben erklärt.

Ein politischer Schriftsteller, ... Konstantin Frantz, ein guter Großdeutscher, der jedenfalls das Verdienst hatte, schon zur Zeit der höchsten Macht des Bismarckschen Regimes die kleindeutsche Lösung nicht als endgültige für Deutschland anzuerkennen, spricht einmal davon: in der alten Bundeszeit hätte es ein österreichisches Deutschland gegeben; das kleindeutsche Reich sei ein preußisches Deutschland gewesen, das Deutschland der Zukunft müsse ein deutsches Deutschland sein. Und dieses deutsche Deutschland ... mit seiner selbständigen Zentralgewalt über allen Gliedstaaten zu organisieren, das ist die Aufgabe der Verfassung.“ (2)

Diese Ausführungen des „Vaters“ der Weimarer Reichsverfassung machen deutlich, daß die politische Programmatik der seinerzeitigen Präambel die „Selbstorganisation des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit“ als ein expansives Projekt begriff: nämlich als staatliche Zusammenfassung zu einem mitteleuropäischen „Großdeutschland“. Der territoriale Mindestumfang dieses Projekts war durch das Festhalten am „Mitteleuropa“-Kriegsziel der reichsdeutschen Konzerne und ihrer kaiserlichen Regierung zwischen 1914 und 1918 (die Zusammenfügung der beiden Kontinental-Imperien Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) deutlich klargestellt. Diese Sache war keine Frage der bloßen Verständigung auf die Auswahl von ein paar bunten Reichsfarben. Vielmehr handelte es sich hierbei um eine wesentliche programmatische Frage im Prozeß der Verfassungsgebung: Tatsächlich war damit ein parteienübergreifender strategischer Zweck formuliert. Wie die in der Dokumentation auszugsweise wiedergegebenen Bekundungen der Vertreter der verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Weimarer Nationalversammlung deutlich machen, war der Grenzrevisions-Konsens allgemeiner Natur. Dieser Tatbestand muß bei der Betrachtung der Grenzrevisionspolitik des „3. Reichs“ in Rechnung gestellt werden.

NSDAP: „Deutschland ist da, wo deutsche Menschen leben“

Das Nürnberger Tribunal hat in seinem Urteil über die angeklagten NS-Hauptkriegsverbrecher (30.9./1.10.1946) unter anderem die Entstehung der NSDAP sowie die Veröffentlichung ihres Parteiprogramms durch A. Hitler in den Jahren 1919 bzw. 1920 vor dem Hintergrund der Aufrichtung des Status quo nach dem 1. Weltkrieg gewürdigt. In diesem Zusammenhang wird der Punkt 1 des NSDAP-Programms zitiert — und zwar mit vier weiteren Punkten von insgesamt 25, da sie „wegen des Lichts, das sie auf Angelegenheiten werfen, mit denen der Gerichtshof befaßt ist, von besonderem Interesse sind:

„Punkt 1: Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.“ ... Das Verlangen nach Vereinigung aller Deutschen in einem Großdeutschland sollte bei den Ereignissen, die der Besitzergreifung Österreichs und der Tschechoslowakei vorangingen, eine große Rolle spielen ... Die ersten in der Anklageschrift erwähnten Angriffshandlungen bestehen in der Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei; und der erste Angriffskrieg, der unter Anklage gestellt ist, ist der am 1. September 1939 begonnene Krieg gegen Polen ... Die nationalsozialistische Bewegung behauptete

tisch waren) hinter sich gelassen und einen legalen öffentlichen Rahmen für sämtliche politischen Bestrebungen, die gegen den territorialen und staatlichen Bestand der ost-/südosteuropäischen Nachbarstaaten gerichtet waren, geschaffen. Die Präambel der 1919er Verfassung hatte den ausdrücklichen Zweck, sämtliche Staatsbürger hinzuorientieren auf das Ziel der großdeutschen „Erneuerung des Reichs“. In diesem Sinne wurde daher auch die Verfassung selbst als „Ausgangspunkt für die Selbstorganisation des Deutschen Volkes in seiner Gesamtheit“ (Preuß) begriffen — diese Selbstorganisation nahm, wie es der Zentrumsabgeordnete Spahn formu-



1948/49 — Der Parlamentarische Rat berief sich auf die Revisions-Traditionen des Großdeutschen Imperialismus.

von Anfang an, daß ihr Ziel die Einigung des deutschen Volkes ... sei ... Zwei Dinge wurden für die Erreichung dieses Ziels als notwendig betrachtet: Die Zerstörung der europäischen Ordnung, die seit dem Versailler Vertrag bestanden hatte, und die Schaffung eines Großdeutschen Reiches über die Grenzen von 1914 hinaus. Diese bedeutete notwendigerweise die Besitzergreifung fremden Staatsgebietes. Wenn diese Ziele erreicht werden sollten, so mußte ein Krieg als unvermeidlich, zumindest aber als höchstwahrscheinlich betrachtet werden.“ (3)

Diese Feststellungen in Bezug auf die NS-Grenzrevisionspolitik sind (indirekt) auch eine Ächtung der Grenzrevisionspolitik der Weimarer Republik — und in diesem Sinne sind sie auch eine Ächtung jenes weiter oben behandelten Grenzrevisions-Konsens der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Verfassungsgebenden Versammlung. Jener „großdeutsche“ Allparteien-Konsens hatte längst vor der Verkündung des o.a. Punkts 1 des NSDAP-Programms die „kleindeutschen“ Grenzen von 1914 (die ja mit den Reichsgründungsgrenzen von 1871 iden-

tiert hatte, das 1919 verbliebene Territorium als „Grundstock des Reichsgebiets“ (s. Dok.) und zielte auf die Ausweitung desselben zu einem „großdeutschen“ Staat mitteleuropäischen Ausmaßes. Hinsichtlich dieser Grenzrevisions-Programmatik gab es überhaupt keinen Unterschied oder gar Gegensatz zu den entsprechenden Positionen der NSDAP. So etwa lautete der NS-Kommentar zum oben zitierten Pkt. 1 des NSDAP-Programms: „Diese Forderung bedeutet eine Revolution der bisherigen Ansichten über Völker und Staaten. Deutschland ist kein geographischer Begriff, das deutsche Volk ist keine Summe von soundso viel Millionen einzelnen Menschen. *Deutschland ist da, wo deutsche Menschen leben.* Damit ... (bekannt) sich der Nationalsozialismus ... einzig und allein zur völkischen Grundlage seines Reiches.“ (4)

Und die Ausführungen A. Hitlers in „Mein Kampf“ — (1925/1927) zur Frage der „Wiedervereinigung“ können auch schwerlich als Unterschied oder Gegensatz zu dem begriffen werden, was der Zentrumsabgeordnete Spahn über den verbliebenen Gebietsrest als dem

„Grundstock“ für die expansive „Erneuerung des Reichs“ schon 1919 festgestellt hatte:

„Das Ziel einer deutschen Außenpolitik von heute hat die Vorbereitung zur Wiedererringung der Freiheit von morgen zu sein ... Die Möglichkeit für ein Volkstum, die Unabhängigkeit wieder zu erringen, ist nicht absolut gebunden an die Geschlossenheit eines Staatsgebietes, sondern vielmehr an das Vorhandensein eines wenn auch noch so kleinen Restes dieses Volkes und Staates, der im Besitz der nötigen Freiheit ... zu sein vermag ... Freilich unter der Voraussetzung, daß dieser letzte Rest erfüllt wäre von der heiligen Mission, nicht nur die geistige und kulturelle Unzertrennbarkeit dauernd zu proklamieren, sondern auch die waffenmäßige Vorbereitung zu treffen für die endliche Befreiung und die Wiedervereinigung der unglücklich unterdrückten Teile.“ (5)

Parlamentarischer Rat: Grenzrevisions-Programmatik

Die Vereinigung Europas zu den eigenen Bedingungen war das strategische Ziel der reichsdeutschen Konzerne sowohl im 1. wie auch im 2. Weltkrieg. Die Schaffung eines großdeutsch bestimmten mitteleuropäischen Blocks war daher auch in beiden Weltkriegen das entscheidende Mittel zur Durchsetzung dieses Zwecks. Die Formung eines solchen ordnungspolitischen Machtfaktors sollte es ermöglichen, der angestrebten Unionierung des Kontinents den maßgeblichen Stempel aufzudrücken. Und zwar solcherart, daß diese Unionierung selbst als Mittel für die transkontinentalen Zwecke der auf dem Weltmarkt operierenden deutschen Konzerne nutzbar gemacht werden konnte. Die Präambel des vom Parla-

mentarischen Rat (Sept. 1948 bis Mai 1949) abgefaßten Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland trägt diesen strategischen Zielen deutlicher Rechnung als die Präambel der Weimarer Verfassung (s. Dok.). Die Übereinstimmung des bürgerlichen Parteienspektrums der Westzonen hinsichtlich dieser Orientierung der BRD-Verfassung wird insbesondere anhand der diesbezüglichen Feststellungen der beiden Berichterstatter zu den Vorarbeiten und Entwürfen, C. Schmidt und Süsterhenn, deutlich:

„Abg. Dr. Schmidt (SPD): ... Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten. Auch ein Staatsfragment (BRD, d. Red.) muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden ... Für das Gebiet eines echten, vollen Staates ist charakteristisch, daß es geschlossen ist, daß also nichts ... über seine Grenzen hinausragen kann. Bei einem Staatsfragment kann dies anders sein. Hier ist *räumliches Offensein* (Hervorhebung im Original, d. Red.) möglich. Das wird sich in unserer Arbeit ... niederschlagen können und, wie ich glaube, auch müssen ...

Abg. Dr. Süsterhenn (CDU): ... Unser Ziel ist es, die deutsche Einheit auf der jeweils erreichbaren höchsten Ebene zu verwirklichen. Wenn wir diese Einheit nunmehr für die drei Westzonen herstellen, sind wir uns bewußt, daß unser Werk gebietsmäßig so lange ein Torso bleibt, bis die Gebiete des deutschen Ostens den Zusammenschluß mit den deutschen Westgebieten vollzogen haben werden. Wir nehmen aber den fragmen-

tarischen Charakter unseres Reiches in gebietsmäßiger Hinsicht bewußt in Kauf. Denn es erscheint uns im Interesse Gesamtdeutschlands einschließlich des deutschen Ostens, aber auch im Interesse Europas unabweislich notwendig, „die politische Konsolidierung der drei Westzonen zu bewirken“ ... Nur die sofortige und effektive Konsolidierung Westeuropas und die Schaffung einer politischen Ordnungs- und einer wirtschaftlichen Wohlstandssphäre in Westdeutschland wird in der Lage sein, auf die auch dem abendländischen Kulturbereich angehörenden Völker Ostmittel- und Südeuropas soviel Anziehungskraft auszuüben, daß ihre demnächstige Wiedereingliederung in die europäische Konföderation ermöglicht wird ...“ (6)

In der Aussprache über den Entwurf der Grundgesetz-Präambel am 20.10.1948 hat C. Schmidt mit ausdrücklicher Zustimmung Süsterhenns diese Berichterstatter-Feststellungen folgendermaßen im Hinblick auf die Funktion der Präambel innerhalb der BRD-Verfassung zuge-spitzt:

„Wir sehen (in der Präambel) ... ein wesentliches Element des Grundgesetzes. Von ihr aus erhält es seine eigentliche politische und juristische Qualifikation. Darum muß unserer Meinung nach die Präambel alles enthalten, was zur Kennzeichnung unseres Werkes erforderlich ist ... Wir müssen auf der jeweils höchsten möglichen territorialen Stufe die deutschen Hoheitsbefugnisse in geordneter Weise in einer Spitze zusammenfassen, die so gestaltet sind, daß es möglich wird, gesamtdeutschen Anliegen unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten gerecht zu werden. Das muß in der Präambel gesagt werden ... Schließlich muß die Präambel deutlich machen, daß dieses Grundgesetz nicht Selbstzweck ist ...: wir wollen durch dieses Grundgesetz ... lediglich die Grundnorm für das Gefüge des organisatorischen Aufbaus schaffen, in dem das gesamtdeutsche Staatswesen ... heute in Erscheinung zu treten vermag ... Und dieser organisatorische Aufbau kann nur auf einem Teil des deutschen Staatsgebietes verwirklicht werden ...“ (7)

Der Artikel 23 trägt der Grenzrevisions-Programmatik der Präambel konkret folgendermaßen Rechnung: „Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder (der BRD, d. Red.) ... In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Wie die in der Dokumentation wiedergegebenen Protokollauszüge der Hauptausschuß-Verhandlungen des Parlamentarischen Rats (7.12.1948) belegen, soll diese Ausweitung der BRD-Ordnung auf nicht zur BRD gehörende Territorien nötigenfalls „gegen den Willen eines Teiles des bis jetzt nicht befreiten Deutschlands zur Wirkung zu kommen“. (s. Dok.) Daß dieser expansive Zweck gegen den Willen der BRD-Bevölkerung selbst durch-



1945/46 — In den Nürnberger Prozessen wurde die deutsche Kriegspolitik als Verbrechen verurteilt.

gesetzt werden muß, wird zum einen anhand des Standard-Grundgesetzkommentars zur Präambel deutlich: Darin wird ausdrücklich die Pflicht des „einzelnen Bürgers“ (und nicht nur der Staatsorgane) bekräftigt, „Handlungen zu unterlassen, die die Wiedervereinigung unmöglich machen würden.“ (8) Und zum anderen wird es anhand der seinerzeitigen Bundestagsausschuß-Begründung zur Eidesformel des Soldaten-

gesetzes deutlich, wo die verantwortliche In-Pflichtnahme des einzelnen Soldaten „für das Schicksal des gesamten deutschen Volkes“ betont wird — und zwar: „auch soweit es nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebt.“ (9)

Quellenhinweis: (1) Die deutsche Nationalversammlung, Bd. 2, S. 33 ff., s.a. entspr. Quellenangaben im Dokumentenanhang; (2) ebenda; (3) Das Urteil von Nürnberg 1946, dtv doku-

mente, München 1977, S. 22 ff.; (4) A. Himstedt, Das Programm der NSDAP wird erfüllt, München 1942, S. 9; (5) A. Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 687 f.; (6) Parlamentarischer Rat, Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, Bonn 1948/49, S. 11 ff.; (7) a.o., S. 69 ff.; (8) Maunz-Dürig-Herzog-Scholz, Grundgesetz-Kommentar, München 1978, Präambel — S. 1; (9) Stenographische Berichte des Deutschen Bundestags — 132. Sitzung, 6.3. 1956, Blatt Nr. 6863

Dokumentenanhang

Deutsche Nationalversammlung 1919 und der Parlamentarische Rat 1948/49

Die Präambel des Grundgesetzes

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk

in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Quelle: Bundesgesetzblatt 1949, S. 1

17. Sitzung, 28.2.1919 2. Band, S. 122 ff.

Dr. Spahn, Abgeordneter des Zentrums: „... Geblichen ist uns aber der Grundstock des Reichsgebietes ... Nach Napoleon wird die Politik bestimmt durch die Geographie. Dem Deutschen Reiche ermöglicht seine geographische Lage nicht, einen abgeschlossenen Staat zu bilden ... Der (Verfassungs-) Entwurf sieht die Aufnahme Deutschlands vor. *Deutsch-Österreich gehört nach der Geschichte und Nationalität zum Deutschen Reich.* Sein Ausschluß und der damit zusammenhängende allmähliche Zerfall des österreichischen Kaiserreichs hat das Deutsche Reich einer Flankendeckung nach Osten beraubt und ihm die Verbindung mit dem Donautal und mit der Adria verlegt. Kommt Deutsch-Österreich zum Deutschen Reiche zurück, dann tritt wenigstens die Dichterstelle in Kraft, daß ‚gespannt ist ein einig Zelt ob allen deutschen Landen‘ ...“

20. Sitzung, 4.3.1919 2. Band, S. 214 ff.

Dr. Stresemann, Deutsche Volkspartei: „Die Verfassung sieht eine beratende Stimme für *Deutsch-Österreich* vor. In dem Grau der Gegenwart ist dieser *Anschluß Deutsch-Österreichs* wohl der einzige Lichtblick. Noch stehen die Grenzen unseres Reichs nicht fest. Wir wissen nicht, wie sie im Osten, Westen und im Norden laufen werden. Aber ich möchte die Regierung bitten, auch ihrerseits ihr Augenmerk zu lenken auf die Grenzen der zu Deutschland gelangenden österreichischen Gebiete. Wenn der



Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker, der ja Deutschland schwere Opfer auferlegt, durch die Absonderung östlicher Provinzen nicht inhaltslose Phrase sein soll, dann muß das *ungeteilte deutsche Tirol*, dann muß *Deutsch-Böhmen zum Deutschen Reich* kommen. Wenn das geschieht, wenn uns das möglich ist, dann wird die Gesamtarbeit des deutschen Volksstammes in Europa auch wieder den Weg zu staatlicher und kultureller Größe finden ...“

40. Sitzung, 22.6.1919 3. Band, S. 407 ff.

Löbe, SPD: „... Im Gegensatz zum Bismarckschen Großpreußentum ...“

treten wir für Großdeutschland, für die Einheit aller derer ein, die an der Donau, an der Etsch wie an den Mündungen der Weser und der Elbe, Oder und Weichsel von deutscher Mutter das Sprechen gelernt haben (Bravo! bei den Sozialdemokraten). In dieser Schicksalsstunde verlangen wir heiß für bessere Zeiten die Vereinigung mit unseren, durch noch ärgere Friedensbedingungen niedergedrückten Brüdern und Schwestern in den Sudetenländern wie in Wien und Klagenfurt, in Bozen und Meran. (Erneutes Bravo! bei den Sozialdemokraten) ...“

64. Sitzung, 23.7.1919 5. Band, S. 48 ff.

Reichsaußenminister Müller (Regierungserklärung zur auswärtigen Politik): „... Den neuen Geist des Rechts zu pflegen, sind wir ... auch den Millionen *Deutschen* schuldig, die infolge dieses Krieges *unter fremde Herrschaft* kommen, und deren Verlangen nach kultureller Autonomie und nach Schutz für die deutschen Minderheiten um so sicherer erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, daß das *deutsche Volk ein friedliches Volk* ist, das gemeinsam mit seinen Nachbarn die zertrümmerte europäische Kultur wieder aufbauen will ... Die *Wiederaufrichtung Polens* und seine Erstreckung auch auf Gebiete des bisherigen Deutschen Reichs ist die wichtigste Veränderung im nahen Osten ... Der Versailler Vertrag hat uns nach Osten nicht die Grenzen gebracht, die uns werden mußten, wenn der Wille der Bevölkerung für die Staatsangehörigkeit entscheidend gewesen wäre. Millionen Deutscher stehen in Zukunft unter polnischer Herrschaft ... Die herzlichsten Beziehungen verbinden uns nach wie vor zu unseren *österreichischen Brüdern*. Die deutsch-österreichische Regierung verhandelt zur Zeit noch in Saint Germain mit den alliierten und assoziierten Regierungen über die Zukunft des Landes. Wir kennen das Ergebnis noch nicht. Nach § 80 des Friedensvertrages wurden wir gezwungen, die Grenzen anzuerkennen, die dort für

das *deutsch-österreichische Staatswesen* festgesetzt werden sollen, und wir mußten dessen *Unabhängigkeit* als unabänderlich anerkennen, es sei denn, daß der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimmt. Das war für uns eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrags. Es ist die schwerste Beeinträchtigung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen ... An unserer Grenze ist ferner aus der Masse des alten Habsburger Reichs als neues Staatswesen die *tschechoslowakische Republik* entstanden. Von der Klugheit der Männer, die an ihrer Spitze stehen, erwarten wir, daß

dabei in erster Linie bemüht, die Wünsche nach einer nüchterneren Fassung zu erfüllen. Die Schwierigkeit bei der Formulierung der Präambel lag vor allem darin, daß eine ganze Anzahl von Gedanken aufgenommen werden mußte, womit die Gefahr verbunden war, daß die Präambel allzu leicht die Form eines Leitartikels angenommen hätte. Aus diesen Erwägungen heraus ist der Grundsatzausschuß dazu gekommen, die Präambel mit einer kurzen historischen Bemerkung einzuleiten und dann die Überlegungen folgen zu lassen, die uns als maßgeblich für die Arbeit der Schaffung

Dr. Eberhard (SPD): „... Ich glaube, wir stellen uns gerade auf den Boden der Tatsachen, wenn wir davon ausgehen, daß das deutsche Staatsvolk noch vorhanden ist. Wir gehen mit dem Herrn Kollegen Dr. Seehoß völlig darin einig, daß wir die Kontinuität betonen wollen. Aber wir möchten den Begriff ‚Deutsches Reich‘ nicht in der Präambel sehen. Wir wollen das Gesamtdeutsche betonen. Ich weiß mich mit dem Kollegen Dr. Pfeiffer im Grundsatz völlig darin einig, daß wir Mitglieder des Parlamentarischen Rates uns als deutsche Abgeordnete, als Abgeordnete des deutschen Volkes fühlen ...“

Dr. von Mangoldt (CDU): „... Ich möchte nur noch einmal folgendes hervorheben. Das besondere Anliegen im Ausschuß, das zu dieser Mehrheitsaufassung geführt hat, war, daß wir uns als Beauftragte des deutschen Volkes fühlen. Wir haben besonderes Gewicht darauf gelegt, eben dieser Empfindung Ausdruck zu geben, daß wir Abgeordnete als Vertreter des ganzen deutschen Volkes erscheinen. Daher besteht auch zwischen dem ersten und dem letzten Absatz der Präambel eine gewisse Beziehung ... Wenn man aber die Fassung, wie sie hier niedergelegt ist, richtig liest, dann wird der Zusammenhang klar. Der erste Absatz weist darauf hin, daß das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern usw. dieses Grundgesetz entworfen und beschlossen habe, und der letzte, daß das deutsche Volk nunmehr in seiner Gesamtheit — darauf liegt die Betonung, und darauf allein ist die Wahl der Worte zurückzuführen — aufgefordert wird, seine nationale Einheit und Freiheit zu erneuern ...“



Auf dem „Schlesier-Treffen“ sprachen 1985 u.a. Kohl und Albrecht — unter dem aggressiven Revisions-Motto.

sie mit uns an einem Ausgleich arbeiten ...“

Quellenhinweis: Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates. Herausgegeben von Geh. Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilfron, Band 1-7, Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin

Parlamentarischer Rat Hauptausschuß — Bonn 1948/49

Vorsitzender Dr. Schmidt: „... Wir kommen nun zur *Präambel*. Da ist es wohl am besten, wenn der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen, Herr Dr. von Mangoldt, zunächst das Wort zu einer kurzen Erläuterung nimmt. In der Präambel steckt eine ganze Menge von Stoff. Grundlage unserer Beratung ist die vom Grundsatzausschuß am 16.11.1948 beschlossene Fassung.“

Dr. von Mangoldt (CDU): „Nachdem die Präambel in der Öffentlichkeit eingehend behandelt worden war und dort auch eine sehr weitgehende Kritik gefunden hatte, die auch im Plenum ihren Ausdruck gefunden hat, hat der Ausschuß für Grundsatzfragen sich noch einmal der Präambel angenommen und sich

des Grundgesetzes vorgeschwebt haben. In der Einleitung erschien es uns als das Wesentliche, zum Ausdruck zu bringen, daß mit diesem Grundgesetz der Weg zur Einheit der Nation vorbereitet werden soll. So gingen wir von der Feststellung aus, daß Deutschland als solches erhalten geblieben ist ... In zwei Schlußabsätzen wird klargestellt, daß die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, die aus den oben angeführten Ländern entsandt worden sind, sich als Stellvertreter des ganzen deutschen Volkes empfunden haben. Endlich wird in der Präambel herausgestellt, daß dieses Grundgesetz noch nicht das endgültige Werk sein kann, sondern daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aufgefordert wird, diesen Anfangsschritt durch gemeinsame Entscheidung nun in der Bundesrepublik Deutschland zu vollenden.“

Vorsitzender Dr. Schmidt: „... Ich schlage Ihnen vor, daß wir heute die Präambel absatzweise verlesen und beraten ... Die Präambel enthält einen Stoff, der zehn oder zwölf Artikel umfassen müßte, wenn er hier nicht gedrängt wiedergegeben wäre ...“

20./21. Sitzung, 7.12.1949

Vorsitzender Dr. Schmidt: ... ich schlage vor, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen, nämlich zu

Abschnitt XIII Übergangs- und Schlußbestimmungen

Wir haben eine Vorlage bekommen, die der Organisationsausschuß am 6. Dezember ausgearbeitet hat.

Ich rufe auf Artikel 138 a

- (1) Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern.
- (2) Jeder andere Teil Deutschlands kann durch Bundesgesetz in den Bund eingegliedert werden.

Ich eröffne die Aussprache

Dr. Seehoß (DP): Ich habe Bedenken gegen die Fassung des Absatz 2, obwohl über diesen Absatz ja sicherlich im Organisationsausschuß sehr viel hin- und herverhandelt worden ist. Meine Beden-

ken richten sich gegen das Wort „eingegliedert“. Nach meiner Auffassung kommt die unabdingbare Kontinuität des gesamtdeutschen Staates dadurch nicht so zum Ausdruck, wie es mit Rücksicht auf die gesamte politische Entwicklung in den einzelnen Teilen Deutschlands notwendig ist. Ich möchte deshalb den Antrag stellen, den Absatz 2 zu ersetzen durch folgende Fassung:

Das Grundgesetz kann jederzeit durch einfaches Bundesgesetz für jeden Teil Deutschlands in Kraft treten, wenn es dem Willen der Bevölkerung dieses Teiles entspricht.

Damit würde also der Begriff der Eingliederung wegfallen.

Vorsitzender Dr. Schmidt: Ich verstehe sie gut. An sich gefällt mir diese Fassung. Denn es kommt darin zum Ausdruck, daß es sich bei einem Zuwachs rechtlich nur um eine Erweiterung des Anwendungsgebietes des Grundgesetzes handelt, also um eine Verbreiterung der Ebene, auf der die neugeschaffene Organisation sich aktualisieren kann; als würde hier etwas ausgebaut, als würde aufgestockt, als würde territorial am Rechtszustand Deutschlands etwas geändert. Das ist aber nicht der Fall und sollte auch nicht der Fall sein.

Dr. Dehler (FDP): Der Organisationsausschuß hat ganz bewußt diese Fassung nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung eines anderen Gebietes abgestellt. Ich brauche vielleicht den politischen Grund nicht weiter darzulegen.

Vorsitzender Dr. Schmidt: Das ist eine andere Frage!

Dr. Dehler (FDP): Man hat die Absicht vertreten, daß es Situationen geben kann, in denen der Wille des Bundes auch gegen den Willen eines Teiles des bis jetzt nicht befreiten Deutschlands zur Wirkung kommen muß. Darum würde ich empfehlen, es zunächst doch bei dieser Fassung zu belassen.

Dr. Lehr (CDU): Ich möchte auch bitten, es für diese Lesung bei der jetzigen Fassung zu belassen, weil die Bedenken, die Herr Dr. Dehler eben erwähnt hat, sehr schwerwiegender politischer Art sind. Wir wollten es im Organisationsausschuß bewußt darauf abstellen, daß durch einfaches Bundesgesetz jeder andere Teil Deutschlands eingegliedert werden kann. Wir wissen um den Zusammenhang des Ganzen, der, nicht durch unser Verschulden, im Augenblick wesentlich gestört ist, und wir wollen die Wiedervereinigung so einfach wie möglich gestalten.

Ich bitte sie deshalb sehr, für diese Lesung die jetzige Fassung aufzunehmen und eventuelle Bedenken dann noch einmal in engerem Kreise zu erörtern.

Dr. Seeböhm (DP): Wenn die Herren nach eingehenden Beratungen zu der Auffassung gekommen sind, daß diese politischen Gründe maßgebend sein müssen, dann würde ich doch empfehlen, folgende Fassung meines Vorschlags anzunehmen:

Dieses Grundgesetz kann jederzeit durch einfaches Bundesgesetz für jeden Teil Deutschlands in Kraft gesetzt werden.

Ich möchte den Begriff der Eingliederung jedenfalls vermeiden.

Vorsitzender Dr. Schmidt: Der Gesichtspunkt ist ganz richtig.

Dr. von Mangoldt (CDU): Aus den gleichen Gründen, die von den Herren Dr. Dehler und Dr. Lehr angeführt wurden, hat seinerzeit schon der Grundsatzausschuß diese Formulierung vorgeschlagen. Ich brauche deshalb hier keine weiteren Ausfürgungen zu machen.

Renner (KPD): Ich möchte mir nur eine Frage erlauben, und zwar angeregt durch die Formulierung von Herrn Dr. Dehler: „eventuell auch gegen den Willen der Bevölkerung dieses Teiles Deutschlands“. Wie stellt man sich das eigentlich praktisch vor?

Dr. Dehler (FDP): Es ist vorstellbar, daß in einem Lande eine Gruppe herrscht, die diesen Anschlußwillen nicht hat. Trotzdem halten wir es dann für unsere vaterländische Pflicht, einen solchen Beschluß zu fassen.

Renner (KPD): Sie haben aber nicht von einer Gruppe gesprochen, sondern Sie haben davon gesprochen, daß das gegen den Willen des Volkes geschehen soll.

(Widerspruch und Zurufe)

Jawohl, ich habe mir das genau notiert: gegen den Willen des Volkes. Sie haben ja auch nicht einmal die Absicht, dieses Ihr angeblich im Auftrag des deutschen Volkes ausgearbeitete Grundgesetz oder die Verfassung der Entscheidung unseres eigenen Volkes hier im Westen zu unterwerfen. Auch darüber haben Sie sich bisher noch nicht bindend ausgelassen.

Schönfelder (SPD): Es kann Situationen geben, in denen der Wille des Vol-

kes gar nicht festgestellt werden kann. Deshalb heißt es: gegen den Willen des Volkes, das heißt ohne zu wissen, ob das Volk es will oder nicht, nämlich, wenn es im deutschen Interesse liegt...

Vorsitzender Dr. Schmidt: Ich lasse über Absatz 1 abstimmen. — Angenommen. Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Renner dagegen gestimmt hat, auch wenn er die Hand nicht erhoben hat.

Renner (KPD): Nein, nein! Wie kann ich dagegen stimmen? Ich bin mir darüber klar, daß im Augenblick nur dieses Ihr Grundgesetz gelten kann.

Vorsitzender Dr. Schmidt: Sie haben sich also der Stimme enthalten?

(Renner: In diesem Fall ja!)

Für Absatz 2 liegen zwei Fassungen vor. Ich glaube, inhaltlich ist dasselbe gemeint. Es handelt sich um Formulierungsfragen. Der Herr Abgeordnete Seeböhm hat seinen Antrag nunmehr dahin geändert:

Dieses Grundgesetz kann jederzeit durch einfaches Bundesgesetz für jeden Teil Deutschlands in Kraft gesetzt werden.

Sollte es nicht heißen: „für jeden anderen Teil Deutschlands“?

— Ich glaube, das wäre richtiger. Dann lasse ich zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. — Der Antrag ist mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen.

Renner (KPD): Eine Stimmenthaltung, um zu kennzeichnen, daß ich in der ganzen Geschichte nur eine Schaumschlägerei erblicke.

(Heiterkeit)

Quellenhinweis: Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses. Bonn 1948/49; Druck und Vertrieb: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur GmbH, Bonn



Diese Karte ist im „ostpreußischen Jagdmuseum“ in Lüneburg ausgestellt worden. Sie „erklärt“ Niedersachsens Bedeutung für revanchistische Politik.



Dienstleistungsabend

Der Dienstleistungsabend ist gesetzlich beschlossen. Ob die SPD-regierten Länder das Gesetz ablehnen werden, ist unklar. Die HBV führt zur Zeit heftige Auseinandersetzungen um Lohn und um die tarifliche Begrenzung der Arbeitszeit. Mit dem Gesetz über den Dienstleistungsabend hat die Regierung eine Schranke im geltenden Arbeitszeitrecht beseitigt. Dies wird den Druck der Kapitalisten auf alle Lohnabhängigen erhöhen, flexible Arbeitszeiten hinzunehmen. Die Einzelhandelskonzerne versuchen, die Tarifverhandlungen zu blockieren und ein Verbot des Dienstleistungsabends im Tarif zu verhindern. Die Unterstützung der Tarifaufeinandersetzung im Einzelhandel ist notwendig.

BRD größter Handels„partner“ Südafrikas

Unbeeindruckt von der Boykottbewegung gegen das rassistische Siedlerregime Südafrika und selbst von UNO- und EG-Beschlüssen für Sanktionen gegen das Regime haben westdeutsche Konzerne ihren Handel mit dem Kolonialregime in den letzten Jahren zügig ausgeweitet. Inzwischen ist die BRD größter „Handelspartner“ des Regimes. Den größten Anteil daran haben westdeutsche Automobilkonzerne wie VW, BWM und Daimler-Benz, die begünstigt durch die Regierungspropaganda um die angeblichen Vorzüge des „EG-Kodex“ ihre Produktion in Südafrika deutlich ausweiteten. Welche Rolle kommt dem rassistischen Kolonialregime für die Expansionsstrategie westdeutscher Konzerne auf dem Weltmarkt zu?



Tarifikampf im Einzelhandel

Die Karstadtkaufleute in München zwingen Beschäftigte zum Streikbruch und erreichen eine einstweilige Verfügung gegen die Gewerkschaft HBV, die diese zwingt, für „Arbeitswillige“ eine Gasse zu lassen und jeglichen Druck auf Streikbrecher untersagt. Der Dienstleistungsabend ist verabschiedet, die Kaufhofkaufleute erklären sofort, ab Oktober zu öffnen. Die HBV kämpft weiter für den Abschluß eines Tarifvertrags zur Absicherung des 18.30-Uhr-Ladenschlusses, die bayerischen Einzelhandelskaufleute erklären sich nur unter der Bedingung bereit, weiter zu verhandeln, daß die gewerkschaftlichen Streikaktionen unterbleiben. Die HBV lehnt diese Bedingung ab.

Aussiedler und revanchistisches „Roll Back“

Ohne Unionsvolk keine „europäische Union“. Und welches Unionsvolk wäre wohl besser zur Führung einer „europäischen Union“ berufen als das „deutsche“? Die unerbittliche Härte, mit der die Reaktionäre großdeutsche Bestimmungen im westdeutschen Staatsbürger- und Wahlrecht gegen jede Kritik verteidigen, hat ihre Gründe: Es gilt, den Führungsanspruch der westdeutschen Monopole in dem angestrebten gesamteuropäischen Großreich gegen alle Widersacher auch deutsch-völkisch, d.h. staatsbürgerrechtlich abzusichern, durch soweit wie möglich ostwärts anwendbare Bestimmungen des „Deutschen“ bei gleichzeitig schroffer, auch rechtlicher Abgrenzung zu allen „Nicht-Deutschen“.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie — Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM
Mitteilungen der **Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront**. 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie — Nachrichten Chemische Industrie. 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe — Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe. 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse — Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik — Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 10419-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 37010111, Kto. Nr. 1144393600. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lölzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken